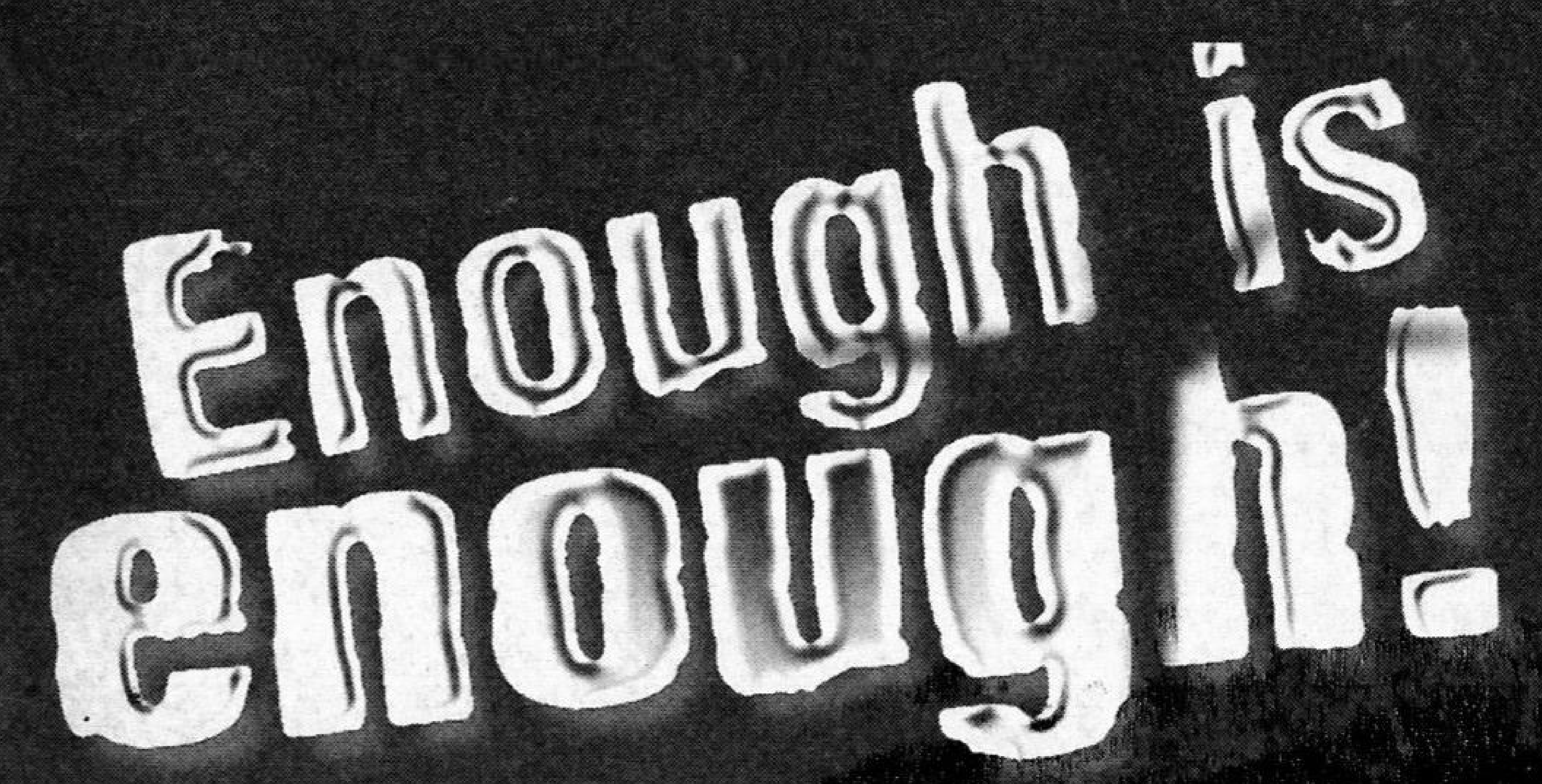


Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik in Schleswig-Holstein und Hamburg

Nr. 15 · Dezember/Januar 2002 · 5 DM

Sicherheitswahn und Krieg

eine dämonische Allianz

NPD

• »Frontstadt« Kiel? • Der NPD-Ordnerdienst

Neonazi-Szene

• Blick nach Bremen • Trotz Verbot: Blood & Honour-Konzert in Tostedt

Rassismus

• Grenzcamps in der Diskussion • Lufthansa zensiert?

Deutsche Vergangenheitsbewältigung

• Der Fall Malloth • Ostsee-Akademie

Abonniert die Enough is enough!

Die Enough im Vertrieb von rat · reihe antifaschistischer texte

Nach wie vor aktuell

Nur ein Toter mehr...

Alltäglicher Rassismus in Deutschland und die Hetzjagd von Guben



ISBN 3-89771-806-5
176 Seiten · 10 € · 19,80 DM

Am 13. Februar 1999 wird Farid Guendoul im brandenburgischen Guben von einer Meute Neonazis in den Tod gehetzt.

Das Buch skizziert in Reportagen, Analysen und Interviews die Situation in Guben vor und nach der Tat. Es ist ein Resultat der mehr als zweijährigen Arbeit der AutorInnen, in der sie die überlebenden Opfer der Hetzjagd und die Familie und Freunde von Farid Guendoul unterstützten, den Prozess gegen die elf Täter verfolgten und sich immer wieder in die lokale Politik einmischten.

Was hier am Beispiel Gubens geschildert wird, steht stellvertretend für viele Städte in Deutschland, in denen eine rassistische Dominanzkultur nicht nur mordbereite Neonazis reproduziert, sondern vom Mainstream einer gesellschaftlichen Mitte getragen wird.

Antivisionen (Hg.)

Schicksal & Herrschaft

Materialien zur Kritik an der New-Age-Bewegung



Broschüre A4 · 80 Seiten
1 Ex. – 10 DM · 5 Ex. – 35 DM
10 Ex. – 60 DM · inkl. Porto

EsoterikerInnen sind keine harmlosen Spinner. Hinter dem alternativen Habitus verstecken sich autoritäre Gesellschaftsmodelle, kapitalistisch-patriarchal orientierte Strukturen, biologistische Geschlechtsrollen und Rassismen.
Die Broschüre stellt in einzelnen Kapiteln verschiedene Versatzstücke esoterischer Ideologien dar und kritisiert sie fundamental.

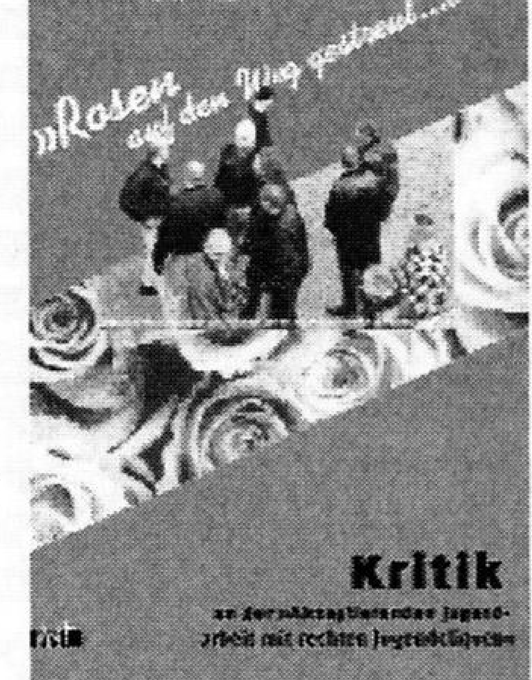
»Schicksal und Herrschaft heißt ein neuer lesenswerter Reader zum Thema New Age/Esoterik. ... es sei nur noch gesagt, daß eine umfangreiche Literaturliste zum Thema, unterteilt in Original und Kritik, diese – und auch das kann man erwähnen – ansprechend gestaltete Broschüre abschließt.«
ZAG

Norddeutsche Antifagruppen (HG.)

Rosen auf den Weg gestreut

Eine Kritik an der akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen

Anlaß für diese Broschüre sind die Erfahrungen, die insbesondere in ländlichen Gegenden mit der »akzeptierenden Jugendarbeit« gemacht werden. In den meisten Fällen führte diese Form der Jugendarbeit, die rechtsradikale Einstellungen bei Jugendlichen akzeptiert statt sie in Frage zu stellen und gegen sie zu intervenieren, zur Stärkung rechtsradikaler Strukturen und zur Verdrängung andersdenkender Jugendlicher. An Hand von konkreten Beispielen wird in der Broschüre der Bogen geschlagen zu einer grundsätzlichen Kritik an dem Heitmeierschen Ansatz zur Erklärung rechtsextremer Einstellungen bei Jugendlichen.



5. Auflage 2001
48 Seiten A5
1 Ex. 5 DM/incl. Porto
10 Ex. 30 DM/incl. Porto

Searchlight · Antifaschistisches Infoblatt
Enough is enough · rat (Hg.)

White Noise

Rechts-Rock, Skinhead-Musik, Blood & Honour – Einblicke in die internationale Neonazi-Musik-Szene

3. Auflage
ISBN 3-89771-807-3
176 Seiten
12,50 € · 24,80 DM

»Angesichts der zunehmenden Bedeutung von Rechtsrock widmet sich der ›White Noise‹-Samelband sowohl den geschichtlichen Entwicklungen von Nazi-Musik in den USA und England als auch den wichtigsten Akteuren in der bundesdeutschen und internationalen Rechtsrock-Szene.«
blick nach rechts 8/2000

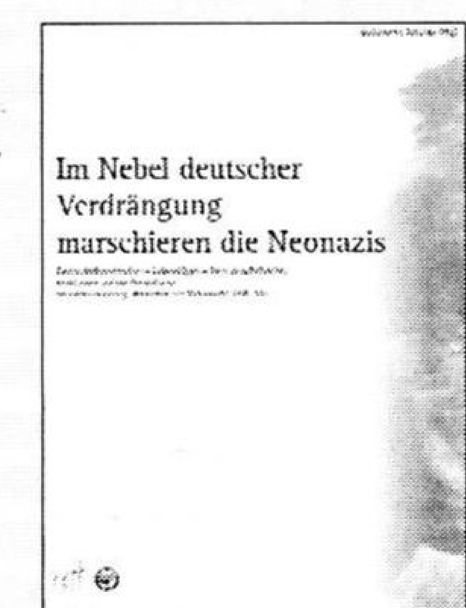
»...ein sehr gut recherchiertes Buch, dass trotz der Fülle an Fakten unterhaltsam zu lesen ist und in keinem antifaschistischen Bücherschrank fehlen sollte. Als Standardwerk für Lehrer und allen in der Jugendarbeit Tätigen nur zu empfehlen.«
antifaschistische Zeitung Berlin 3/2000

Autonome Antifas (HG.)

Im Nebel deutscher Verdrängung marschieren die Neonazis

Reaktionen auf die Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944«

»Der Schwerpunkt des Heftes beschreibt die Organisierung militanter Neonazis gegen die Ausstellung. Die AutorInnen geben eine kurze Einführung in ihre Strukturen und zeigen die Entwicklung der für die Mobilisierung gegen die Wehrmachtsausstellung so wichtigen ›Freien Nationalisten‹ auf.«
analyse und kritik (ak)



Broschüre A5 · 2. Auflage · 16 Seiten
1 Ex. – 3 DM · 5 Ex. – 5 DM · inkl. Porto

So gehts:

Ich abonniere ab der nächsten Ausgabe ENOUGH IS ENOUGH für 4 Ausgaben und lege diesem Coupon 25 DM bei. Wenn ich 8 Ausgaben für 50 DM abonniere, erhalte ich eine Broschüre meiner Wahl gratis dazu.

Meine Adresse
Name
Straße
PLZ
Wohnort

- ( ) ENOUGH IS ENOUGH-Abo 4 Ausgaben 25 DM ab Nr. ( )
- ( ) ENOUGH IS ENOUGH-Abo 8 Ausgaben 50 DM ab Nr. ( )
- ( ) Gratis-Broschüre meiner Wahl ( ) Schicksal und Herrschaft ( ) Rosen ... ( ) im Nebel...
- ( ) neben dem Abo bestelle ich folgende Bücher ebenfalls gegen Vorkasse
- ( ) White Noise 3. Auflage ( ) Nur ein Toter mehr
- ( ) Broschüren ( ) Schicksal und Herrschaft ( ) Rosen ... ( ) im Nebel...

Ich habe der Sendung ( ) DM in Scheinen oder/und Briefmarken beigelegt

reihe antifaschistischer texte · c/o Schwarzmarkt · Kleiner Schäferkamp 46 · 20357 Hamburg





Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik in Schleswig-Holstein und Hamburg

Herausgeber:
Enough is Enough
Redaktionskollektiv Kiel,
Redaktionskollektiv Lübeck
Redaktionskollektiv Hamburg

Redaktion
Enough is enough
c/o Initiativenzentrum
Schweffelstraße 6
24118 Kiel

Abo und Vertrieb:
rat
reihe antifaschistische texte
c/o Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg

Auflage: 1000

Erscheinungsweise:
4 mal pro Jahr

Abo:
25 DM für 4 Ausgaben
Lieferung nur gegen Vorkasse möglich

Bankverbindung:
A. Hoffmann
Kto.: 408352 201
Postbank Hamburg
BLZ 200 100 20
Stichwort Enough

V.i.S.d.P.: A. Hoffmann

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

kurz vor dem zunächst ins Auge gefassten Redaktionsschluss dieser Enough-Ausgabe: In den USA werden vier Flugzeuge entführt und drei davon in das Pentagon bzw. in das World Trade Center gelenkt. Diese terroristischen Aktionen haben tausende Menschen das Leben gekostet; in diesen Anschlägen kommt eine reaktionäre Verachtung menschlichen Lebens zum Ausdruck, die wir vollständig ablehnen. Sie lassen sich durch keinen Hinweis auf politische Ziele entschuldigen. Bei aller berechtigten und notwendigen Kritik an der Politik der USA gibt es keine Rechtfertigung für derartige menschenverachtende Aktionen.

Auch wenn tatsächlich islamistische Gruppierungen für diese Anschläge verantwortlich sein sollten – wofür es derzeit einige Indizien gibt, nachprüfbare Beweise sind der Öffentlichkeit bisher nicht vorgelegt worden – so darf die antisemitische Dimension dieses Verbrechens nicht übersehen werden. Das Pentagon und das World Trade Center gelten Antisemiten aller Organisationen und Glaubensrichtungen als militärisches bzw. ökonomisches Symbol einer von Juden beherrschten US-Regierung. Bei Neonazis in den USA, aber auch in Europa, wird in diesem Zusammenhang die Abkürzung ZOG (Zionist Occupied Governement) verwendet. Derartiges abstruses Verschwörungsdenken, in dem Antiamerikanismus und Antisemitismus zusammenfallen, erklärt auch die Sympathiebekundungen aus der deutschen Neonazi-Szene, die die Anschläge als „Befreiungstat gegen den US-Imperialismus" feiern.

Die Folgen der Attentate sind in ihrer Gesamtheit immer noch nicht umfänglich zu überblicken. Erkennbar ist aber schon jetzt, dass in der Bundesrepublik in einer Geschwindigkeit demokratische Rechte abgebaut werden, wie dies kurz zuvor noch undenkbar erschien. Hierzu zählt beispielsweise die Erweiterung des Gummiparagraphen 129 um den Absatz § 129b. Dieser sieht nun die Gründung, Mitgliedschaft oder Unterstützung von ausländischen Organisationen, die von staatlicher Seite als „terroristisch" eingeordnet werden, als strafbar an. Wird dem Geist und der Logik dieser Verschärfung gefolgt, wäre früher die politische Unterstützung beispielsweise des African National Congress (ANC) strafbar gewesen – eine Organisation, die damals den bedeutendsten Anteil am Kampf gegen das rassistische Apartheid-Regime in Südafrika hatte. Die Zuschreibung als „terroristisch" ist dabei in erster Linie ein Produkt außenpolitischer Zielsetzungen, die sich je nach Interessenlage verändern kann. So wurden die jetzt als „Terroristen" bezeichneten islamistischen Gruppen in Afghanistan lange Zeit von westlichen Staaten als „Freiheitskämpfer" glorifiziert, ausgebildet und militärisch unterstützt.

Zu den aktuell ebenfalls beschlossenen Bestimmungen gehört auch die Rasterfahndung, für die in Schleswig-Holstein die gesetzliche Grundlage erst wieder geschaffen werden muß. Bei der Rasterfahndung werden Daten aus verschiedenen staatlichen Einrichtungen, wie z.B. Meldeamt, Ausländerbehörde und Polizei, gebündelt und auf ein bestimmte Eigenschaften hin untersucht. Dabei wurde in der Vergangenheit der Aktionsradius immer weiter ausgedehnt. Diese Tendenz ist zur Zeit auch wieder zu beobachten. So wird nach Angaben von Horst Haug, Sprecher des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg, als verdächtig bewertet, wer/welche ständig abends Besuch bekomme, durchs Treppenhaus schleiche, ohne Geräusche zu verursachen – oder auch wer sein Auto um die Ecke parke, so dass es nicht zu sehen sei. BürgerInnen werden aufgerufen, entsprechende Beobachtungen der Polizei zu melden. Denunziationen und pauschale Verdächtigungen gegen anders aussehende Menschen speisen sich nicht nur aus dem in der deutschen Gesellschaft ohnehin verbreiteten Rassismus, sondern zudem aus den staatlichen Maßnahmen, die bestimmte Bevölkerungsgruppen unter Generalverdacht stellen. So wurden alleine in Hamburg von über 10.000 Studierenden Namen mit Daten zur Überprüfung an die Ermittlungsbehörden gegeben.

Auch die Spekulationen über weitere sog. „Schläfer" tragen dazu bei, die gesellschaftliche Stimmung gegen Muslime, MigrantInnen und AusländerInnen zu verschärfen. Verdächtig sind nun erst recht alle, denn eine Eigenschaft der sog. „Schläfer" ist ja gerade Unauffälligkeit und Angepasstheit. Die verstärkte Ausspähung von Einwanderungswilligen durch die Geheimdienste, die beabsichtigte Aufnahme von Fingerabdrücken in Pässen und Visa und weitere Gesetzesverschärfungen tragen zu einer weiteren Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsgruppen bei, denn sie scheinen das ohnehin verbreitete Bild vom „kriminellen Ausländer" zu bestätigen. GegnerInnen des staatlichen Rassismus werden nun noch härter angegangen. Das veranlaßte beispielsweise den schleswig-holsteinischen Ausländerbeauftragten Frenz Anfang Oktober zu der Bemerkung, dass die Angst vor dem Terror dazu benutzt werde, die Kritiker der restriktiven Flüchtlingspolitik an den Rand zu drängen.

Dass gleichzeitig lauthals beteuert wird, der Islam dürfe nicht pauschal verurteilt werden und selbstverständlich wollten wir eine „offene Gesellschaft bleiben", sollte uns weniger beunruhigen als vielmehr alarmieren. Denn diese Beruhigungsversuche sind die notwendige ideologische Begleitmusik für den teils geplanten, teils bereits vollzogenen Rechtsruck in der Innenpolitik. Auf die Tatsache, dass in

den letzten Wochen die Zahl der rassistischen Diffamierungen und Angriffe gegen vermeintliche Muslime zugenommen hat, verwies kürzlich auch der IG Metall-Vorsitzende Zwickel. Und nicht zufällig wollen Neonazis aus dieser politischen Stimmung mit einer „Anti-Islam"-Kampagne politischen Nutzen ziehen, wie ein entsprechender Aufruf der NPD Schleswig-Holstein und Vorschläge auf den Internet-Seiten der Neonazis zeigen.

Mit dem Wahlerfolg der Partei Rechtsstaatliche Offensive (PRO) des Amtsrichters Barnabass Schill bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg ist auch auf dieser Ebene ein deutlicher Rechtsruck und eine „Law-and-order"-Politik absehbar. Bereits die ersten, von Schill noch während der Koalitionsgespräche mit der FDP und der CDU angekündigten Maßnahmen verdeutlichen, wie der Kurswechsel aussehen soll. Schills „Anti-Bettler-Offensive" und seine Forderung, Straßen und öffentliche Plätze an Geschäftsleute zu verpachten, die dort private Sicherheitsdienste patroullieren lassen, wurde vom Verwaltungsrechtler Hans Peter Bull in deutlichen Worten kritisiert: „Hier wird in die Freiheit der Bürger eingegriffen, die öffentliche Wege ohne besondere Erlaubnis zu benutzen." Den bisherigen Hamburger Polizeipräsidenten Justus Woydt hat Schill auf die „Abschußliste" (O-Ton Schill) gesetzt und mitlerweile in Rente geschickt. Schwerwiegender dürfte jedoch sein, dass in den kommenden Jahren drei Viertel der Führungsebene der Hamburger Polizei aus Altersgründen ausgetauscht werden. Schill hat damit die Chance, auf Jahre, vielleicht gar Jahrzehnte, Schlüsselpositionen im Polizeiapparat mit Leuten seines Vertrauens zu besetzen.

Bemerkenswert am Erfolg Schills ist zudem, dass er ohne die massive monatelange Unterstützung der Hamburger Tageszeitungen des Springer-Verlages nicht denkbar gewesen wäre. Diese haben die Themen „Kriminalität" und „Versagen der sozialdemokratischen Innen- und Rechtspolitik" systematisch aufgebaut und Veränderungsdruck erzeugt. Hiervon hat jedoch nicht die CDU profitiert, sondern Schill, der sich fast ausschließlich zu diesem Thema geäußert hat.

Im bürgerlichen Lager hat es demzufolge einen deutlichen Rechtsruck gegeben, der auch für das zukünftige Auftreten der CDU nicht folgenlos bleiben dürfte. Schon jetzt haben der hessische Ministerpräsident Roland Koch und andere CDU-PolitikerInnen angekündigt, das Thema „nationale Identität" in Zukunft offensiver zu besetzen. Gegenüber der Leipziger Volkszeitung forderte er Anfang September von seiner Partei, die „Frage der nationalen Identität" mit „praktischen Fragen" zu verbinden, und nannte beispielhaft die Felder „der inneren Sicherheit, (...) der Bundeswehr und (...) der Zuwanderung." Nur zwei Tage später begrüssten die extrem rechten Republikaner dies in einer Presseerklärung als „Annäherung der CDU und FDP an die programmatischen Aussagen der Partei."

In der extrem rechten Jungen Freiheit, die bisher gewisse Sympathien für die REPs hegte, wird das Abschneiden Schills aufmerksam verfolgt. Zwar wird ihm als „übereifrig taktisch" angekreidet, dass er sich von der Bezeichnung „Haider von Hamburg" abgegrenzt hat; als bemerkenswert wird aber hervorgehoben, dass er „den im bürgerlichen Lager schmerzlich vermißten Bekennermut zu neuem Leben" erweckt habe, denn „in großformatigen Zeitungsanzeigen brüsteten sich zum Schluß angesehene Bürger damit, Schill zu wählen." Schließlich signalisiere das Wahlergebnis eine neue strategische Option: „Die CDU hat erstmals die Regierungsbeteiligung einer Parte zugelassen, die von der Öffentlichkeit rechts von der Union angesiedelt wird. (...) Die CDU muß endlich gezwungenermaßen eingestehen, daß sie künftig bürgerliche Mehrheiten gegen Rot-Grün nur mit einer neuen politischen Kraft gewinnen kann." Und um die Formierung dieser „neuen Kraft" wird es der Braunzone rechts der CDU in den kommenden Monaten gehen. Denn schon im kommenden Jahr stehen Bundestagswahlen bevor.

Wo absehbar "nationale Identität", Einwanderung und die "innere Sicherheit" zu zentralen Themen des Wahlkampfes gemacht werden, will sich auch die Bundesregierung weiter politisch profilieren. Wie die zu erwartende Kritik an diesem Rechtskurs diffamiert werden wird, auch das lässt sich derzeit schon beobachten. Erneut wird die Gleichsetzung von "Rechts- und Linksextremismus" in den Darstellungen von PolitikerInnen, Polizisten und Medien benutzt – zum Beispiel mit der diffamierenden Behauptung, auch die Linke habe mit einem "reflexhaften Antiamerikanismus" auf die Anschläge vom 11. September reagiert. In den politischen Auseinandersetzungen vor Ort äußert sich dies etwa in der frechen Äußerung von Jürgen Hoppe, "Stabschef" der Kieler Polizei, dass die Polizei immer wieder festgestellt habe, dass "Rechtsradikale und Linksautonome" vor ihren Schlägereien friedlich zusammenstünden und sich über ihre Freizeitgestaltung unterhielten. Derartige Diffamierungen – frei nach dem Motto: Den extremistischen Idioten geht`s nur um Krawall, ansonsten verstehen sie sich ganz gut – mögen im Einzelfall der Dummheit der jeweiligen Politiker, Polizisten oder Journalisten geschuldet sein, als politische Linie dienen sie dazu, aktive AntifaschistInnen zu verunglimpfen und von der Kritik an Polizei und politischen Entscheidungsträgerlnnen abzulenken, die offenbar weder willens noch in der Lage sind, den zunehmenden faschistischen Aktivitäten ein Ende zu bereiten.



Berichtigung:

In der Enough is enough Nr. 14 haben wir auf Seite 20 im unterem Bild Martin Engelbrecht aus Neumünster falsch zugeordnet. Engelbrecht ist der erster von rechts in der hellen Jacke.

Rede wider den Krieg

Wir dokumentieren den Text einer Rede, die kurz nach Beginn des Krieges in Afghanistan auf einer Demonstration im Kiel gehalten wurde. Auch nach mehrwöchigem Kriegsverlauf bleiben die Grundgedanken aktuell.

Guten Tag,
ich begrüsse Sie und Euch zu der heutigen Kundgebung, die unter dem Motto „Wider die Logik der Eskalation – Nein zum Terror! Nein zum Krieg!" steht.
Vergangene Woche wurden in den USA vier Flugzeuge entführt und drei davon in das Pentagon bzw. das World Trade Center gelenkt. Diese terroristischen Aktionen haben tausende Menschen das Leben gekostet; in diesen Anschlägen kommt eine reaktionäre Verachtung menschlichen Lebens zum Ausdruck, die wir vollständig ablehnen. Sie lassen sich durch keinen Hinweis auf politische Ziele entschuldigen. Bei aller berechtigten und notwendigen Kritik an der Politik der USA gibt es keine Rechtfertigung für derartige menschenverachtende Aktionen. Unser Mitgefühl gilt den Opfern und ihren Angehörigen.
Dies sollten wir bedenken, wenn wir gegen eine weitere Eskalation der Gewalt durch den von George W. Bush angekündigten Krieg protestieren wollen.
Die US-Kriegsmaschinerie läuft auf Hochtouren; täglich erreichen uns neue Meldungen über Truppenbewegungen; spontanes Entsetzen und Trauer werden nun politisch instrumentalisiert und kehren sich um in aggressiven Patriotismus. George W. Bush will nicht nur die unmittelbaren Täter bestrafen, sondern auch diejenigen, die den Tätern Unterstützung, vielleicht sogar Unterkunft gewährten. Weiß er denn wirklich nicht, dass kaum jemand für die Verbreitung des islamischen Fundamentalismus mehr getan hat als die westliche Welt unter Führung der USA?!
Es waren beispielsweise die USA, deren Geheimdienst CIA die Taliban mit Hilfe der pakistanischen Regierung erst aufgebaut haben – als politische und militärische Kraft gegen die Sowjetunion und gegen eine demokratischen Reformen verpflichtete Regierung in Afghanistan.
In der Wirkung auf die viele Muslime ist Bushs Wort vom „Kreuzzug" mehr als eine Tankerladung Öl ins Feuer. Auch wenn er diese Formulierung inzwischen offiziell bedauert, um die politische Einbindung arabischer Regierungen in die Kriegsfront nicht zu gefährden, so zeigt dies doch die Denkweise dieses Mannes und der Regierung der USA. Nicht zufällig hat man ja auch dazu aufgerufen, den als Hauptverdächtigen aufgebauten Bin Laden „Dead or alive" – „tot oder lebendig" zur Strecke zu bringen. Der militante Patriotismus in den USA wird gezielt angestachelt.
Die angekündigte militärische Eskalation fordert schon jetzt Menschenleben und vergrößert das in Afghanistan vorhandene Elend. Aus Angst vor US-amerikanischen Angriffen hat in Afghanistan eine Massenflucht eingesetzt. Die Regierung der USA hat Pakistan zudem aufgefordert, humanitäre Hilfsleistungen einzustellen. Dies wird die Situation von noch mehr Menschen in Afghanistan und den Flüchtlingslagern in den angrenzenden Ländern noch einmal drastisch verschlechtern.
Das offizielle Amerika schreit nach Vergeltung und die Verbündeten schreien kräftig mit. Bundeskanzler Schröder, die Bundesregierung und fast alle Bundestagsabgeordneten haben den USA in ihrem Kriegskurs die „uneingeschränkte Solidarität" versichert.
Viele Menschen befürchten daher eine weitere Eskalation der ohnehin angespannten Situation. Denn auch in der Bundesrepublik haben sich die Kriegsbefürworter längst in Stellung gebracht. Kommentare in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung definieren ganz Südasien zum „Terror-Dreieck". In der BILD-Zeitung findet sich ein Kommentar des früheren Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Hans-Olaf Henkel, der endlich „Taten" fordert statt „präsidialer Moralpredigten an die Amerikaner".
Was wir derzeit erleben ist der Versuch, alle in diesem Land lebenden Menschen in die Kriegsfront einzubinden. So sprach Friedrich Merz als Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion von einer „nationalen Front der Entschlossenheit", und FDP-Chef Guido Westerwelle sprach mit Blick auf den Bundestag davon, dass es „in dieser Situation keine Regierungsparteien und Oppositionparteien" mehr gebe, sondern „nur deutsche Verantwortung".
Solch nationalistische Parolen werden noch zunehmen, wenn tatsächliche deutsche Soldaten – etwa vom sogenannten Kommando Spezialkräfte (KSK) – unmittelbar an den Militäroperationen teilnehmen. Schon heute preisen uns Boulvardblätter diese Truppen als „tapfere Soldaten und Männer" an.
Schon jetzt überschlägt sich die CDU/CSU mit ihren Forderungen, die Bundeswehr weiter aufzurüsten. Und die Bundesregierung hat gerade drei Milliarden Mark zur Verfügung gestellt; die Finanzierung erfolgt mittels einer neuen Kriegssteuer ...
Die Rüstungslobby, deren Aktien derzeit zu den wenigen gehören, die mit Gewinn gehandelt werden, frohlockt. Durch die ungezügelte \`kriegerische Rache\` bekommen sie die Territorien der als schuldig Bezeichneten zur Entsorgung der alten und zur Erprobung neuer Waffen. Wenn es zu einem Racheakt gegen ganze Länder kommt, sind Antwortreaktionen vorprogrammiert. Es käme zu einer weiteren Eskalation. Die Rüstungsgewinner hätten dann ständig Hochkonjunktur.
So erleben wir gegenwärtig eine Verschiebung des politischen Koordinatensystems der Republik nach Rechts. In einer Atmosphäre echter Besorgnis in der Bevölkerung und kriegerischer Meinungsmache peilt die CDU/CSU gemeinsam mit Law-and-Order-Politikern wie Otto Schily die Durchsetzung gravierender Einschränkungen demokrati-

scher Rechte an.
Ein umfangreiches Maßnahmenpaket wurde im Eilverfahren beschlossen, z.B. die Erweiterung des Gummiparagraphen 129 um einen Absatz § 129b. Dieser sieht nun die Gründung, Mitgliedschaft oder Unterstützung von ausländischen terroristischen Vereinigungen als strafbar an. Folgt man dem Geist und der Logik dieser Verschärfung, dann wäre früher die politische Unterstützung beispielsweise des African National Congress strafbar gewesen – damals immerhin der bedeutendsten Organisation des Kampfes gegen das rassistische Apartheid-Regime in Südafrika.
Schily plant weitere Verschärfungen und handelt in trauter Eintracht mit dem CSU-Politiker Beckstein. Ob der Fingerabdruck im Personalausweis oder die Vorschläge zum Einsatz der Bundeswehr im Innern – Hier geht es darum, Empörung und Sorge in der Öffentlichkeit für eine deutliche Verschärfung sicherheitspolitischer Manahmen im Innern zu nutzen. Dazu sagen wir ebenso Nein wie zu den Notstandsgesetzen, die 1968 verabschiedet wurden und mit dem jüngsten NATO-Beschluss teilweise in Kraft gesetzt wurden.
Auch gegenüber Flüchtlingen und EinwanderInnen verschärft sich die Stimmung. Schon soll für das Einbürgerungsverfahren die Regelanfrage beim Verfassungsschutz gelten. Das stellt erneut alle Ausländer unter Generalverdacht und dient dazu, den Zugang jener Menschen zu erschweren, die Deutschland als Zufluchtsort aufsuchen und nicht von Firmen oder Sportklubs herbeigesehnte Fachleute sind.
In den USA und in England wurden in der aufgeheizten antimuslimischen Stimmung bereits mehrere Menschen getötet; in Kiel wurden in den letzten Tagen beispielsweise Taxifahrer, von denen Deutsche annehmen, sie seien Muslime oder Araber, gezielt angepöbelt und diskriminiert.
Auch die Spekulationen über weitere sog. „Schläfer" tragen dazu bei, die gesellschaftliche Stimmung gegen Muslime, MigrantInnen und AusländerInnen zu verschärfen. Verdächtig sind nun erst recht alle, denn eine Eigenschaft der sog. „Schläfer" ist ja gerade ihre Unauffälligkeit und Angepasstheit
Der Verband deutscher Schriftsteller sprach sich vor wenigen Tagen gegen den NATO-Beschluss über den eingetretenen „Bündnisfall" aus. In der entsprechenden Erklärung heißt es: „Krieg gegen Afghanistan oder große Teile der islamischen Welt ist nicht die richtige Antwort auf die Terror-Aktion einiger fanatisierter Gruppen, deren nationale und politische Herkunft bislang noch nicht einmal eindeutig festgestellt werden konnte."
Es war die Berliner Zeitung, die vor wenigen Tagen (20.9.01) einen Beitrag unter der Überschrift "Nicht alle Spuren führen zu Bin Laden" veröffentlichte. Den Schlußabsatz möchte ich zitieren. Dort heißt es also: „Merkwürdigkeiten, die Zweifel an der Eindeutigkeit der Täterfrage wecken, werden offiziell jedoch kaum diskutiert: Wie konnten die Attentäter in der Lage sein, den elektronischen Kenncode einer der Maschinen zu ändern, die in das World Trade Center rasten? Wie kommt es, dass fünf der Entführer in den 90er-Jahren in geheimen US-Militärbasen eine Ausbildung erhielten? Wer war der Anrufer, der kurz nach dem Absturz auf das Pentagon mit einem Angriff auf die Air Force One drohte und dabei Code-Wörter verwandte, die nur einem kleinen, mit dem Schutz des Präsidenten in Krisenzeiten befassten Personenkreis bekannt waren? Es deutet einiges darauf hin, dass die Spuren der Terroranschläge nicht nur in die Kreise islamistischer Fundamentalisten im Ausland führen, sondern möglicherweise auch zu amerikanischen Staatsbürgern."
Davon aber will niemand etwas wissen. Vielmehr wird der kommende Krieg mit der Behauptung gerechtfertigt, die „zivilisierte Welt" müsse sich gegen die „Barbaren", gegen „das Böse" wehren. Auch solche Feindmarkierungen haben eine lange Tradition. In Vietnam wurde das ganze Land mit chemischen Mitteln verseucht; es hat sich bis heute nicht davon erholt. Allein in den letzten zwölf Jahren führten die USA und die NATO im Irak, in Somalia und in Jugoslawien Krieg. Im Irak brannten monatelang die Erdölquellen, und wegen des Embargos hungern noch heute irakische Kinder. Und der Krieg in Jugoslawien ist noch nicht beendet und wird immer weiter ausgedehnt. Waren diese kriegerischen Handlungen etwa „zivilisiert"?
Die Regierungen der USA und der anderen NATO-Staaten setzen alles daran, vergessen zu machen, dass vor allem die USA für die Entfesselung der Gewalt weltweit verantwortlich sind. Um einer kleinen Zahl von Industrie- und Finanzkonzernen unbeschränkte Handlungsfreiheit zu sichern, hat die Regierung der USA nie gezögert, Ökonomien in der Dritten Welt zu zerstören, die schlimmsten Diktaturen zu unterstützen oder Staatsstreiche gegen demokratische Regierungen zu organisieren.
Noch einmal: dies ist keine Rechtfertigung der terroristischen Anschläge in New York und Washington – solche Tatsachen sind aber zu beachten, wenn darüber gesprochen wird, wie solche Taten aus der Welt zu schaffen sind.
Die Antworten, die ausgesprochen werden müssen, liegen in einem grundsätzlichen Neudenken der ökonomischen und sozialen sowie der machtpolitischen Verhältnisse in dieser Welt. Dies ist eine derzeit zwar hilflos scheinende, aber dennoch nicht zu leugnende Wahrheit: der Nährboden solch terroristischer Aktionen sind Ungerechtigkeit und Demütigung, die das Leben des größeren Teils der Menschheit ausmachen. Diese Ungerechtigkeit kennt viele sehr konkrete Zahlen – die Abstände zwischen einer statistischen Lebenserwartung von 76,3 Jahren in den USA und 45,5 in Afghanistan, von einer Säuglingssterblichkeit von 7,1 auf Tausend Geburten in den USA und 112 im Irak sind nur zwei davon. Und keine dieser Zahlen liegt außerhalb der Verantwortung der unbescheidenen westlichen Welt, die sich derzeit so gerne mit dem Attribut „zivilisiert" schmückt.
Wir sagen Nein zum Kriegskurs von USA und NATO!
Wir sagen Nein zur weiteren Militarisierung der deutschen Außenpolitik!
Und wir sagen Nein zur Einschränkung demokratischer Grundrechte!
Und wir werden unser Nein in der nächsten Zeit durch weitere Aktivitäten auf der Straße zum Ausdruck bringen!!

Kiel, 22. September 2001

Vom Notstand der Kieler NPD – oder:

Das Märchen von der Frontstadt ...

Nachdem es an den vergangenen Wochenenden in Kiel vergleichsweise still um die Aktivisten des NPD-Kreisverbands Kiel/Plön gewesen ist, haben sich die „Kameraden" offenbar das Ziel gesteckt, durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit die „Frontstadt" Kiel (so die neue Kampfbezeichnung in der aktuellen Ausgabe des Zentralorgan, der Szenepostille der Freien Kameradschaften) zu erobern und den schon lange propagierten „Kampf um die Straße" zu gewinnen. Zu diesem Zwecke führte die Kieler NPD unter tatkräftiger Unterstützung etlicher „Freier Nationalisten" am Samstag, den 25. August 2001 im Kieler Stadtteil Mettenhof eine Flugblattverteilaktion durch.

Gegen 10 Uhr bauten sie hierfür auf dem Kurt-Schumacher-Platz einen Informationsstand auf und versuchten ca. zwei Stunden lang ihre rassistischen und menschenverachtenden Pamphlete an die Mettenhofer Bevölkerung zu verteilen. Allerdings stießen sie dabei auf eher geringes Interesse seitens der dort einkaufenden Menschen.

Da die Neonazis in den vergangenen Monaten bei ähnlichen Aktionen in der Kieler Innenstadt fast immer mit protestierenden AntifaschistInnen konfrontiert wurden, und die Nazis dabei meist den Kürzeren zogen und flüchten mussten, waren sie diesmal besser vorbereitet. Während einige Nazis (darunter Marc Tenten aus Husum, Martin Engelbrecht, Patrick Thiele und Peter Borchert aus Neumünster, Peter von der Born und Mario Hermann aus Kiel sowie Jens Lütke) äußerst zögerlich versuchten, ihre Flugblätter zu verteilen, postierte sich der weitaus größere Teil der insgesamt 27 Nazis in den umliegenden Straßen, um die Propagandaaktion abzusichern. Nach knapp zwei Stunden brachen die Neonazis ihre Aktion ab, da sich kaum jemand für ihre Hetzschriften zu interessieren schien.

Mittlerweile hatten sich einige MettenhoferInnen am Kurt-Schumacher-Platz eingefunden, um die Nazis zum Abbruch ihres NPD-Standes zu bewegen. Als die Nazis, die gerade mit dem Einpacken ihres Materials beschäftigt waren, die Jugendlichen erblickten, sprangen sie hektisch in ihre Fahrzeuge und rasten davon. Dabei wurden sie von lautstarkem Protest begleitet. Wenig später ließ der Landesvorsitzende der NPD, Peter Borchert, seiner offensichtlich entstandenen Wut über das jähe Ende der Propagandaaktion freien Lauf und warf – während der Rotphase an einer Ampel – willkürlich die Heckscheibe eines neben ihm wartenden Autos mit einem größeren Gegenstand ein und flüchtete. Durch einen glücklichen Zufall wurde keiner der PKW-Insassen oder der nachfolgenden Autos verletzt; die Insassen des geschädigten PKW erstatteten daraufhin Anzeige. Während sich zu dieser Zeit mehrere AntifaschistInnen bei einem Infotisch des Runden Tisches in der Kieler Fußgängerzone trafen (denn auch dort hatte die NPD einen Infostand angemeldet), starteten Peter Borchert und Peter von der Born die nächste Anti-Antifa-Aktion: Unmittelbar nach dem oben beschriebenen Angriff auf das Fahrzeug tauchten sie vor dem Haus einer aktiven Antifaschistin in Kiel auf und wohlwissend, dass diese zu diesem Zeitpunkt nicht zuhause war, betraten sie das Haus und brachten erst einmal den vollständigen Namen der Frau in Erfahrung. Zufälligerweise trafen sie im Treppenhaus auf einen Nachbarn, der gerade im Begriff war, das Haus zu verlassen. Sich wohl auf frischer Tat ertappt fühlend, folgten sie dem Mann lauthals pöbelnd auf die Straße und Peter Borchert schlug ihm unvermittelt ins Gesicht. Von Nachteil für die Nazis war jedoch, dass diese Szene von mehreren Personen beobachtet wurde, die auch umgehend die Polizei verständigten und sich als Zeuge zur Verfügung stellten. Borchert, der Anfang des Jahres wegen des Besuchs einer Kieler Diskothek mit einer geladenen Waffe zu einer einjährigen Haftstrafe (auf drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt) verurteilt wurde, war seitdem mehrfach an gewaltsamen Übergriffen auf AntifaschistInnen und anderen einschlägigen Delikten mit neonazistischem Hintergrund beteiligt. Allein an diesem Samstag wurden mindestens zwei Anzeigen gegen ihn erstattet.

Nichts desto trotz konnte das Fascho-Fahrzeug, welches während des „Hausbesuches" in einer Seitenstraße auf die beiden Helden wartete,

danach völlig unbehelligt in die Innenstadt zurückfahren. Dort musste sich Peter von der Born dann einer weiteren Mutprobe stellen und alleine an dem antifaschistischen Infotisch in der Fußgängerzone vorbei defilieren. Dabei sollen er und sein tapferer „Kamerad" Jens Lütke, der sich ebenfalls auf Spähtour in der Innenstadt befand, jämmerlich ins Laufen gekommen sein ...



Infotisch in Mettenhof



Im Rahmen unser periodisch durchgeführten Infotisch- und Bürgerinformationskampagne haben wir einen solchen Infotisch auch am 25.08.01 in Kiel- Mettenhof auf dem Kurt- Schuhmacher- Platz aufgestellt.

Internetseite der NPD-Kiel: mit Bart Jens Lütke

Auch wenn die Kieler bzw. Schleswig-Holsteiner Naziszene glaubt, ihre GegnerInnen jetzt mit Methoden des individuellen Terrors einzuschüchtern und bekämpfen zu können, scheint sie die örtlichen Realitäten doch zu unterschätzen. Für Samstag den 15. September hatte die NPD nun gleich drei Infostände in Kiel angemeldet (Kurt-Schumacher-Platz in Mettenhof, Vineta-Platz in Gaarden und Holstenplatz/Einkaufszone). Alle drei Stände wurden jedoch kurzfristig von der Stadt Kiel mit Hinweis auf die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit untersagt. In ihrer Begründung verwies die Stadt auf Veröffentlichungen der NPD zu den Terroranschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon in den USA, worin sich die Partei in die geistige Nähe der Verantwortlichen für die Anschläge begeben habe. Das Verbot wurde denn auch vom Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgericht bestätigt, welches die NPD zuvor noch verzweifelt angerufen hatte. Dennoch trudelten mehrere NPD-Mitglieder, abermals mit Unterstützung aus anderen Städten, in Kiel ein und versuchten, ohne Infotisch, ihre Flugblätter zu verteilen. Allerdings wurden die Ersten kurz darauf von der wartenden Polizei in Gewahrsam genommen. Eine zweite Gruppe wurde wenig später ebenfalls in der Fußgängerzone kontrolliert und unter dem Gejohle eintreffender AntifaschistInnen ins Gewahrsam verbracht. Mehrere NPD'ler konnten zwar rechtzeitig abhauen, zwei von ihnen flüchteten sich in eine Buchhandlung am Alten Markt, den sie sich dann (unter Beobachtung durch eine größere Gruppe Antifas) nicht mehr trauten zu verlassen ... Schließlich riefen sie die Polizei freiwillig, damit diese die beiden unbeschadet aus dem Geschäft leiten würde. Der polizeiliche Begleitschutz reichte allerdings nur bis zum Ende der Treppe des Geschäftes, so dass die zwei ängstlichen Neonazis mitten durch die Antifas hindurch wieder in die Einkaufszone zurückgehen mussten. Heulenderweise verkroch sich der Eine nach kurzer Zeit in einer Boutique, wo er sich dann freiwillig von der Polizei (zu seinem eigenen Schutz) festnehmen ließ und der andere suchte sein Heil in der Flucht...

Insgesamt ein peinlicher Auftritt für die NPD – in der Stadt, die man zuvor großartig zur „Frontstadt" erklärt hatte. In einer Presseerklärung des NPD-Kreisvorstandes werden die oben beschriebenen Erlebnisse entsprechend beklagt und verschwörungstheoretisch als Komplott von Autonomen, Behörden, Innenministerium und Ministerpräsidentin gegen die NPD angeprangert. Zum Schluss der Erklärung heißt es: „In den nächsten Monaten wird die NPD ihre wie immer völlig legalen Aktivitäten in Kiel ausweiten und dazu notfalls auch Kräfte aus dem gesamten norddeutschen Raum einsetzen, um die rechtsstaatlichen Verhältnisse in Kiel wiederherzustellen. Die NPD ist optimistisch, daß ein Großteil der Bürger sich mittelfristig die zunehmende Einschränkung fundamentaler Grundrechte wie der Meinungsfreiheit nicht tatenlos hinnehmen werden." Des weiteren wird im aktuellen Zentralorgan für die kommende Ausgabe ein „ausführlicher Bericht über die Vorgänge in der Frontstadt Kiel" angekündigt. Und dafür scheinen die mutigen Kameraden nun fleißig zu sammeln: Patrick Thiele wurde mehrfach gesehen, wie er sich vor einschlägigen Gebäuden in Kiel herumtrieb. So versuchte er, Fotos von der linken Buchhandlung Zapata zu schießen. Dabei fotografierte er mehrfach (durch die Schaufensterscheibe!) den anwesenden Buchhändler. Als dieser ihn daraufhin zur Rede stellen wollte, rannte Thiele schnell davon, obwohl er doch inzwischen zur regelmäßigen Stammkundschaft der Enough is enough-KäuferInnen gehört ...

(motz)

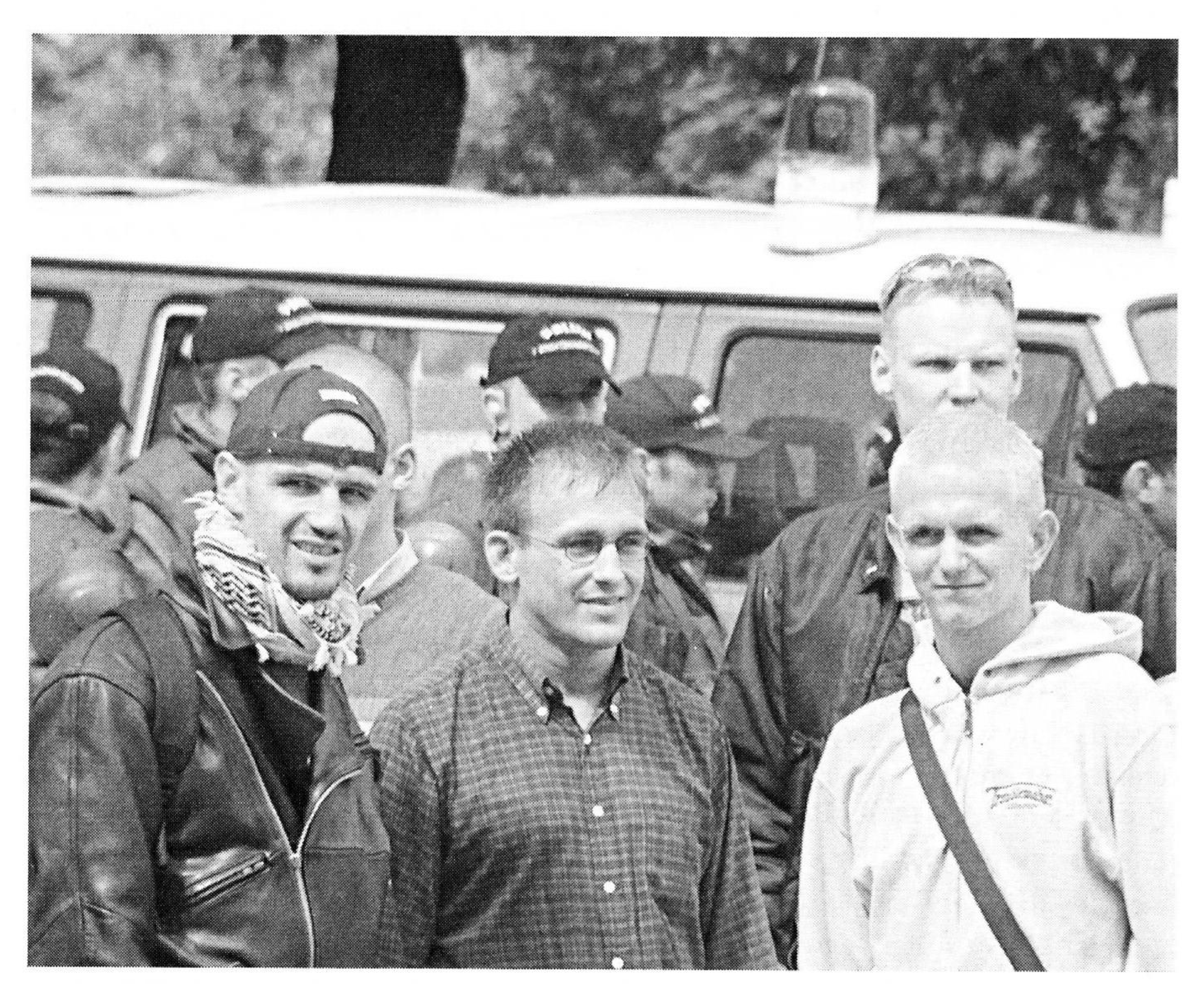
Ein weiterer Flop?

NPD setzt Kampagne fort

Mit einem Aufmarsch in Eckernförde und dem Versuch eines Aufmarsches in Flensburg, gegen dessen Verbot nicht gerichtlich vorgegangen wurde, setzte die NPD Schleswig-Holstein in den letzten Monaten die von ihr angekündigte Kampagne fort. Diese ist Teil des Versuches, noch vor einem möglichen Verbot landesweit Strukturen aufzubauen.

Zunächst war die NPD Ende Mai in Oldenburg/Ostholstein aufmarschiert. Etwa 80 Neonazis, unter ihnen auch Dieter Kern (Bündnis rechts/ Lübeck) und Christian Worch (Hamburg), konnten dank eines massiven Polizeiaufgebotes nahezu ungestört durch die Stadt ziehen und Protestierende einschüchtern (Parole: „Nicht vergessen, auch Rote haben Namen und Adressen"). Es folgte Anfang August Eckernförde, wohin sich jedoch nur ein jämmerliches Häufchen von 35 Neonazis verirrte. Auch dieses Mal hielt das den Landesvorsitzenden Borchert nicht davon ab, auch dies zu einem Erfolg umzulügen. Erneut war es die Polizei, die die kleine Neonazi-Gruppe schützte. Kurz darauf nahm die NPD eine Auseinandersetzung zwischen Jugendlichen vor einer Diskothek in Kaltenkirchen zum Anlaß, in dem Ort zum Aufmarsch aufzurufen. Über 900 PolizistInnen mit schwerem Gerät (Wasserwerfer und Räumfahrzeuge) ermöglichten den Aufmarsch der 90 Neonazis und ihre faschistische Propaganda. Protestierende AntifaschistInnen wurden – wieder einmal – von der Polizei eingekesselt. Klaus-Ulrich Tödter war sich in einem Kommentar der Segeberger Zeitung nicht zu dämlich, diese – in Schleswig-Holstein inzwischen regelmäßig praktizierte Linie bei Polizeieinsätzen – als „absolut richtig" zu loben.

Der für Flensburg angemeldete Aufmarsch fiel einem Verbot der Stadt Flensburg zum Opfer gegen das - wohl aufgrund innerparteilicher Streitigkeiten – nicht vorgegangen wurde. Zunächst war der Aufmarsch der NPD unter dem Motto „Den Volkszorn auf



Protagonisten des neuen und alten NPD-Landesvorstandes: Peter Borchert, Steffen Holthusen, Patrick Thiele (von links nach rechts)



Antifaschistische Demonstration in Eckernförde: Ein jämmerliches Häufchen von Neonazis irrte durch die Stadt – von der großmäulig angekündigten Mobilisierung keine Spur

die Strasse tragen! – Stoppt die Gewalt und Repression gegen die nationale Opposition!" angemeldet worden; kurz nach den menschenverachtenden Anschlägen in New York und Washington wurde die Losung verändert in: „Dem US-Imperialismus friedlich entgegentreten, damit Hass und Terror ein Ende haben!" Zugleich hatte die NPD Schleswig-Holstein ein sogenanntes „Aktionsprogramm gegen die islamische Bedrohung in unserem Land" veröffentlicht, das in der Forderung nach „konsequente(r) Rückführung aller auf deutschem Boden lebenden Bürger außereuropäischer Herkunft in ihre Heimatländer innerhalb der nächsten 100 Tage" gipfelt.

In Kiel führt die Partei zwar regelmäßig interne Treffen durch, konnte aber ein ungehindertes Verteilen von Hetzpropaganda bisher dank antifaschistischer Gegenaktivitäten nicht durchsetzen (siehe gesonderten Artikel in dieser Ausgabe). Allerdings treten insbesondere Kieler Neonazis auch bei bundesweit besuchten Neonazi-Aufmärschen immer häufiger als Ordner auf.

Hatten wir in der letzten Ausgabe der Enough noch vermutet, der Machtkampf im NPD-Landesverband sei entschieden, so muss dies erneut korrigiert werden. Vor allem die kaum verhohlene Rechtfertigung der Verbrechen von New York und Washington haben erneut die NPD-Parteispitze alarmiert. Im September verhängte die Parteiführung daher den `organisatorischen Notstand` über den schleswig-holsteinischen Landesverband. Nicht nur der Landesvorstand wurde abgesetzt, sondern auch drei Kreisverbände ausgeschlossen. Dieser Situation fiel auch der Aufmarsch in Flensburg zum Opfer: Da der Aufmarsch für die NPD angemeldet wurde, der Anmelder jedoch seiner Ämter enthoben war, sah dieser keine Möglichkeit, gegen den Willen der Bundespartei Rechtsmittel gegen das Verbot einzulegen.

Nach dem einschneidenden Schritt der Bundespartei wurde der Landesverband zunächst von Ulrich Eigenfeld, einem langgedienten NPD-Funktionär aus Niedersachsen, geführt. Aus dem Spektrum der sogenannten „Freien Nationalisten" wird nun noch



Internetseite des NPD-Kreisverbandes Kiel (oben) und des Aktionsbüros Norddeutschland (unten): Menschenverachtend und Revisionistisch



offener die Forderung erhoben: „Diese windelweiche Parteiführung fortzujagen". Hierzu gehört denn wohl auch der Versuch Borcherts, mit Hilfe des Nazi-Anwalts Jürgen Rieger den jetzigen Parteivorsitzenden Udo Voigt wegen `parteischädigenden Verhaltens` abzusetzen.

Der Kurs der schleswig-holsteinschen NPD ist im Moment zumindest innerparteilich erfolgreich: Das Landgericht Berlin gab am 8.September 2001 einem Antrag auf einsweilige Verfügung des NPD-Landesverbandes Schleswig-Holstein gegen ihren eigenen – den mit Gewalt eingesetzten - Parteivorstand statt. Damit ist – bis zur endgültigen gerichtlichen Klärung, oder bis zu einer Neuwahl – der alte Vorstand um Peter Borchert wieder im Amt.

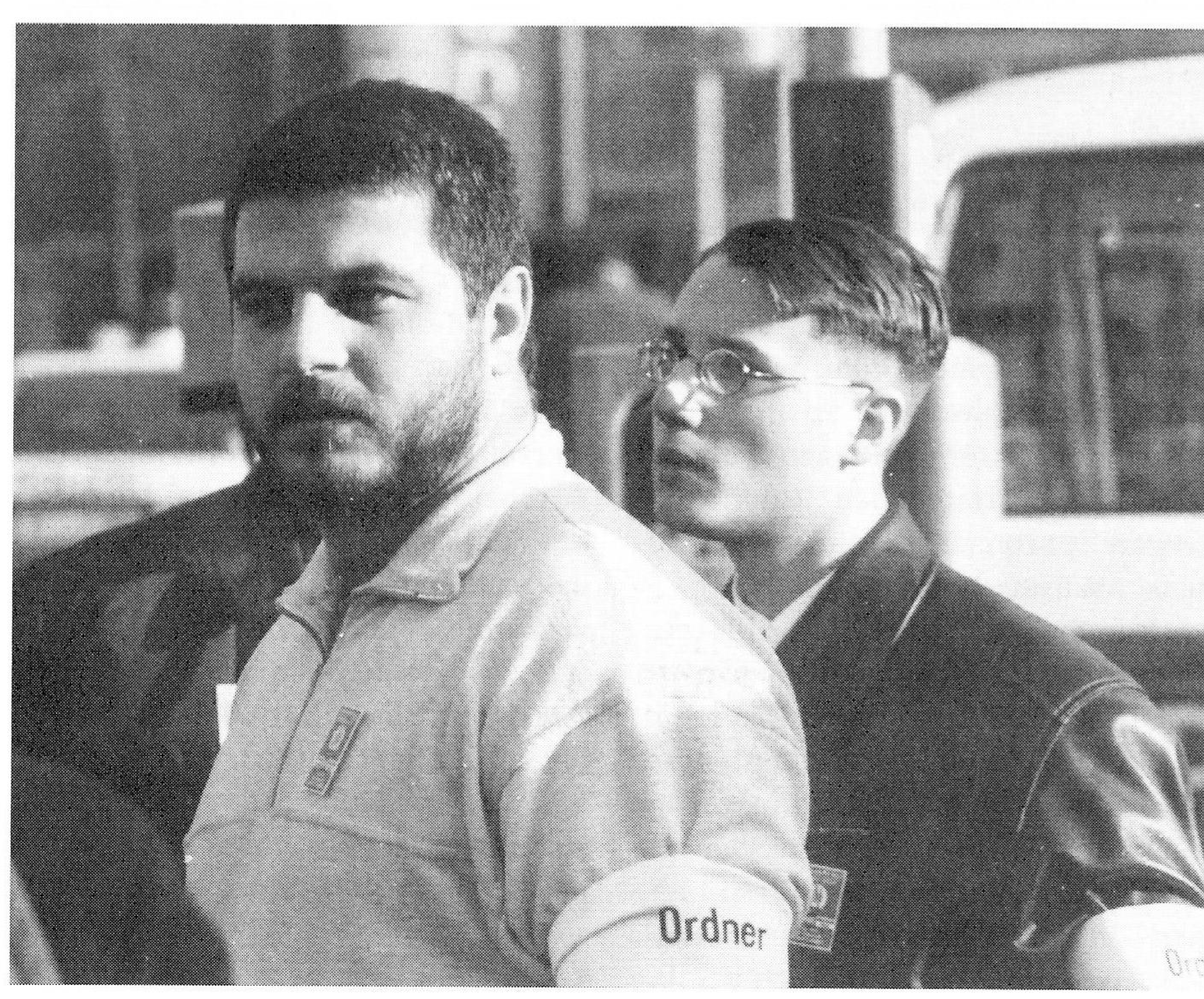
In seiner Rede beim Neonazi-Aufmarsch am 3. Oktober in Berlin sprach Borchert von „uns Nationaldemokraten". Dabei gehört er – wie grosse Teile des schleswig-holsteinischen Landesverbandes – doch zu derjenigen Fraktion des Neofaschismus, die sich offen zum historischen Nationalsozialismus bekennt. Nicht zufällig zierte daher zuletzt ein Zitat des verstorbenen Neonazis Michael Kühnen die Internet-Seite des NPD-Landesverbandes.

Der NPD-Ordnerdienst

Das im Herbst letzten Jahres von dem Lübecker Neonazis Jürgen Gerg verfasste Strategiepapier für die NPD enthält unter Punkt 3.2.1 auch einen Abschnitt, in dem der Aufbau eines sogenannten „Ordnerdienstes" angekündigt wird. Geschichte, Wirken und Ausstrahlung der NPD-„Ordnerdienste" reicht bis in die Frühzeit der Partei zurück – und sind verbunden mit Gewalt und Einschüchterung politischer GegnerInnen.

Schon 1968 hatte die NPD mit Blick auf den bevorstehenden Bundestagswahlkampf mit dem Aufbau einer als „Ordnerdienst" (OD) getarnten Schlägerbande begonnen. Deren Mitglieder wurden mit Schutzkleidung und Helmen einer Ulmer Firma ausgestattet, deren Geschäftsführer das NPD-Mitglied Paul Adam war – und die zugleich auch die Polizei belieferte. Der frühere Leiter des „OD"-Nordrhein-Westfalen, Udo Holtmann, betonte dann auch in einem 1999 erschienenen Rückblick, dass bei den „OD"-Angehörigen „Diskussionsfähigkeit nicht gefragt" gewesen sei: „Den Anordnungen der OD-Leiter war `ohne wenn und aber` Folge zu leisten." So ist es wenig verwunderlich, dass Holtmann nach eigenen Angaben für diese Aufgabe „in erster Linie Bundeswehr und Bundesgrenzschutz-Angehörige (aktiv und Reserve), ja auch einige Polizeiangehörige gewinnen" konnte.[1]

Der „Ordnerdienst" machte bald von sich reden. Bei NPD-Versammlungen wurden mißliebige BesucherInnen zusammengeschlagen, bei den Mitgliedern des „OD" wurden auch Waffen gefunden. Der Sommer 1969 brachte dann den Höhepunkt der Ausschreitungen des „OD": Am 25. Juli prügelten „OD"-Mitglieder unter den Augen der Polizei und völlig ungehemmt auf antifaschistische DemonstrantInnen vor dem Frankfurter Cantate-Saal ein. In einem nachfolgenden Untersuchungsausschuß des Hessischen Landtages kam man zum Ergebnis, dass „die Organisationsbemühungen der NPD unverkennbar auf die Aufstellung eines zentral geleiteten und schnell verfügbaren para-militärischen Verbandes" hindeuten. Bei dem damaligen Plädoyer für das Verbot wurde vor allem auf die hierarchisch – quasimilitärische Verbandsstruktur, die Uniformierung und die vom Parteivorstand gebilligte Vorschrift, auch Gewalt anzuwenden, hingewiesen.



Ordnerdienstleiter der NPD, hier 1998 in Passau: Sacha Roßmüller (links)

Mitte September eskalierte die Gewalt weiter: Der `Bundesbeauftragte für den Ordnerdienst`, Klaus Kolley, hatte nach einem NPD-Aufmarsch in Kassel mit einer scharfen Handfeuerwaffe auf antifaschistische DemonstrantInnen geschossen und dabei zwei Jugendliche verletzt.

Einem drohenden Verbot des „OD" kam die Partei nach diesen Vorfällen durch die Auflösung zuvor. Allerdings beteiligten sich Angehörige des aufgelösten „OD" an verschiedenen, in den 70er-Jahren entstehenden gewalttätigen Nazi-Banden, wie z.B. an der Europäischen Befreiungsfront. Zugleich gab es in verschiedenen Orten erneut Ansätze der NPD, einen sog. „Organisationsdienst" aufzubauen. Diese „Aktiv-Gruppe" müsse, so hieß es beispielsweise in einem Schreiben des NPD-Kreisverbandes Gelsenkirchen, „sehr kurzfristig einsatzbereit sein". In der zweiten Hälfte der 70er-Jahre machten derartige Gruppen immer wieder Schlagzeilen, z.B. die als „Harting-Bande" bekannt gewordene Gruppe um den NPD-Bezirksbeauftragten Karl-Heinz Harting aus Kamen (NRW).

In Schleswig-Holstein hatten Mitglieder der NPD und der Wiking-Jugend einen Radikalisierungsprozess durchlaufen und sich zum Teil Ende der 70er-Jahre in der Aktionsfront Nationaler Sozialisten zusammengefunden. Einige von ihnen wurden wegen Giftdiebstahls (gedacht zur Vergiftung des Wachpersonals im Spandauer Alliierten Militärgefängnis) sowie der Verabredung eines Sprengstoffverbrechens verurteilt. An

der Westküste Schleswig-Holsteins war es eine Gruppe um den NPD-Kreisvorsitzenden Ernst-August Möller, die umfangreiche Waffenlager anlegte.

Auch in den vergangenen zehn Jahren finden sich vielfach Aktivitäten der Neofaschisten, mit denen sich diese auf Gewalttaten gegen AntifaschistInnen vorbereiten. So berichtete Spiegel TV vor einigen Jahren ausführlich von Trainingskursen, die allwöchentlich auf ehemals von den Armeen der DDR bzw. der Sowjetunion genutzten Truppenübungsplätzen in Erfurt, Colbitz-Letzlinger Heide und anderswo stattfänden. Dort wurde gelehrt und geübt, wie man mit Nebelgranaten linke Zentren oder Flüchtlingswohnheime angreift und dann den flüchtenden „Chaoten und Asylanten" mit „Nahkampfwaffen" den Rest gibt. Als Reaktion auf einen entsprechenden Bericht von Spiegel TV startete zwar das Innenministerium von Thüringen eine Razzia und nahm fünf Personen fest. Der damalige Drahtzieher Thomas Dienel blieb jedoch auf freiem Fuß.

Ebenfalls Anfang der 90er-Jahre warb die neofaschistische Deutsche Liga für Volk und Heimat, in ihrer Parteizeitung Deutsche Rundschau für die „Deutsche Kampfsport-Initiative". Dieser Zusammenschluß „patriotisch denkender Kampfsportler" mit Kontaktadresse in Solingen hatte sich zum Ziel gesetzt, „im nationalen Lager Kampfsport zu verbreiten". Das ist kein Einzelfall. Im Raum Bonn stand ein „Deutscher Hochleistungskampfkunstverband" (DHKKV) neonazistischen Organisationen als Ordnerdienst zur Verfügung. Und die Nationalistische Front schritt kurz vor ihrem Verbot noch zur Gründung eines „Nationalen Einsatzkommandos" (NEK) für – so hieß es in der intern formulierten Vorgabe – den „Kampf gegen Ausländerverbrecherbanden und Linke".



Ordnerdienst der „Freien Nationalisten" auf der NPD-Demonstration am 30. Januar 1999 in Kiel: Thomas Wulff (links mit Kappe und Mantel) gibt Befehle aus

Nun also baut auch die NPD wieder solch einen „Orderdienst" auf. Holtmann: „Heute ist der OD wieder gefragt – und es wäre wünschenswert, wenn die neuen OD-Leiter eine solche `Truppe` zur Verfügung bekämen, wie es sie in den frühen Tagen der NPD gegeben hat." Das Strategiepapier der NPD Schleswig-Holstein sieht zunächst den Aufbau einer landesweiten Struktur vor. Später soll es auch „kleine lokale Ordnergruppen" geben. Hatte die NPD Ende der 60er-Jahre in München noch extra eine Judoschule zur Ausbildung ihrer Ordner einrichtet, so besuchen heute viele Neonazis Kampfsportschulen in der Nähe ihres Wohnortes. Zur Finanzierung des „OD" schreibt die NPD in ihrem Papier: „Die nötigen Geldmittel für Schulung und Ausrüstung des OD`s sind vom Landesverband mit einzuplanen und später über entsprechende Finanzierungsmodelle (evtl. Wachschutz) mittelfristig wieder zu beschaffen." Bedenkt man, dass das Auftreten der Neonazis in Schleswig-Holstein in den letzten Monaten an gewalttätiger Aggressivität zugenommen hat[2] und der NPD-Landesvorsitzende Borchert zuletzt wegen des Mitführens einer scharfen Handfeuerwaffe verurteilt wurde, so muss der nun angekündigte OD-Aufbau als Ankündigung einer weiteren Eskalation durch den Aufbau organisierter und aufeinander eingespielter Schlägertrupps bewertet werden.



NPD-Aktion 1. Juli 2000 in Hamburg: der neue Ordnerdienst?

[1] Alle Zitate Holtmanns stammen aus dem von der NPD zu ihrem 35-jährigen Bestehen herausgegebenen Band „Alles Große steht im Sturm" (S. 314/315)

[2] Vgl.: Bericht zur Entwicklung der NPD in Kiel in dieser und der letzten Ausgabe der Enough is enough.

Nazi-Club 88 – eine unendliche Geschichte?

„Eines vorweg: Der Club 88 hat den sogenannten `Aktionssommer` linker Kräfte bestens überstanden." Mit dieser Bewertung wartete der Club 88 im Zusammenhang mit Einladung zur Feier seines 5-jährigen Bestehens auf. In der Tat ist der Weiterbetrieb dieses überregional bedeutsamen Nazi-Treffs derzeit nicht gefährdet. Anlass zu einem Rückblick.

Ende September hat der Nazi-Treff Club 88 sein 5-jähriges Bestehen gefeiert; über 300 Neonazis fanden sich zu diesem Jubiläum ein. Den ganzen Abend streunten Gruppen von Neonazis durch die Strassen rund um den Club 88; die Polizei beschränkte sich auf zurückhaltende Anwesenheit. Antifaschistische Aktivitäten gab es nicht.

Mit dem Aktionssommer "Dem Club auf die Pelle rücken" hatten antifaschistische Gruppen in den vergangenen Monaten versucht, nicht nur erneut politischen Druck zugunsten einer Schließung dieses Nazi-Treffs zu machen, sondern auch den Aktionsraum der Faschisten einzuschränken. Den Auftakt machte der Motorradclub Kuhle Wampe, der in der Innenstadt Neumünsters und vor dem Club 88 Kundgebungen durchführte. Leider blieb ein Teil der erwarteten KradfahrerInnen wegen des unfreundlichen Wetters zu Hause. Die 70 MotorradfahrerInnen fuhren im Anschluß noch nach Elmshorn, wo eine antifaschistische Kundgebung in Zusammenarbeit mit dem dortigen Bündnis gegen rechts stattfand.

Die in der Gadelander Schule als Teil des Aktionssommers geplante Comic-Ausstellung wurde kurzfristig in einer anderen Schule durchgeführt, weil in einigen Comic angeblich Gewalt unkritisch dargestellt würde. Ein von den Jusos durchgeführtes Fußballturnier und eine Kundgebung der Gruppe Linksruck direkt vor dem Nazi-Treff fanden nur schwachen Widerhall. Wenn auch die von den Neonazis im Gegenzug organisierten sogenannten „Mahnwachen" vor dem SPD-Büro oder in der Nähe des Jugendzentrums einen eher jämmerlichen Eindruck hinterliessen, so muss die zum Teil unzureichende Vorbereitung aus dem Kreis der Veranstalter des Aktionssommers ebenso kritisiert wie eine schwache Beteiligung angemerkt werden.

Die einzige Veranstaltung, die mit dem Motto des Aktionssommers tatsächlich ernst machte und den Aktionsraum der Faschisten zumindest zeitweise einschränkte, war das von den Konzertgruppen Schleswig-Holstein und Avanti – Projekt Undogmatische Linke organisierte Konzert im Juli. Zu diesem kamen über 600 Jugendliche, die damit auch deutlich machten, dass sie sich vom Nazi-Terror und den Einschüchterungsversuchen der Neonazis nicht verschrecken lassen. Das Konzert verlief dank der umsichtigen Schutz-Gruppe, die von den VeranstalterInnen organisiert worden war, während des ganzen Tages friedlich; auf dem Schulgelände wurde Basketball gespielt und den insgesamt elf Bands gelauscht. Wenig kooperativ verhielt sich die Polizei. Obwohl sie darauf aufmerksam gemacht wurde, dass einzelne Nazis mit Baseballschlägern bewaffnet um den Veranstaltungsort herumliefen, schritten die Beamten nicht ein. Die Situation spitzte sich zu, als kurz vor Ende des Konzerts einer größeren Gruppe von Neonazis gestattet wurde, sich auf eben jener Straße zu sammeln, die die meisten KonzertbesucherInnen zur Abreise nutzen mussten. So kam es zu einer kurzen Eskalation, die im Anschluss an das Konzert die Berichterstattung der örtlichen Presse prägte. Das Bündnis gegen rechts Neumünster, das die Koordination der Veranstaltungen des Aktionssommers übernommen hatte, kommentierte das Einsatzkonzept der Polizei: „Wir finden es unverständlich, warum auf der einen Seite ganze Stadtteile abgesperrt werden, um den Faschistn den reibungslosen Ablauf ihrer Demonstrationen zu garantieren, und AntifaschistInnen, die auch nur in die Nähe kommen Platzverweise erhalten oder in Gewahrsam genommen werden, und auf der anderen Seite die Polizei nicht in der Lage war oder sein wollte, 60 Nazis von den KonzertbesucherInnen zu trennen." Für die bürgerliche Presse waren die durch das Polizeiverhalten provozierten Auseinandersetzungen ein willkommener Anlass, um gegen den Aktionssommer zu hetzen. Für sie steht der Feind im Zweifelsfall



eben immer noch links.

Ganz anderes Publikum fand Anfang August dann eine öffentliche Probe der Orchesterakademie des Schleswig-Holstein-Musik-Festivals in der Aula der Gadelander Schule. Unter Leitung des Dirigenten Heinrich Schiff nahmen über 200 ZuhörerInnen die Gelegenheit wahr, ihren Protest gegen Nazi-Aktivitäten zum Ausdruck zu bringen.

Die Bilanz des Aktionssommers ist verhalten: Nur vereinzelt ist es gelungen, über den Kreis der Aktiven hinaus Unterstützung und Beteiligung an den Aktionen zu gewinnen. Dies ist vor allem einer politischen Stimmung in Neumünster geschuldet, in der die Stadt Neumünster und die örtliche Presse am Ziel, den Club 88 zu schließen, jedes Interesse verloren hat – und daher all diejenigen, die weiterhin dafür eintreten, in erster Linie als Störenfriede betrachtet werden. Die zeitweise kritische Öffentlichkeit in Neumünster hat sich zudem mit den Nazi-Aktivitäten arrangiert, und die politischen Kräfte, die den Aktionssommer getragen haben, sind – das ist die ungeschminkte Bilanz – nicht in der Lage gewesen, in einer solchen Situation der Bewegung gegen den Club 88 eine neue Dynamik zu geben. Der Weiterbetrieb des Club 88 ist also weniger der Stärke der Faschisten zu verdanken als der Untätigkeit des bürgerlich-demokratischen Spektrums bzw. der Toleranz des unmittelbaren Umfeldes in Gadeland.

Die überregionale Bedeutung und der Symbolwert des Nazi-Treffs bleiben gleichwohl bestehen. Dies wird auch an den verschiedenen Aktionen deutlich, die die Nazi-Szene zu seiner (finanziellen) Unterstützung durchgeführt hat. In diesem Sommer wurde ein Förderkreis ins Leben gerufen, der über eine Postfachadresse in Kiel zu erreichen ist. Dieses wird von Melanie Kussin betreut, die zu den regelmäßigen TeilnehmerInnen der Neonazi-Aktivitäten in Kiel gehört. Das neonazistische Aktionsbüro Nord hielt in seinem Bericht zur 5-Jahres-Feier fest, dass „diese Gaststätte (...) zumindest im norddeutschen Raum in den vergangenen 5 Jahren ganz erheblich zur informellen Vernetzung beigetragen (hat) und das muß erhalten werden."

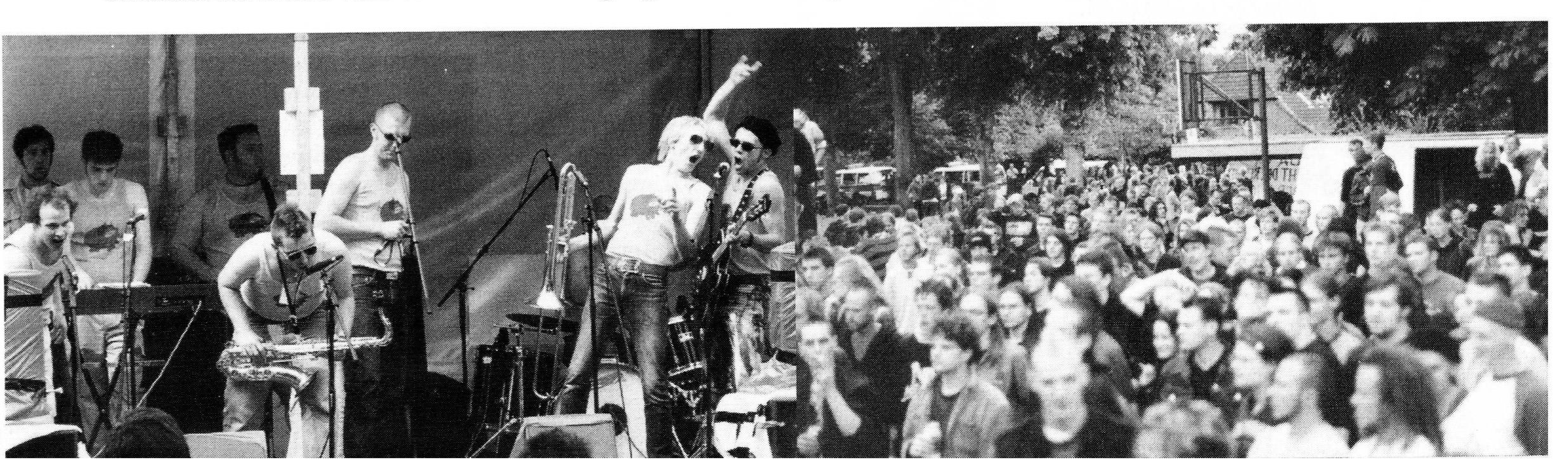
Mögen sich die Schwerpunkte antifaschistischer Aktivitäten gegen den Club 88 in Zukunft ändern, vergessen wird er ganz sicher nicht.

VF





Beschützte Provokateure: Die Polizei läßt die Nazis vom Club den gesamten Tag, nur wenige Meter vom Konzert entfernt, mit Transparenten und Sprüchen agieren.



Wahlschlappe nach Outing-Aktion

Eigentlich war er als „parteiloser" Kandidat angetreten, um Bürgermeister der kleinen mecklenburgischen Gemeinde Lüdersdorf zu werden. Doch es kam anders. Er wurde als Neonazi geoutet und konnte gerade noch 3, 2 Prozent der abgegebenen Stimmen für sich verbuchen. Die Rede ist von Reinhart Eggert.

Anfang Juli waren Lübecker AntifaschistInnen auf eine Mitteilung im Gästebuch des neofaschistischen „Bündnis Rechts" gestossen. Dort wies ein gewisser Reinhart Eggert auf eine geplante Veranstaltung mit sich und den beiden anderen BürgermeisterkandidatInnen für die Gemeinde Lüdersdorf hin. Stattfinden sollte der Diskussionsabend eine Woche vor der Wahl in dem kleinen Dorf Wahrsow. Ein idealer Zeitpunkt also, um Herrn Eggert kostengünstig und ohne grossen Zeitaufwand die Suppe zu versalzen. So machten sich mehrere AntifaschistInnen gespickt mit Hintergrundinformationen am besagten Abend auf den Weg nach Wahrsow – vorbei an mehreren Dutzend Plakaten mit dem Wahlslogan „Eggert als Boss". Der Saal, in dem die Veranstaltung stattfinden sollte, war mit ca. 100 Personen gut gefüllt. Zu den Anwesenden zählten u.a. auch der Vorsitzende des „Bündnis Rechts", Dieter Kern aus Lübeck und sein Stellvertreter, Wolfram Meyer aus Stockelsdorf.

Vom Biedermann zum Neonazi

Zunächst hatten alle BürgermeisterkandidatInnen die Möglichkeit, sich und ihr Programm kurz vorzustellen, bevor weitere Fragen aus dem Publikum zugelassen wurden. Eggert mimte zunächst den Biedermann. Nichts deutete daraufhin, dass es sich bei ihm um einen Neonazi handelt. So meldeten sich die anwesenden AntifaschistInnen zu Wort. In dem folgenden Redebeitrag wurden die EinwohnerInnen der Gemeinde Lüdersdorf darüber in Kenntnis gesetzt, das es sich bei Eggert keineswegs um einen harmlosen parteilosen Kandidaten handelt. Seine Mitgliedschaft im „Bündnis Rechts" und sein Aufgabenbereich als Kontaktperson dieser Organisation für Mecklenburg-Vorpommern wurde näher beleuchtet. Zudem wurde Eggert als Redner auf einem Naziaufmarsch in Lübeck am 9. Juli geoutet. Dort hatte er u.a. neben den vorbestraften Neonazis Peter Borchert (NPD-Landesvorsitzender von Schleswig-Holstein) und Christian Worch (strategischer Kopf der „Freien Nationalisten") gesprochen. Der antifaschistische Beitrag wurde mit großem Beifall zur Kenntnis genommen. Der Knoten war offensichtlich geplatzt. Mehrere RednerInnen wussten weitere Details zu berichten. Ein Gemeindevertreter wies daraufhin, dass Eggert während einer Sitzung das Buch „Adolf Hitler – Begründer Israels" gelesen habe. Autor dieses Machwerkes ist Hennecke Kardel, ehemaliger Offizier der Waffen-SS. CDU-Bürgermeisterkandidat Dr. Erhard Huzel gab nun zum besten, dass Eggert bis vor zwei Jahren Mitglied der DVU gewesen ist und unter seinen Wahlplakaten teilweise alte DVU-Propaganda zum Vorschein gekommen sei. Als ein Einwohner von Lüdersdorf schließlich fragte, warum Eggert in den 90er-Jahren am 8. Mai, dem „Tag der Befreiung vom Faschismus" die Reichkriegsflagge auf seinem Grundstück gehisst hatte, eskalierte die Situation. Der nun folgende lautstarke Schlagabtausch drohte in Tätlichkeiten auszuarten. Viele Anwesende verließen daraufhin aus Protest gegen Eggerts Anwesenheit und Verhalten den Saal, der Gemeindewahlleiter brach die Diskussionsrunde daraufhin vorzeitig ab.



Reinhart Eggert: Rede vor Neonazis in Lübeck

Nach der Veranstaltung bedankten sich eine Vielzahl von EinwohnerInnen der Gemeinde bei den AntifaschistInnen ausdrücklich für ihr Engagement. Die anwesenden Neonazis hingegen machten sich schnellstens aus dem Staub. Ein großer Bericht über die Veranstaltung und Eggerts Nazi-Aktivitäten in der hiesigen „Ostsee-Zeitung" sorgte schließlich zusätzlich dafür, dass dieser eine Woche später eine herbe Wahlschlappe hinnehmen musste.

V-Punk Bang-Bang

Deutschtümelei zu schlechtem Geschrammel

„... diesmal in der Gesang fast ausschließlich deutsch" (s. auch gleichnamigen Artikel in der Enough is enough Nr. 14, 2001) versprach Bandleader Zeljko Topic in Hinsicht auf das damals zu erwartende neue Album „Bang Bang" seiner Band Viva Punk (V-Punk). Zumindest in dieser Hinsicht erfüllt das Produkt sämtliche Erwartungen.

Im September wurde „Bang-Bang", erschienen auf dem bandeigenen Label Keller records, offiziell veröffentlicht. Seit August bemustert die Band Gott und die Welt, respektive die komplette Musikindustrie, mit Promotionexemplaren der CD. Reviews dieser werden wohl in den nächsten Wochen in den Musikmagazinen und Fanzines zu entdecken sein. Genau dort schaltete die Band im Vorfeld, wie auch bei den vorherigen Veröffentlichungen, zahlreiche Anzeigen zur Promotion der Platte. Allerdings ist es für Band nicht mehr so leicht ihre Werbung unterzubringen, als noch bei den letzen Veröffentlichungen. So verweigerte das Punk-Rock Fanzine „Plastic Bomb" das Abrucken von Anzeigen, nachdem das Heft als Reaktion auf ihre Aufklärungskampagne wegen des Konzertes mit Kraftschlag zunächst billige Ausreden und später Drohungen via E-Mail bekommen hatte.

Auf der neuen Platte hat die Band abgesehen von zwei Coverversionen, dargeboten von Hanna Punk (Hanna Topic ist Zeljkos Tochter) mit V-Punk als backing Band und einer des Undertones- (End 70er Punkband aus Nordirland) Klassikers „teenage kicks", ihr Versprechen wahrgemacht und den Gesang komplett in deutsch gehalten. Neben zwei weiteren Coverversionen („Junge, komm bald wieder" – im Original gesungen von Freddy Quinn und „versoffene kleine Marie" von der angeblich befreundeten Deutschpunkband Hass), präsentieren sie sieben Eigenkompositionen (lt. Booklet: Musik & Text Zeljko Topic).

Das V-Punk die Letzten sein werden, die „Deutschland verrecke" schreien würden, haben sie bereits auf ihrer bandeigenen Homepage (www.vundhanna-punk.de) publik gemacht.

Der erste Song der aktuellen CD „bang-bang" ist allerdings eine Aufforderung, für Deutschland zu kämpfen. Nach dem Booklet soll es weiter heißen „Zerschlagen wir die alte Macht ...", gesungen wird aber „ Zerschlagen wir die rote Macht – Sie hat uns lang genug bewacht".

„Dresden" ist der revisionistische Hit für den nächsten Kameradschaftsabend und weicht vom typischen V-Punk Stil ab, auch weil er von einem anderen Sänger dargeboten wird. Der Text (s. Kasten) spricht Bände; abweichend vom Booklet singt die Band „so grausam schlachtet man deutsche Kinder nicht" und auch das Ende wird zu „ Die Kriege werden gemacht – wo sie keinen Landser sehen" verändert. Mit diesem Song dürfte die Band endgültig ihre nationalistische Gesinnung offen gelegt haben.

Das geneigte Publikum wird die Band nach ihrem Bekenntnis zum Nationalismus auch weiterhin, oder jetzt erst recht, mögen. Apropos geneigtes Publikum:

Nach Angaben des Kieler Polizeichefs, Werner Tanck, der auf einer der letzten Ratsversammlungen der Stadt Kiel vor der Sommerpause zum Thema V-Punk und deren Verbindungen zur schleswig-holsteinischen Naziszene, befragt wurde, beobacht die Polizei schon über einen längeren Zeitraum



DRESDEN

Als sie in Nürnberg saßen
Die großen zu Gericht
Fragten in Dresden die Mütter:
Warum ruft man uns nicht?
Aus den Kellern wollen wir kriechen
Und starren in euer Gesicht
Wir, Rest der Mütter von Dresden
Die anderen leben ja nicht

Sie wurden erlegt,
Und die Toten reden ja nicht
Aber wir, die in Kellern noch kriechen,
Warum ruft man uns nicht
Unmenschliches zu machen
So sagt ihr, sei eure Pflicht
Aber wir leben noch
Bessere Zeugen findet ihr nicht

Sie schwebten hoch, die Geschwader
Und lösten die Bomben dicht
Drei Tage lang ungefährdet
Und kamen Schicht für Schicht
Kinder mit Spielzeug in den Händen
Ihr saht sie ja nicht
Zerstückelt wie auf der Fleischbank
Und immer noch Bomben dicht

Überall Höllenfeuer,
Euch brannte es nicht
Wir starrten in unserer Kinder
Verkohltes Gesicht
Stück nach Stück von den Knochen
Seht, wie er bricht
So grausam schlachtet man Kinder nicht

Zu Nürnberg ihr Großen und Hohes Gerich
Ruft ihr die Mütter von Dresden natürlich
nicht
Dazu muß ich noch sagen
Nicht dass man mich falsch versteht,
Die Kriege werden gemacht
Leider am Schreibtisch

Musik+Text: Z.T.

Liedtext Dresden: Der revisionistische Hit für den Kameradschaftsabend

eine Zusammenarbeit zwischen der Band und rechtsextremen Strukturen und ordnet sie spätestens seit personellen Überschneidungen mit der Gruppe Kraftschlag als der rechtsextremen Szene zugehörig ein.

Hieraus resultiere für die Polizei, sicherlich auch im Zusammenhang mit dem Verbot des Blood & Honour-Netzwerkes im letzten Jahr, die Notwendigkeit, Konzerte der Band zu untersagen, so Tanck in der letzten Sitzung des Innenausschusses der Ratsversammlung. Weiterhin soll es bereits im Mai den erneuten Versuch eines V-Punk/Kraftschlag Konzertes in Schleswig-Holstein gegeben haben. Dieses fand nur deshalb nicht statt, weil die Veranstalter es versäumt hatten, fristgerecht Widerspruch gegen das Verbot einzulegen. Ein weiteres Konzert fand während der Kieler Woche im „Bam", das ebenfalls im Rotlichtviertel liegt, statt. Da es als Privatfeier des Herrn Topic deklariert war, konnte es nicht polizeilich verhindert werden. Volker Meyer von „Pigmaster Promotion", der sich auch schon früher für die Band engagierte, vermittelte kurzfristig eine Kieler Vorband für das Konzert. Diese erfuhr erst beim Konzert selber, für welche Art Gesellschaft sie spielen sollten. Abgesehen davon, dass sich nur sehr wenige KonzertbesucherInnen eingefunden hatten, ließ es sich ein Mitglied von V-Punk nicht nehmen, mit einem Blood & Honour-T-Shirt und einem Koppelschloß, auf dem ein Hakenkreuz abgebildet war, seinem Auftritt den entsprechenden Beigeschmack zu geben. Die eiligst organisierte Zusatzband verließ daraufhin die Veranstaltung, als ihr klar wurde, mit welchen Leute sie es dort zu tun hatte.

Zum wiederholten Male stellt sich die Frage, welche Rolle eigentlich Pigmaster Promotion in dieser Allianz aus Nazis, Dumpfbacken und Zuhälterszene einnimmt. Immerhin war er auch dieses Mal wieder gerne bereit, sich um ein Gelingen des Konzertes zu bemühen.

Im Juli dieses Jahres fand im Übrigen eine groß angelegte Razzia im Kieler Rotlicht-Milieu statt. Dabei wurden nach Angaben der Kieler Nachrichten vom 18. Juli 2001 bei einer Hausdurchsungung der Privatwohnung des Betreibers des „BAM" und des „Eros-Centers" ein Waffenarsenal beschlagnahmt. Hierbei handelt es sich um die Wohnung – wer hätte es gedacht – von Zejlko Topic.

»Der Heiße Sommer« im Kreis Pinneberg

Der von Neonazis im Zusammenhang mit den Verhaftungen des Pinneberger Kameradschaftsführers Klemens Otto und des Neonazis Alexander Schlichting angekündigte »heiße Sommer« ist vorbei. (Zur Vorgeschichte siehe Enough is enough Nr. 14)

Am 1. Juni präsentierte das Aktionsbüro Norddeutschland mit Sitz in Norderstedt via Internet die »Initiative: Freiheit für den inhaftierten Nationalisten Klemens Otto«. Auf der Internet-Seite, für die maßgeblich der Neonazi-Kader Tobias Thiessen aus dem Kameradenkreis um Thomas »Steiner« Wulff verantwortlich ist, stand u. a. ein A4 Plakat zum downloaden bereit. Das Plakat, mit einem Postfach in Bergedorf als Kontaktadresse und Thiessen als ViSdP wurde mehrmals im Kreis Pinneberg verklebt.

Den Höhepunkt erreichte die Neonazi-Kampagne Mitte Juni, als in der Nacht vom 19. auf den 20. Juni mit einem Farbanschlag auf das Verlagshaus A.Beig in Pinneberg eine Serie von Sprühereien, Anschlägen und Plakatier-Aktionen begonnen wurde. Dies war auch nicht der erste Anschlag auf den Verlag, in dem das Pinneberger Tageblatt erscheint. Schon im April wurden an zwei aufeinander folgenden Tagen Scheiben eingeschmissen. Im April machten Redakteure und Geschäftsführer die Anschläge noch zu gewöhnlichen Vandalismus, obwohl auch bei diesen Anschlägen der Spruch »Freiheit für Klemens Otto« an der Fassade prangte (taz vom 21.6.01). Am 20. Juni ging bei der Redaktion des Pinneberger Tageblattes (PT) ein auf gelbem Karton geschriebenes »Bekennerschreiben« ein, in dem sich vor allem über den Wachdienst des A.Beig Verlags lustig gemacht wurde. Da sich die Weiterleitung dieses »Bekennerbriefes« zur Beweissicherung durch »Betriebsausflug«, »nicht-zuständig-fühlen« und »Urlaub« bei verschiedenen Polizeidienststellen ›schwierig‹ gestaltete, sah sich der Chefredakteur des PT unter der Überschrift »Wer schützt den Staat?« zu der Aussage veranlasst: »... wer so dilettantisch organisiert ist wie der Staatsschutz in Schleswig-Holstein, darf sich nicht wundern, [...] dass hier fahrlässig ein Dorado [für Neonazis] geschaffen wird« (PT vom 22.6.01). Die Antwort des Polizeidirektors und Leiters der Polizeiinspektion Pinneberg, Heinz Parchmann, auf diese Angriffe ist eine Mischung von Selbstbeweihräucherung, »die Polizei im Kreis Pinneberg ist landesweit wegen besonderer Aktivitäten bei der

Bekämpfung rechtsextremistischer Straftaten anerkannt« und Verharmlosung, die in dem Satz: »Sollte die Vermutung eines rechtsextremen Hintergrundes zutreffen, wird selbstverständlich in diese Richtung ermittelt werden« seinen Ausdruck findet. In der selben Nacht wurde in Halstenbek und Krupunder an mehreren Stellen Parolen wie »Trotz Verbot nicht Tot«, »Befreite Zone C18 Pi«, »Jetzt gibt's Tote« oder »Der Sommer fängt an« geschmiert.

Nur eine Nacht später wurde in Pinneberg, Rellingen und Kummerfeld großflächig plakatiert: unter anderem »Gedenkplakate« für den SA-Mann Horst Wessel, sich gegen die Polizei richtende Plakate sowie Aufrufe für die Demo am 14. Juli. Für die Demo-Aufrufe zeichnet sich Benjamin Skourup presserechtlich verantwortlich. Skourup ist ein langjähriger Gefolgsmann Klemens Ottos und schon des öfteren wegen seiner nationalsozialistischen Gesinnung mit dem Gesetz in Konflikt gekommen. Bei Aufmärschen des Nationalen Widerstands ist Skourup regelmäßig in der ganzen BRD mit seinen Kameraden vom Pinneberger Sturm anzutreffen. Skourup ist einer der aktivsten Kader der Pinneberger Neonazi-Szene und gilt als die rechte Hand von Klemens Otto. Während Ottos Haftzeit galt Skourup als der Führer der Pinneberger Kameraden.

In der Nacht vom 27. auf den 28. Juni wurde erneut ein Farbanschlag verübt. Dieses Mal traf es die Elmshorner Nachrichten, die einen Tag zuvor in der Beilage ›Blickpunkte‹ über die Gegendemos zum geplanten Neonazi-Aufmarsch am 14. Juli berichtete. In der selben Nacht wurde in Elmshorn wiederum zahlreiche Plakate für das Neonazi-Idol Horst Wessel verklebt.



Kameraden fordern die Freilassung von Alexander Schlichting: Hier auf dem Neonaziaufmarsch in Kaltenkirchen

Am 4. Juni wurde von Christian Worch ein Aufmarsch für den 14. Juli in Elmshorn unter dem Motto: »Freiheit für alle verfolgten Nationalisten« beim Landrat des Kreises Pinneberg angemeldet. Dies sollte die fünfte Demonstration der Neonazis innerhalb der letzten zwei Jahre werden. Doch dieses Mal wurde das Verbot der Demo vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe bestätigt und – gegenüber vorherigen Gepflogenheiten – keine Alternative z.B. in Form einer stationäre Kundgebung erlaubt. Auch Ersatzkundgebungen waren untersagt. Das die Neonazi-Szene aus dem Kreis Pinneberg, unter ihrem Aushilfs-Führer Benjamin Skourup, dennoch am 14. Juli mit 30 Kameraden versuchte, in Ellerbek einen Aufmarsch durchzuführen, zeigt einmal mehr, dass die Pinneberger Neonazi-Szene keine Gelegenheit auslässt, zu provozieren und ihre menschenverachtende Propaganda nach außen zu tragen. Von antifaschistischer Seite wurde nach Bekannt werden der Demoanmeldung von Worch auf allen Ebenen gegen den Neonazi-Aufmarsch mobilisiert. Am 20. Juni wurde ein Aufruf der IG-Metall-Verwaltungsstelle Unterelbe in Elmshorn veröffentlicht, in dem verschiedene Organisationen, die rund 2000 nichtdeutsche Bürger aus Elmshorn und Umgebung vertreten, aktive Maßnahmen gegen militante Neonazis und ein Verbot des geplanten Aufmarsches der Rechtsextremen in Elmshorn forderten. Am 14. Juli fand dann ein ›Move gegen Rechts‹ statt, an dem sich 500 Menschen beteiligten. Auch wenn die Verbotsverfügung bei einigen Rednern auf dem ›Move gegen Rechts‹ fälschlich als



Zwischen A23 und B4: Der Kreis Pinneberg als offensives Aktionsgebiet der Neonazis



»erfolgreiche Verhinderung des Naziaufmarsches« beziehungsweise als »Erkenntnis der Gerichte, dass Faschismus keine Meinung, sondern ein Verbrechen ist« dargestellt wurde, ist der Tag aus antifaschistischer Sicht positiv zu bewerten. Dass die Gerichte keinen ›neue Linie‹ im Bezug auf Neonazi-Aufmärsche fahren, wird nach der Lektüre der Verbotsverfügung deutlich: Die Verfügung beschäftigt sich hauptsächlich mit der Neonazi-Szene vor Ort und ihren kriminellen Taten und kommt zu der Erkenntnis das »die öffentliche Sicherheit und die öffentliche Ordnung unmittelbar gefährdet« sei. Natürlich nicht ohne im laufe des Verbotstextes ausführlich auf die »Gegendemonstranten, von denen Gewalt ausgeht«, einzugehen.

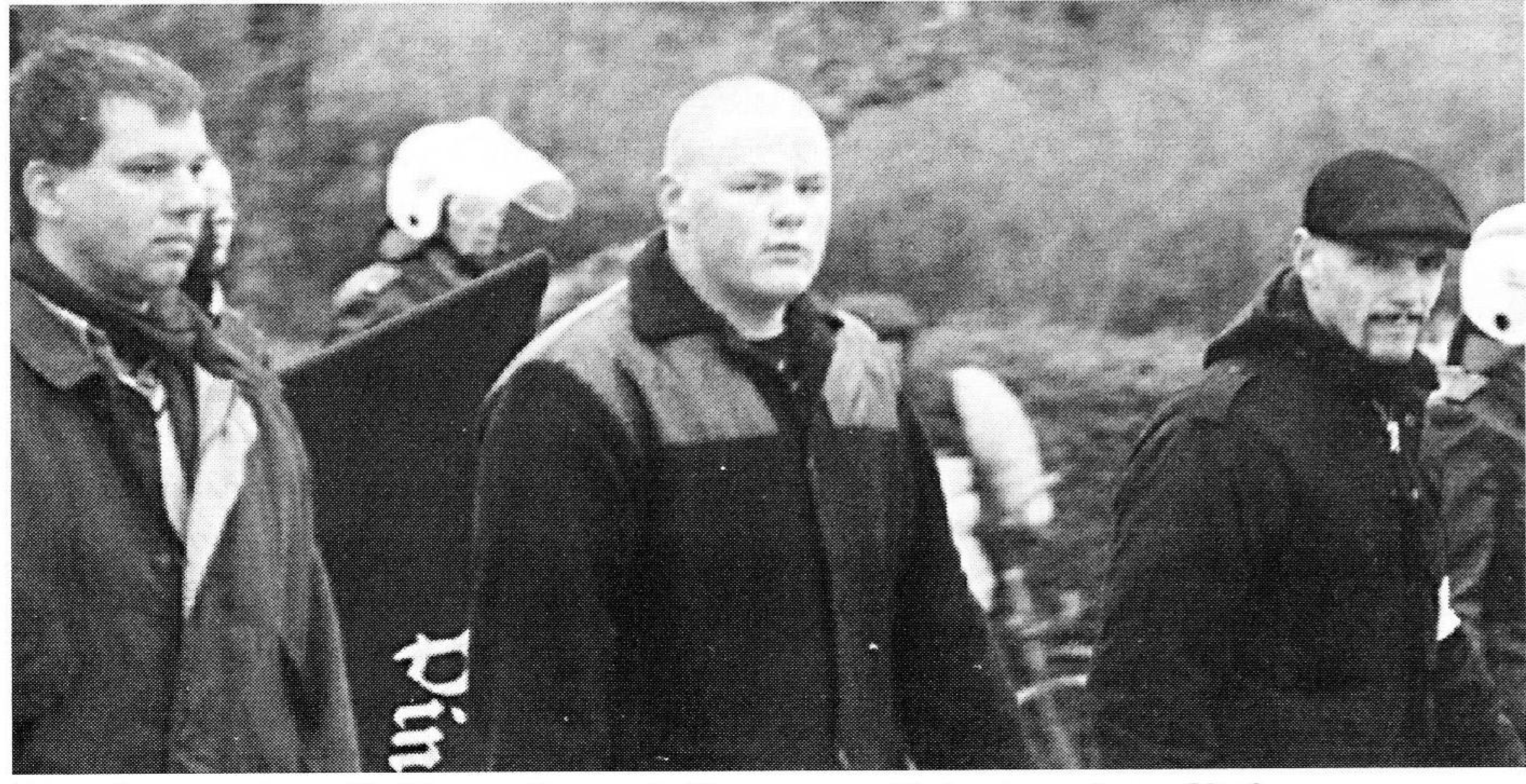
Dass die Neonazi-Szene auch nach dieser Demo-Schlappe unbeirrt an neuen Provokationen und Angriffen überlegt, wurde im August offensichtlich. Die Polizei fand bei einer Auto-Kontrolle bei vier Neonazis im Raum Pinneberg, die gerade ein Transparent zum Todestag des Kriegsverbrechers Rudolf Heß anbringen wollten, neben Hakenkreuzen und Flugis auch Anti-Antifa-Listen. Auf den Listen befanden sich Namen, Adressen, Telefonnummern, Arbeitsplatz sowie Fotos von Teilnehmern des Bündnisses gegen Rechts, von Polizisten und von Journalisten aus Hamburg.

Als einen unglaublichen Vorgang bewerten AntifaschistInnen die Freilassung von Klemens Otto nach über dreimonatiger Haft. Auf Antrag der Verteidigung hat der Haftrichter des Amtsgerichts Pinneberg den Haftbefehl gegen Klemens Otto außer Vollzug gesetzt. Der Richter »hatte den Eindruck«, dass Wiederholungsgefahr nicht bestehe, da die Haft als Warnschuss gewirkt hätte. Laut Antifaschistischen Nachrichten vom 27.9.01 organisierte Otto kurz nach seiner Entlassung einen Heß-Gedenkmarsch in Halstenbek. Außerdem soll er einer derjenigen gewesen sein, die in dem PKW mit den Anti-Antifa-Listen erwischt wurden. Nach seiner Entlassung aus dem Knast hat Otto den Kreis Pinneberg verlassen. Seine Haftzeit in Neumünster konnte Otto offensichtlich dazu nutzen seine Kontakte in NMS zu intensivieren, denn offiziell ist er jetzt in Neumünster gemeldet. Hier wird auch – Otto war zur Tatzeit noch Heranwachsender – in Neumünster stattfinden.

Der »Heiße Sommer« der Neonazis aus Pinneberg und rundum hat gezeigt, dass es dort ein großes Potenzial von aktionistisch ausgerichteten Kadern gibt, die in der Lage sind, konspirativ geplante Anschläge auszuführen sowie durch Plakatierungen und Sprühereien immer wieder auf sich aufmerksam zu machen. Aber auch ein riesiges Umfeld von erlebnishungrigen Mitläufern und Nachahmern der Neonazis ist im Kreis Pinneberg zu Hause. Das dieses Umfeld zum Teil sehr jung ist, belegt die Meldung im Hamburger Abendblatt vom 24.7.01, in der von zwei 14-jährigen Mädchen berichtet wird, die »alles was Ihnen in die Quere kam mit rechten Parolen beschmierten« und daraufhin von der Polizei an ihre Eltern übergeben wurden.

Der Kreis Pinneberg hält als Antwort auf die rechten Umtriebe eine 24-Stunden-Hotline unter dem Titel »Raus aus den rechten Cliquen« für Aussteigewilliger Mitläufer der Neonazis bereit. Mit 4000 DM ist das Programm aus einem Fonds vom Kreistag gefördert. »Rechter Protest ist pubertärer Protest« wird eine der Initiatorin des Programms, die Jugendrichterin Elke Maria Lutz zitiert. Auch dieses Zitat zeigt einmal mehr, das die Themen Neonazismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus verharmlost und zu pubertären Protest umdefiniert werden.

Gerichte, die Neonazi-Aufmärsche mit dem Argument linker Gewalt verbieten, Richter, die bei wiederholt gewalttätigen Neonazi-Kadern keine Wiederholungsgefahr sehen (im übrigen wurde Klemens Otto schon 1998 nach einem brutalen Überfall auf einen Togolesen auf Grund einer positiven Sozialprognose und durch Bekenntnis zum Ausstieges aus der Szene nur zu einer Bewährungsstrafe verurteilt), Polizisten, die meinen, alles im Griff zu haben, Zeitungen, die Neonazi-Anschläge verheimlichen – all das zeigt, das im Kreis Pinneberg weiterhin das Problem des Rechtsextremismus – wie schon seit Jahren – verharmlost und geleugnet wird. Die nächsten Aktionen der Neonazis sind absehbar.



Pinneberger »Aushilfsführer« Benjamin Skourup (mitte) neben dem »Chef« Christian Worch (links) und dem »Einpeitscher« Peter Borchert (rechts)

Über „nicht zitierfähige Gruppen" und andere EinzeltäterInnen in Bremen und Umgebung

Als im Sommer 2000 die Nazis von Medien, bürgerlichen Parteien und der Wirtschaft neu entdeckt wurden, präsentierte sich Bremen weiterhin als eine Insel der Glückseligkeit. Selbst nachdem in mehreren Bremer Zeitungen Artikel erschienen waren, in denen eine ganze Latte faschistischer Übergriffe aufgezählt wurden, verstieg sich der Bremer Bürgermeister Scherf (SPD) zu der Behauptung, es gäbe keine zitierfähigen Nazi-Gruppierungen in der Stadt. Als Gründe dafür nennt der VS und die Polizei die angeblich traditionell starke antifaschistische Tradition in Bremen und den Druck autonomer Gruppen, der es den Nazis unmöglich machen würde, öffentlich in Erscheinung zu treten (dabei gibt es schon seit Ende der 90er auch in Bremen eine stärkere Naziszene, organisiert in NPD/JN und Kameradschaften. Diese sind mittlerweile unübersehbar geworden).

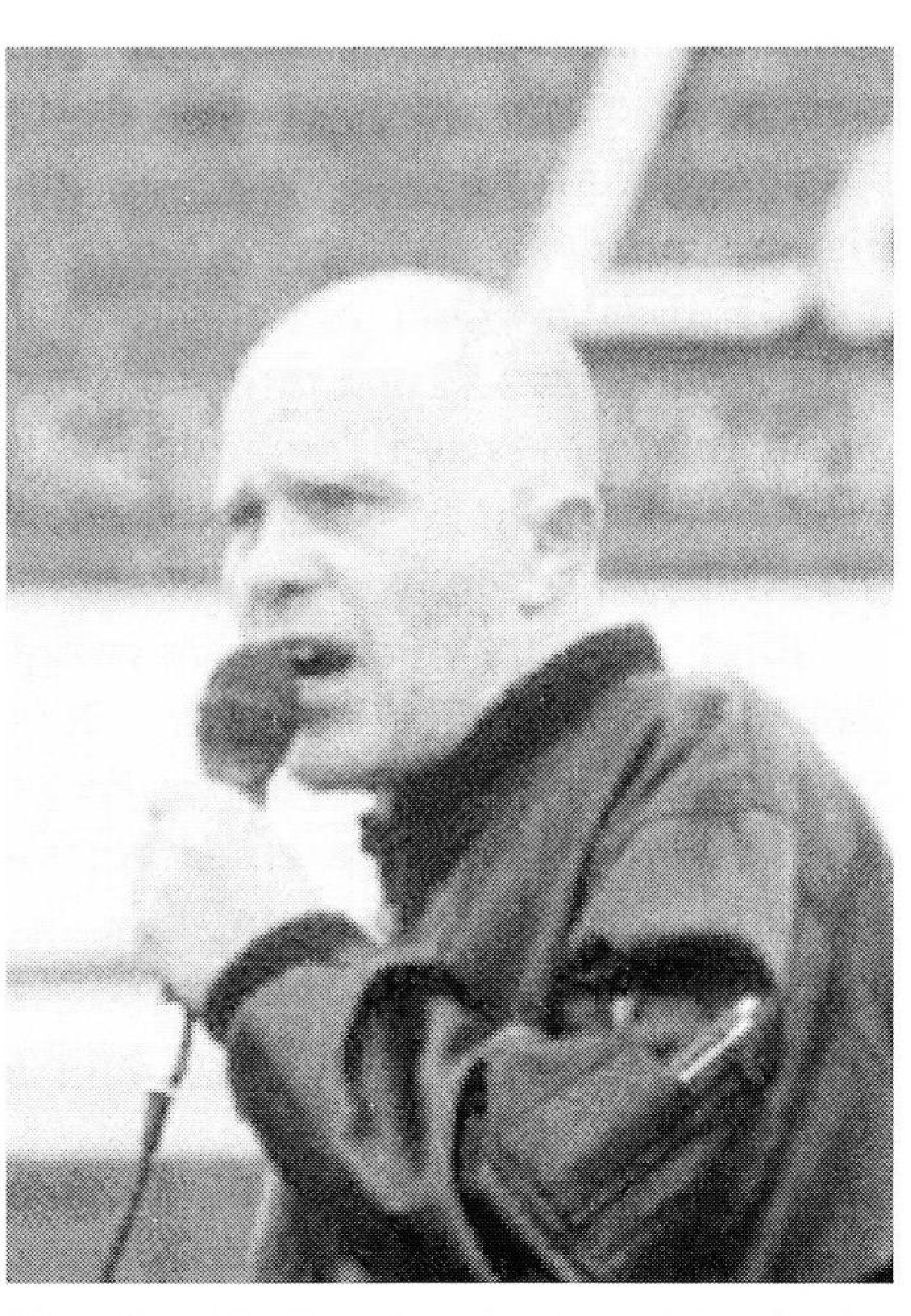
Kaum ein halbes Jahr später, bei der Vorstellung des „Extremismus"-Berichtes durch den Bremer Innensenat, hört sich das auch schon ganz anders an. Auf der Homepage des Verfassungsschutzes wird über die Bremer „Kameradschaft" geschrieben, dass sich „aktuell die Ansichten dafür" vermehrten, „ dass die Bremer Szene dazu übergeht, die Antifa-Aktivitäten ..., die sich in diversen Sachbeschädigungen niederschlugen, adäquat (also angemessen?!, k.i.) zu beantworten." Nachdem der Erklärungsnotstand angesichts nicht mehr wegzuleugnender Nazi-Aktivitäten zu groß geriet (z.B. durch den Bombenfund bei Nazis in HB-Vegesack), wurde also zugegeben, dass es so etwas wie eine „Bremer (Nazi-) Szene" gibt. Gleichzeitig wird die Schuld am Erstarken rechter Strukturen den AntifaschistInnen zugeschrieben und in alter links = rechts Manier aktive antifaschistische Politik entpolitisiert und auf die Gewaltebene reduziert.

Im folgenden wollen wir versuchen einen Überblick über die Strukturen und Aktivitäten von Nazis in Bremen und rundum aus antifaschistischer Sicht zu geben.

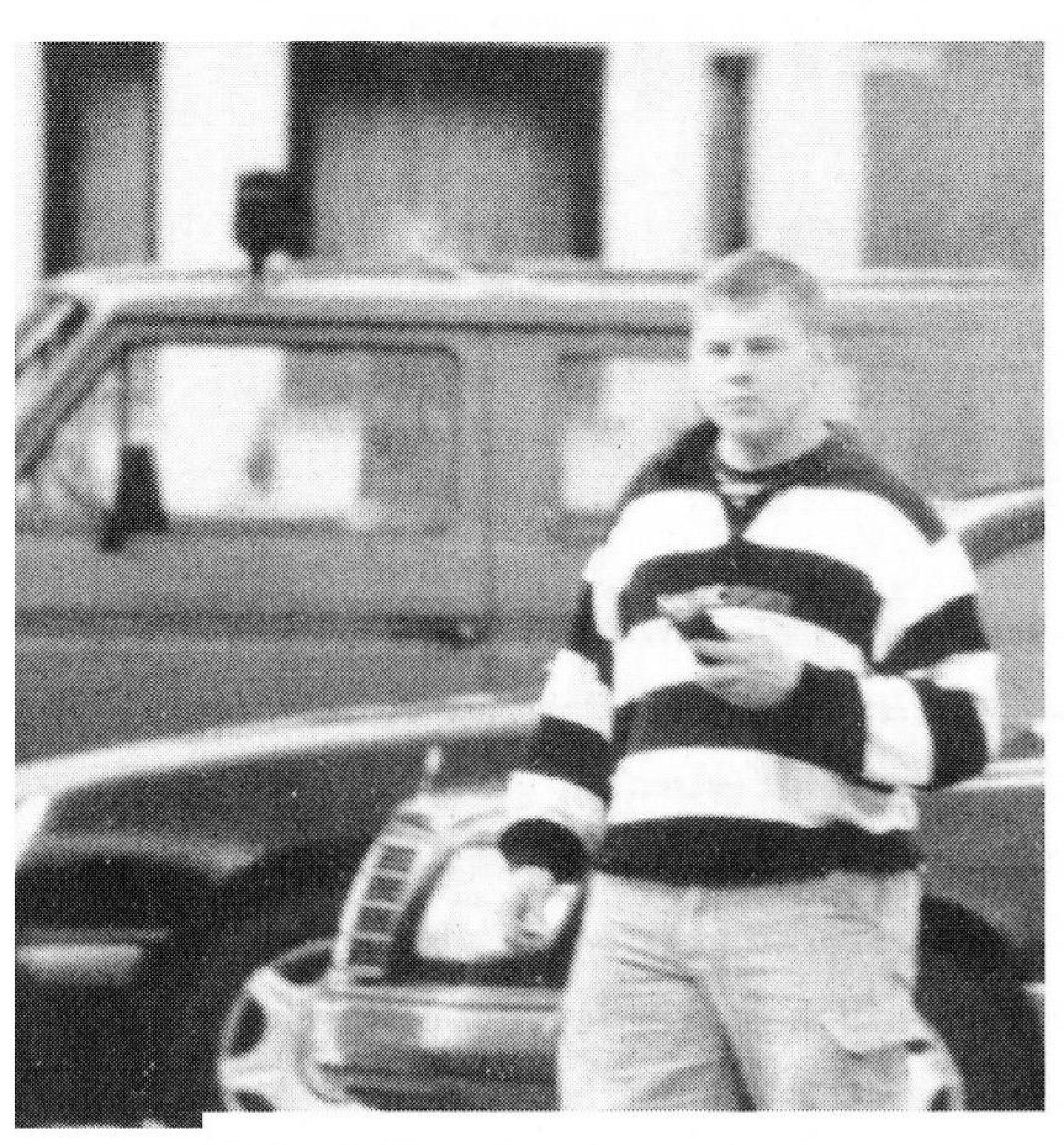
Aber der Reihe nach:

Für den 1. Mai 1999 meldete die NPD/JN einen Aufmarsch im Bremer Osten an, dessen Realisierung die breite Mobilisierung eines Bündnisses aus antifaschistischen und antirassistischen Initiativen verhindert wurde. Während der Nazi-Aufmarsch von der Stadt verboten wurde und auch vor den Gerichten nicht durchzusetzen war, gab es am 1. Mai, trotz Verbot, eine antifaschistische Demonstration mit 4.000 Leuten auf eben jener Route, die die Nazis ursprünglich marschieren wollten. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang noch die massive Spalterei des DGB und anderer Gruppierungen, die die Strategie des Bündnisses auf jeden Fall dort präsent zu sein, wo die Nazis sind, mit einer Art „Gegenveranstaltung" fernab des Geschehens zu torpedieren versuchten. Anhand der TeilnehmerInnenzahl der Antifa-Demo ist ersichtlich, mit welch mäßigem Erfolg.

Drei Wochen später, am 23. Mai 1999, gelang es der NPD/JN dann einen Aufmarsch in HB-Blumenthal (Bremen-Nord) mit ca. 80 Teilnehmern durchzuführen. Das 1. Mai Bündnis organisierte wiederum eine Gegenaktivitäten und veranstaltete eine Gegendemonstration mit mehr als 600 TeilnehmerInnen. Da der Wille der politisch Verantwortlichen einen Nazi-Aufmarsch durchzusetzen dieses Mal anscheinend höher war, als am 1. Mai, wurden 2.500 Polizisten aufgeboten und eine Verhinderung des Aufmarsches praktisch unmöglich gemacht. Es muß aber trotzdem angemerkt werden, dass die Nazis auf einer verkürzten Strecke eher im Laufschritt „sprinteten" als aufmarschierten und sich ihr „Erfolg", einen Aufmarsch durchzuführen, wohl doch eher in Grenzen hielt. An dieser Stelle ist es notwendig kurz auf zwei führende Köpfe der NPD/JN einzugehen. Zum einen Jörg Wrieden und zum anderen Michael Kurzeja. Wrieden ist Landesverbandsvorsitzender der NPD und maßgeblich an der Organisation der beiden Aufmärsche beteiligt gewesen. Er hat gute Verbindungen zu den „freien Kameradschaften", insbeson-



Jörg Hendrik Wrieden: Landesvorsitzender NPD-Bremen



Michael Kurzeja: Kreisverbandsvorsitzender der NPD-Bremen

dere an seinem Wohnort in Bremen-Nord. Das gleiche gilt für Kurzeja, Kreisverbandsvorsitzenden der NPD Bremen. Interessant an Kurzeja ist, dass er seine „Karriere" unter anderem einem Projekt der „akzeptierenden Jugendarbeit" verdankt (er war in jungen Jahren in der sog. „Torfsturm-Clique" zugange, wo er unter anderem Kontakt zu Nazi-Kadern wie Markus Privenau bekam).

Die Aktivitäten der organisierten Neonazis haben in Bremen in den letzten 5 Jahren stark zugenommen und es gibt mittlerweile eine gut organisierte Nazistruktur, hauptsächlich bestehend aus den sogenannten Kameradschaften der Freien Nationalisten, den Kreisverbänden der NPD und JN, die vor allem im und vom Bremer Umland aus (Bremen-Nord, Weyhe, Brinkum, Verden-Diepholz) aktiv sind. Diese traten zu den verschiedensten Gelegenheiten in Erscheinung.

Blieb es 1999 noch relativ ruhig, tauchten die Nazis im Jahre 2000 immer häufiger auf. Nach dem Rauswurf zweier Nazis aus einer antifaschistischen Infoveranstaltung an einer Schule in Leeste, südlich von Bremen, im Dezember 1999, sahen sich die Nazis genötigt am 15. Januar 2000 in Leeste/Weyhe mit 80–100 der ihrigen gegen die Antifa-AG der dortigen Schule mobil zu machen. An der Antifa-Gegendemonstration nahmen, trotz sehr kurzfristiger Mobilisierung, 200 Leute teil.

Im Raum Weyhe/Brinkum ist Robert Warnecke einer der führenden Nazikader. Er ist in der NPD/JN aktiv, hat beste Kontakte zu den Freien Kameradschaften und versucht Anti-Antifa-Arbeit zu machen.

Ein weiterer Nazikader dieser Region ist Florian Cordes. Er ist mittlerweile JN-Landesvorsitzender Niedersachsen. Mittlerweile in Brinkum wohnend, nachdem er nach einer antifaschistischen Outing-Aktion vor seinem Haus in Oyten, bei dem Flugis und Plakate mit seinem Konterfei verteilt und verklebt und diverses Nazipropaganda Material aus seiner Garage geholt und unbrauchbar gemacht wurde, von dort weggezogen ist.

Ihnen und ihrem Umfeld sind auch verschiedene Anschläge auf linke Projekte und Organisationen (Buttersäureanschläge auf zwei Infoläden und eine Kneipe, diverse abgestochene Autoreifen, Schmierereien und mehrmals eingeschlagene Scheiben bei der VVN) zuzuordnen.

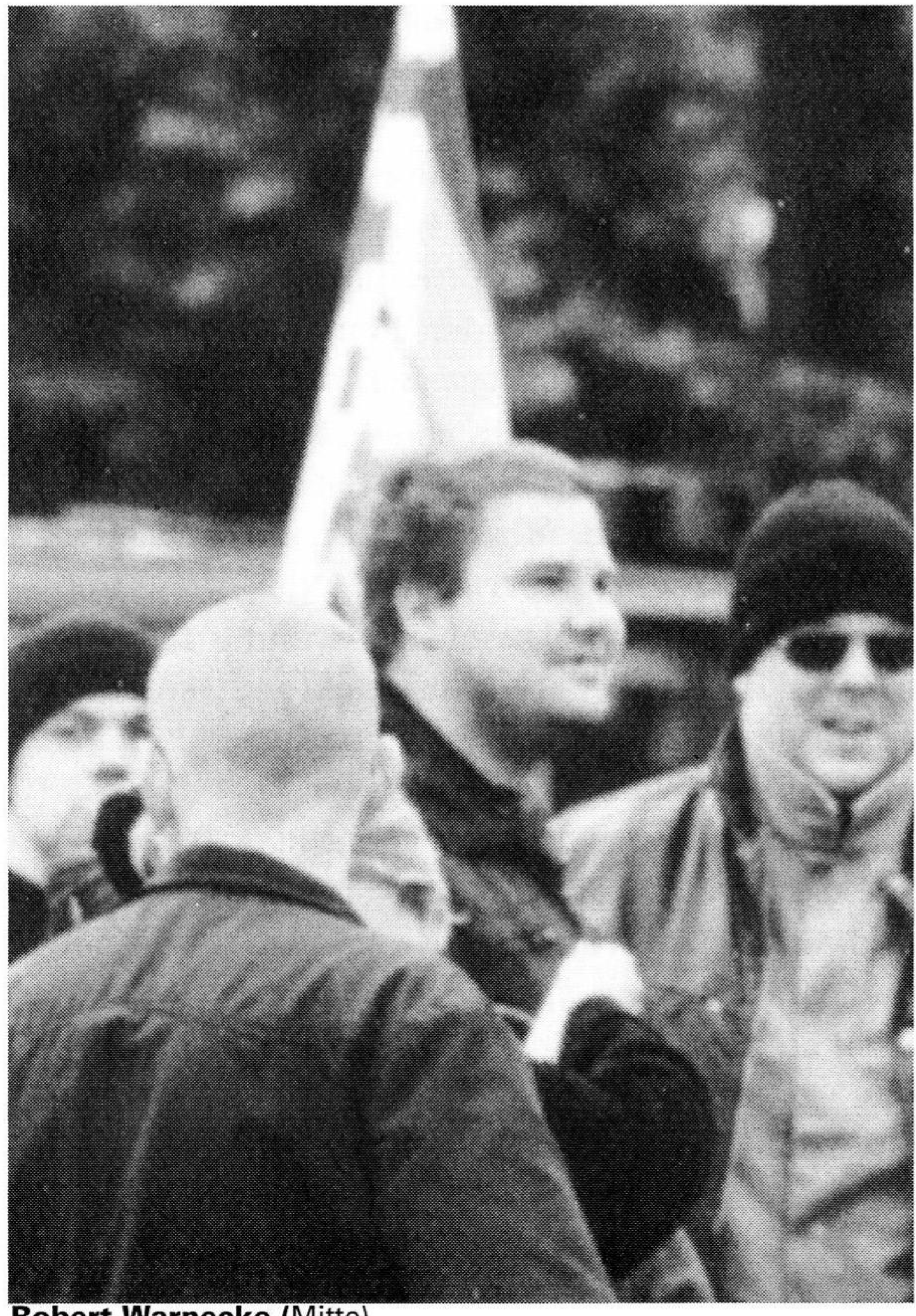
Auch in Bremen-Nord sind die Nazis nicht untätig. Von den Medien viel beachtet, wurde eine Hausdurchsuchung Ende Oktober 2000, bei dem in der Kameradschaft Bremen-Nord organisierten Falk von Lübke. In seiner Wohnung in Vegesack wurde Sprengstoff und Material zum Bau von Rohrbomben gefunden. Nachdem Polizei und Politiker sofort ihre allseits beliebte „Einzeltäter" These auspakkten, wurde dennoch ein zweite Person festgenommen und es kristallisierte sich schnell heraus, dass beide in eben jener Kameradschaft organisiert sind und gute Kontakte u.a. zu Michael Kurzeja (eben der NPD-Bremen Landesvorsitzende) haben. Unter anderem haben Kurzeja und von Lübke im August 2000 Rudolf Heß-Plakate verklebt. Sie wurden von der Polizei erwischt und festgenommen, dennoch gab es von den Bremer Behörden keine Meldung über die offensichtlichen Zusammenhänge zwischen NPD und militanten Neonazis an die NPD-Parteiverbotskommission.

Von Lübke wurde im Februar dieses Jahres zu drei Jahren Haft wegen geplanten Sprengstoffanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft verurteilt. Sein Komplize kam mit einem Jahr auf Bewährung davon.

Am 11. November 2000 fand in Osterholz-Schambeck eine antifaschistische Demonstration zum 9. November statt. Am selben Abend besuchten 600 Nazis ein von den Blood & Honour Strukturen (zu dem Zeitpunkt schon verboten) organisiertes Konzert in Brinkum/Stuhr.

Das Konzert wurde nach seinem Ende von den Bullen „aufgelöst".

Dieses war nicht das erste Nazikonzert im Raum Bremen, was sicherlich auch damit zu tun hat, dass es in Bremen eine traditionell starke Nazirock-Szene gibt, die über ein eigenes



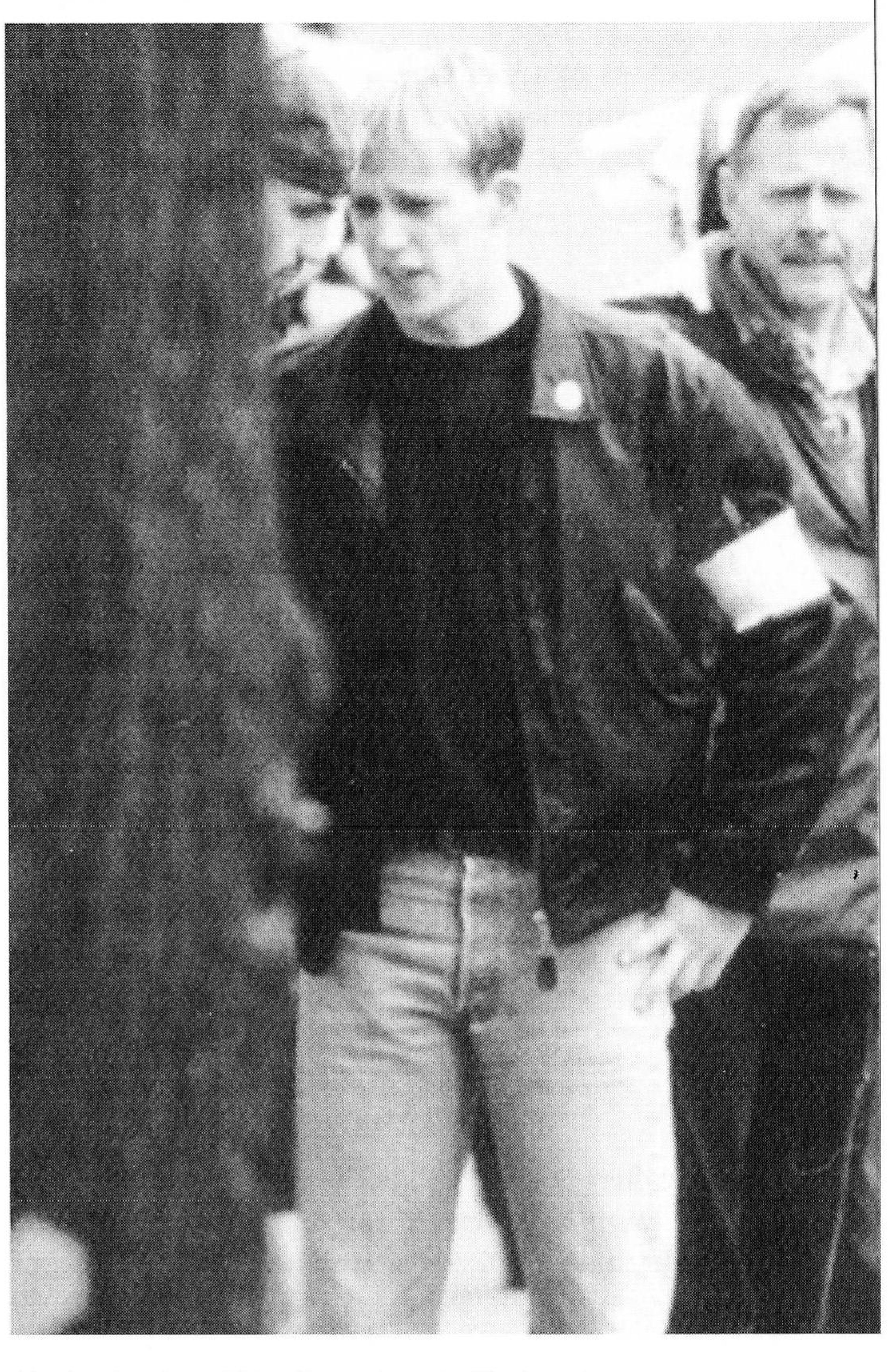
Robert Warnecke (Mitte)

Label (Hanse Records) verfügt und teilweise unterstützt von der akzeptierenden Jugendarbeit auch mehrere (bekannte) Nazibands hervorgebracht hat.

Kurze Zeit später fand bei Jörg Wrieden eine Hausdurchsuchung statt, bei der die Polizei Propagandamaterial und Waffen zutage förderten. Grund für die Durchsuchungen war ein Pressetext von Blood & Honour, den Wrieden mit Briefkopf der NPD-Bremen veröffentlicht hatte. In diesem Text wird der Mord an PolizistInnen, die Nazikonzerte verhindern nicht mehr ausgeschlossen.

Als letzter, erwähnenswerter Punkt, sei hier ein Aufmarsch von ca. 130 Nazis aus NPD/JN und freien Kameradschaften genannt, der am 17. März diesen Jahres in Bremen-Vegesack stattgefunden hat. Ursprünglich wollten die Nazis in Weyhe marschieren, da dort ein ganztägiger Aktionstag gegen Rassismus stattfand, was ihnen aber verboten wurde. Dieses Problem stellte sich in Vegesack nicht. An ein Verbot wurde gar nicht erst gedacht. Zu einer Gegenkundgebung und anschließender Blockade autonomer und antifaschistischer Initiativen kamen 300 Leute, zu einer von Gewerkschaften und anderen Organisationen veranstalteten Kundgebung kamen 400 Leute. Die Nazis bekamen wiederum nur eine sehr kurze Marschroute. Trotz massivem Polizeiaufgebotes gelang es Anitfas immer wieder an oder auf die Nazidemostrecke zu kommen. Auf ihrem Abfahrtsweg wurden sie dann sogar mehrere Male angegriffen. Der Aufmarsch war für die Bremer Nazi-Szene ein Mißerfolg. In Presseerklärungen nach dem Aufmarsch ließen sie verlauten, daß sie in Kürze erneut marschieren würden. Um den jungen, stetig anwachsenden Kameradschaftsstrukturen in Bremen und Umland nicht die Lust am marschieren zu nehmen, meldete die NPD-Bremen für den 26. Juni 2001 einen erneuten Aufmarsch in Bremen-Nord an. Dieser wurde, trotz antifaschistischer Gegenaktivitäten, von einem riesigen Polizeiaufgebot durchgeboxt (mehr zum Tag auf www.antifa-bremen.de).

Die letzte Aktion Bremer Neonazis liegt noch nicht lange zurück, ist aber schnell erzählt. Am 11. September 2001 wollte Jan Phillip Reemtsma in Bremen-Nord eine Veranstaltung zur "Wehrmachtsausstellung" halten. Die Veranstaltung fiel wegen der Anschläge in den USA aus. Dennoch kamen etwa 10 Bremer Neonazis um gegen „die Verunglimpfung ihrer Opas" zu demonstrieren. Sie hatten ihre Rechnung allerdings ohne die Antifa gemacht. So wurden sie relativ schnell vertrieben und um ihr Propagandamaterial erleichtert.



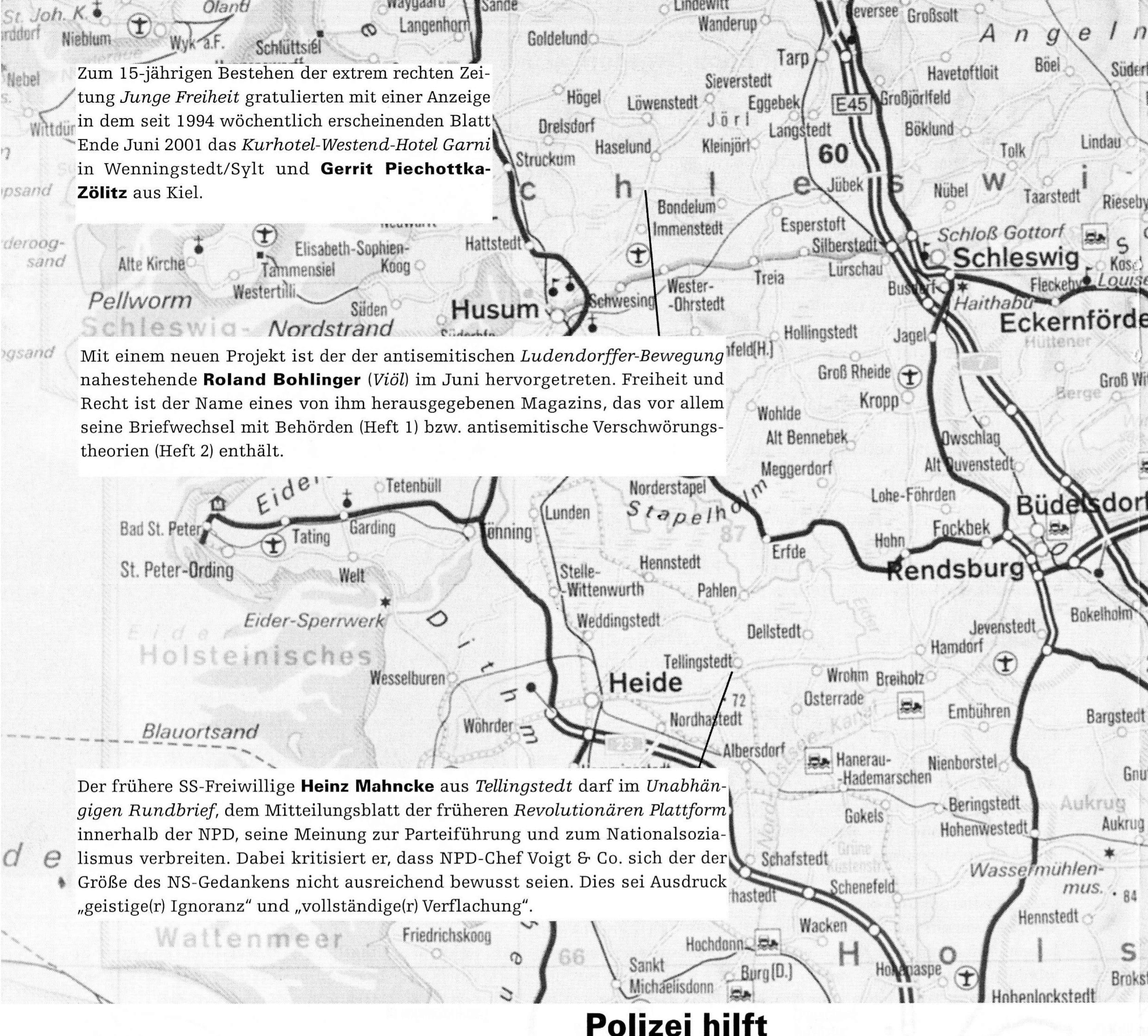
Florian Cordes: JN-Landesvorsitzender Niedersachsen

Die vorangestellte Chronologie zeigt, das es in Bremen sehr wohl zitierfähige Neonazi-Gruppen gibt. Alles andere ist Verdrängungs- und Vertuschungsstrategie der politisch Verantwortlichen, die Bremen gerne als weltoffene Hansestadt mit antifaschistischem Flair darstellen wollen. Wie weltoffen gerade Bremen ist zeigt sich eindruksvoll an der rassistischen Abschiebepolitik in dieser Stadt. Da werden z.B. mehrere Hundert staatenlose LibanesInnen kurzerhand zu TürkInnen erklärt und damit, nach sorgfältig vorbereiteter Pressehetze, zur Abschiebung freigegeben.

Bremen unterscheidet sich damit also nicht von anderen Bundesländern. Der „Standort" soll gesichert werden, mehr nicht. Dabei werden Berichte über Naziaktivitäten natürlich ungern gesehen und wenn es gar nicht mehr anders geht gibt man sich antifaschistisch, aber bitte nur auf Aufforderung von oben. Selbstorganisierte antifaschistische Arbeit wird bekämpft, weil gerade diese an dem Schein der Weltoffenheit rüttelt und staatlichen Rassismus genauso zu bekämpfen versucht, wie die Organisierung von Nazistrukturen.

In diesem Bewusstsein wird es also auch weiterhin nötig sein sich in antifaschistischen Gruppen selbst zu organisieren und sich von dem bürgerlichen „Standortantifaschismus" abzugrenzen um effektiv gegen Nazistrukturen vorzugehen.

kick it!
(Initiative von antifaschistischen und antirassistischen Gruppen aus Bremen und Umland)



Zum 15-jährigen Bestehen der extrem rechten Zeitung *Junge Freiheit* gratulierten mit einer Anzeige in dem seit 1994 wöchentlich erscheinenden Blatt Ende Juni 2001 das *Kurhotel-Westend-Hotel Garni* in Wenningstedt/Sylt und **Gerrit Piechottka-Zölitz** aus Kiel.

Mit einem neuen Projekt ist der der antisemitischen *Ludendorffer-Bewegung* nahestehende **Roland Bohlinger** (*Viöl*) im Juni hervorgetreten. Freiheit und Recht ist der Name eines von ihm herausgegebenen Magazins, das vor allem seine Briefwechsel mit Behörden (Heft 1) bzw. antisemitische Verschwörungstheorien (Heft 2) enthält.

Der frühere SS-Freiwillige **Heinz Mahncke** aus *Tellingstedt* darf im *Unabhängigen Rundbrief*, dem Mitteilungsblatt der früheren *Revolutionären Plattform* innerhalb der NPD, seine Meinung zur Parteiführung und zum Nationalsozialismus verbreiten. Dabei kritisiert er, dass NPD-Chef Voigt & Co. sich der der Größe des NS-Gedankens nicht ausreichend bewusst seien. Dies sei Ausdruck „geistige(r) Ignoranz" und „vollständige(r) Verflachung".

Naziaufmarsch in Schwerin

Am 8. Juli 2001 fand in Schwerin eine Demonstration der NPD und Freier Kameradschaften unter dem Motto „Gegen Sozialabbau und One World" statt. Die etwa 100 vorwiegend auswärtigen Nazis marschierten durch das Neubau-Ghetto Großer Dreesch und versuchten ihren kruden Antikapitalismus „ins Volk zu tragen". Neben Nazifußvolk aus Rostock, Ludwigslust, Stralsund, Greifswald, Oldenburg, Berlin und Schwerin, traten als Redner Axel Möller (HST), Klaus Bärthel (LWL), Hans-Günther Eisenecker (PCH), sowie die Herren Stöckart und Gerlach in Erscheinung. Unisono wurden rassistische Phrasen gedroschen und die deutsche Volksgemeinschaft beschworen.

Begleitet wurde der Aufmarsch von ca. 150 AntifaschistInnen, die immer wieder bemüht waren die Demonstration der extremen Rechten zu verhindern. Dem standen allerdings 700 PolizeibeamtInnen gegenüber, die mit einem exzessiven Hang zur Gewalt auf GegendemonstrantInnen losgingen.

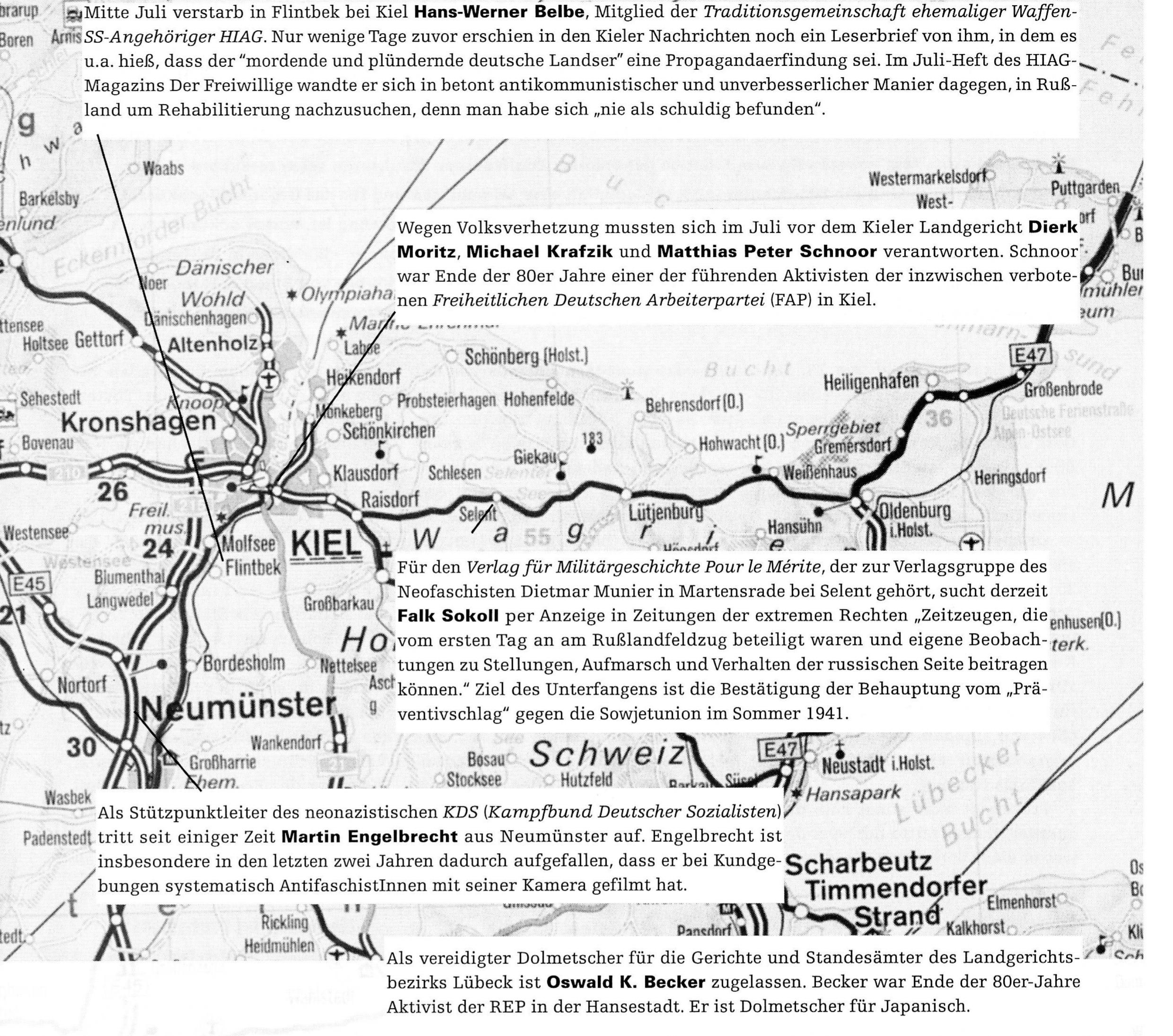
Dabei tat sich besonders die Schweriner Bereitschaftspolizei hervor, die unter Beleidigungen, Androhungen von Ingewahrsamnahmen, etlichen Platzverweisen und direkten Schlägen gegen jede Artikulation antifaschistischen Widerstands vorging. Parallel dazu fand in der Hamburger Allee/Cottbusser Straße ein antirassistisches Fest statt, zu dem sich lediglich 200 Personen einfanden.

[Quelle: autonome antifa schwerin]

Polizei hilft beim ungestörten Barbecue

Am 7. Juli 2001 versammelten sich ungefähr 50 Neonazis und rechte Skinheads am Oldenstädter See in Uelzen um eine Grillfeier durchführen. Die Neonazis waren u.a. aus Bremen, Oldenburg, Hamburg, Celle, Lüneburg, Hildesheim, Salzwedel, Wernigerode, Lüchow-Dannenberg und Uelzen angereist. Viele der TeilnehmerInnen waren Führungskader norddeutscher Neonazi- und Skinheadgruppen. Die Feier wurde von einem Großaufgebot der Polizei überwacht und beschützt. Bereits gegen 18 Uhr wurden Badegäste am Oldenstädter See (Naherholungsgebiet in Uelzen) bedroht und mit antisemitischen und rassistischen Sprüchen beleidigt. Ab 20 Uhr begann dann die Feier, bei der auch Musik der in der BRD auf dem Index stehenden Nazigruppen „Landser" und „Noie Werte" abgespielt wurde. Teilweise trugen die TeilnehmerInnen T-Shirts und Tätowierungen mit verbotenen Symbolen und Schriftzügen, wie Blood & Honour, Hakenkreuze und SS-Runen. Trotzdem sah sich die zahlreich anwesende Polizei nicht zum Eingreifen genötigt, sie beschränkte sich lediglich darauf von den eintreffenden Nazis die Personalien aufzunehmen. Ganz anders ging die Polizei gegen AntifaschistInnen vor. Als gegen 20 Uhr der Sprecher der Antifaschistischen Aktion Lüneburg / Uelzen am Oldenstädter See eintraf, erhielt er sofort einen Platzverweis. Einige Nazis konnten ihn ungestört fotografieren und bedrohen. Auch ein Musikkonzert (Hardcore/Metal) in der Uelzener Innenstadt wurde von der Polizei überwacht, weil die Polizei vermutete, dass Teile des Publikums etwas gegen die Nazis unternehmen könnten. Aufgrund einer polizeilichen Verfügung musste das Konzert auch früher beendet werden.

Aufgrund der massiven Polizeikräfte war eine Störung der Nazi-Feier nicht möglich.



Mitte Juli verstarb in Flintbek bei Kiel **Hans-Werner Belbe**, Mitglied der *Traditionsgemeinschaft ehemaliger Waffen-SS-Angehöriger HIAG*. Nur wenige Tage zuvor erschien in den Kieler Nachrichten noch ein Leserbrief von ihm, in dem es u.a. hieß, dass der "mordende und plündernde deutsche Landser" eine Propagandaerfindung sei. Im Juli-Heft des HIAG-Magazins Der Freiwillige wandte er sich in betont antikommunistischer und unverbesserlicher Manier dagegen, in Rußland um Rehabilitierung nachzusuchen, denn man habe sich „nie als schuldig befunden".

Wegen Volksverhetzung mussten sich im Juli vor dem Kieler Landgericht **Dierk Moritz**, **Michael Krafzik** und **Matthias Peter Schnoor** verantworten. Schnoor war Ende der 80er Jahre einer der führenden Aktivisten der inzwischen verbotenen *Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei* (FAP) in Kiel.

Für den *Verlag für Militärgeschichte Pour le Mérite*, der zur Verlagsgruppe des Neofaschisten Dietmar Munier in Martensrade bei Selent gehört, sucht derzeit **Falk Sokoll** per Anzeige in Zeitungen der extremen Rechten „Zeitzeugen, die vom ersten Tag an am Rußlandfeldzug beteiligt waren und eigene Beobachtungen zu Stellungen, Aufmarsch und Verhalten der russischen Seite beitragen können." Ziel des Unterfangens ist die Bestätigung der Behauptung vom „Präventivschlag" gegen die Sowjetunion im Sommer 1941.

Als Stützpunktleiter des neonazistischen *KDS* (*Kampfbund Deutscher Sozialisten*) tritt seit einiger Zeit **Martin Engelbrecht** aus Neumünster auf. Engelbrecht ist insbesondere in den letzten zwei Jahren dadurch aufgefallen, dass er bei Kundgebungen systematisch AntifaschistInnen mit seiner Kamera gefilmt hat.

Als vereidigter Dolmetscher für die Gerichte und Standesämter des Landgerichtsbezirks Lübeck ist **Oswald K. Becker** zugelassen. Becker war Ende der 80er-Jahre Aktivist der REP in der Hansestadt. Er ist Dolmetscher für Japanisch.

Neonazi-Party in Heide

Eine Feier von jungen Nazis ist am 16. Juni in Heide eskaliert. Dabei wurden Naziparolen gerufen und sogar Schüsse sollen gefallen sein. Die Feier begann gegen 20 Uhr bei einem in der Gorch-Fock-Straße wohnenden Mann. Dieser wollte eigentlich ohne sein Freunde feiern, die damit aber offenbar nicht einverstanden waren. Nachdem sie zunächst abgewiesen worden waren, verschaffte sich die 15 Personen umfassende Gruppe mit Gewalt Zugang zur der Wohnung. Nach Angaben der Dithmarscher Landeszeitung wurden im weiteren Verlauf des Abends in der Wohnung zwei junge Mädchen sexuell belästigt; außerdem grölten die Gäste „Sieg Heil" und zeigten den Führergruß aus dem Fenster. Später wurden Feuerwerkskörper und andere Gegenstände auf die Straße geworfen; AnwohnerInnen wurde mit Schlägen gedroht. Nachdem die Gruppe die Wohnung verlassen hatte und mit ihren Autos flüchtete, nahm die Polizei acht der Nazis vorläufig fest. Gegen die 20–28 Jährigen aus Heide, Leck und Ribnitz-Damgarten wird jetzt wegen der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Bedrohung, Sachbeschädigung, sexuellem Missbrauch von Jugendlichen sowie Beleidigung ermittelt.

Rechte Schülerzeitung „Sprachrohr" für Greifswald und Umgebung

Ab 3. September erscheint die rechte Schülerzeitung „Sprachrohr" aus und für Greifswald und dessen Umgebung. Damit unternimmt die „Schülerinitiative für freie Meinungsbildung und -äußerung" (vgl.: Enough is enough Nr. 14) einen weiteren Versuch, sich immer stärker auf und vor den Schulhöfen zu etablieren. Mit den Sprachrohr steht ihr nun ein eigenes "Presse"-Instrument zur Verfügung. Welches nach eigenen Angaben dazu dienen soll „ihre Ziele und Ansichten direkt dem Schüler zu verdeutlichen" und darüber aufzuklären wie denn die Massenmedien die „verschweigen, verzerren und sogar unwahrheitsgemäß darstellen". Das Redaktionsteam der Schülerzeitung besteht aus Terence Feinbier, Hannes Gerlach, Carolin Beetz, Peggy Müller und Frank Förster. (vgl.: Enough is enough Nr. 14)

Als freier Mitarbeiter betätigt sich Lutz Dessau, ehemaliger Sportredakteur der Neuesten Norddeutschen Nachrichten, der aufgrund seiner NPD Mitgliedschaft entlassen wurde.

Tostedt, immer wieder Tostedt

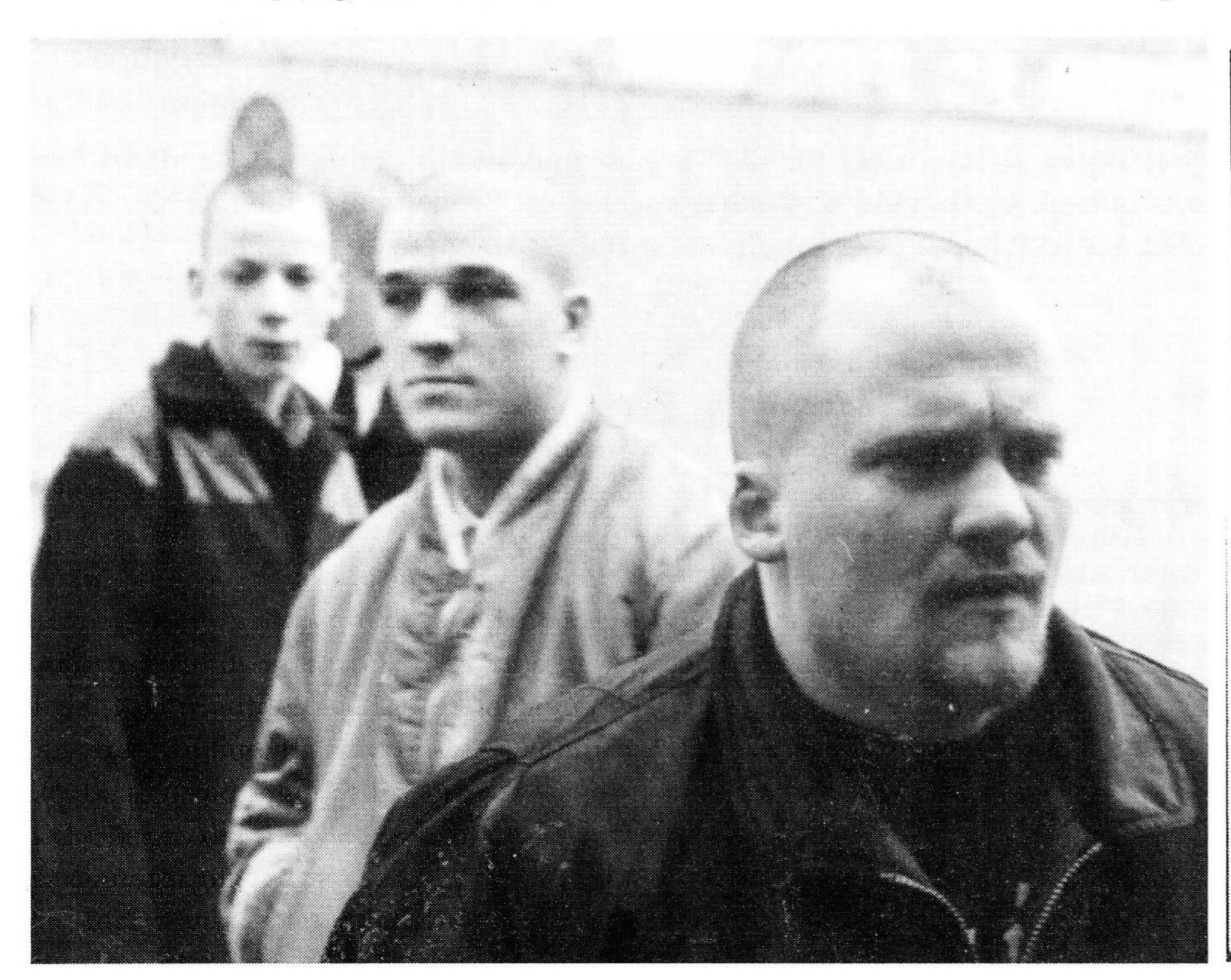
»Aktivitäten, die als Nachfolgeaktivitäten von Blood & Honour (B&H) zu werten wären, seien nach Ansicht der Bundesregierung fast vollständig zum Erliegen gekommen. Die früheren Strukturen seien zerschlagen oder handlungsunfähig. Und die Bezeichnung ›28‹ sei lediglich eine Verschlüsselung für das Organisationskürzel ›B&H‹ und habe keine organisatorische Bedeutung.« Wie falsch diese Einschätzung ist, wurde schon in der 3. Auflage des Buches »White Noise. Rechts-Rock, Skinhead-Musik, Blood & Honour – Einblicke in die internationale Neonazi-Musik-Szene« veröffentlicht: »Es bleibt als ... Resümee, dass das Verbot von Blood & Honour allenfalls ein Schlag gegen das Label, jedoch keiner gegen die dahinter wirkenden Netzwerkstruckturen war.«

Dies bestätigte sich am 29. September in Tostedt, dem ehemaligen Sitz der B&H-Division Nordmark. Dort wurde ein Konzert zu Ehren des B&H-Gründers Ian Stuart Donaldson, der am 24. September 1993 nach einem Unfall starb, organisiert.

Offiziell wurde das Konzert jedoch als Abschluss-Fete, mit Frei Saufen für 25 DM, zum Töster-Markt beworben, dem alljährlich stattfindenden größten Flohmarkt Norddeutschlands. Der Neonazi Sebastian Stöber meldete die »Disco« beim Ordnungsamt an, was für die Behörden nichts ungewöhnliches war, Stöber und ein Kamerad organisierten mehrfach Discos im Landkreis Harburg.

Stöber ist auch sonst kein unbekannter: Schon Mitte der 90er-Jahre war er einer derjenigen Neonazis, die mit »akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen« in der Tostedter Baracke »betreut« wurden. Als rechte Hand des bundesweit bekannten Neonazi-Kaders Sacha Bothe, der mittlerweile in Hannover lebt, war Stöber an allen Aktivitäten der Tostedter Neonazis beteiligt. Erwähnt sei hier ein Überfall auf eine polnische Jugendaustausch-Gruppe 1997 und ein Angriff auf einen Journalisten bei einem Gerichtsverhandlung im Februar 1998. Im selben Jahr versuchten Stöber und Bothe an den Wahlen zum Jugendrat im Tostedter Jugendzentrum teilzunehmen, um das als links geltende Zentrum zu einer »national befreiten Zone« zu machen. Im August 2001 stellte sich Stöber, als »Parteiloser« zur Wahl des Gemeinderates in Tostedt auf. Seinen »Wahlkampf« bestritt er mit jenem Kameraden mit dem er auch die »Disco« zum Töster-Markt organisierte. Mittels Plakaten, Handzetteln und Infotischen warb er um die WählerInnengunst und erreichte mit Parolen wie: »Kompromisslose Vertretung deutscher Interessen« und »Sie unterstützen die berechtigte Forderung eines jeden deutschen, der Herr im eigenen Haus sein zu dürfen« 238 Stimmen.

Die Polizei war, wie jedes Jahr, seit Beginn des Töster-Marktes massiv präsent, da es in der Vergangenheit immer wieder Übergriffe von Skinheads auf FlohmarktbesucherInnen gab. Auch die Schützenhalle war an diesem Tag unter der Beobachtung der örtlichen Polizei. Um 18 Uhr wurde die Halle von Beamten überprüft, »Aufbauten und Musik seien aber ›normal‹



Sebastian Stöber (Mitte) Februar 1998 während eines Prozesses im Amtsgericht Tostedt

Die Stimme für Deutschland!

Wenn Sie mich wählen, unterstützen Sie nicht nur eine Person, sondern Sie fördern mit Ihrer Stimme am 9. September eine Idee, eine Weltanschauung.

Sie unterstützen mit Ihrer Stimme **keinen** Nationalchauvinismus!

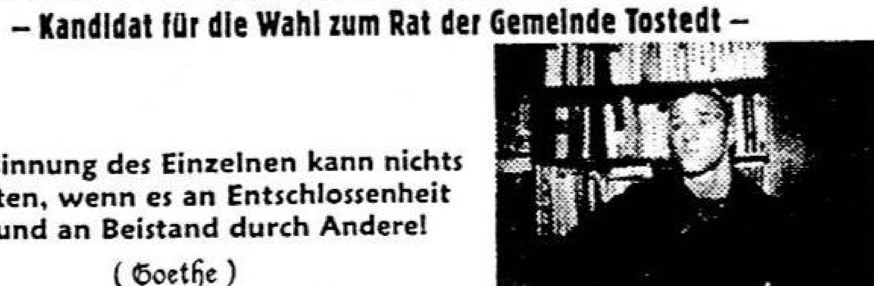
Sie unterstützen die berechtigte Forderung eines jeden Deutschen,

"DER HERR IM EIGENEN HAUS SEIN ZU DÜRFEN"!

Jeder Nationalist, Patriot oder jeder, der sonst auch irgendwie mit Deutschland fühlt, bekommt am 9. September 2001 bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen die Möglichkeit, seiner Überzeugung im obigen Sinne Ausdruck zu verleihen.

Wählen Sie Sebastian STÖBER !

– Kandidat für die Wahl zum Rat der Gemeinde Tostedt –

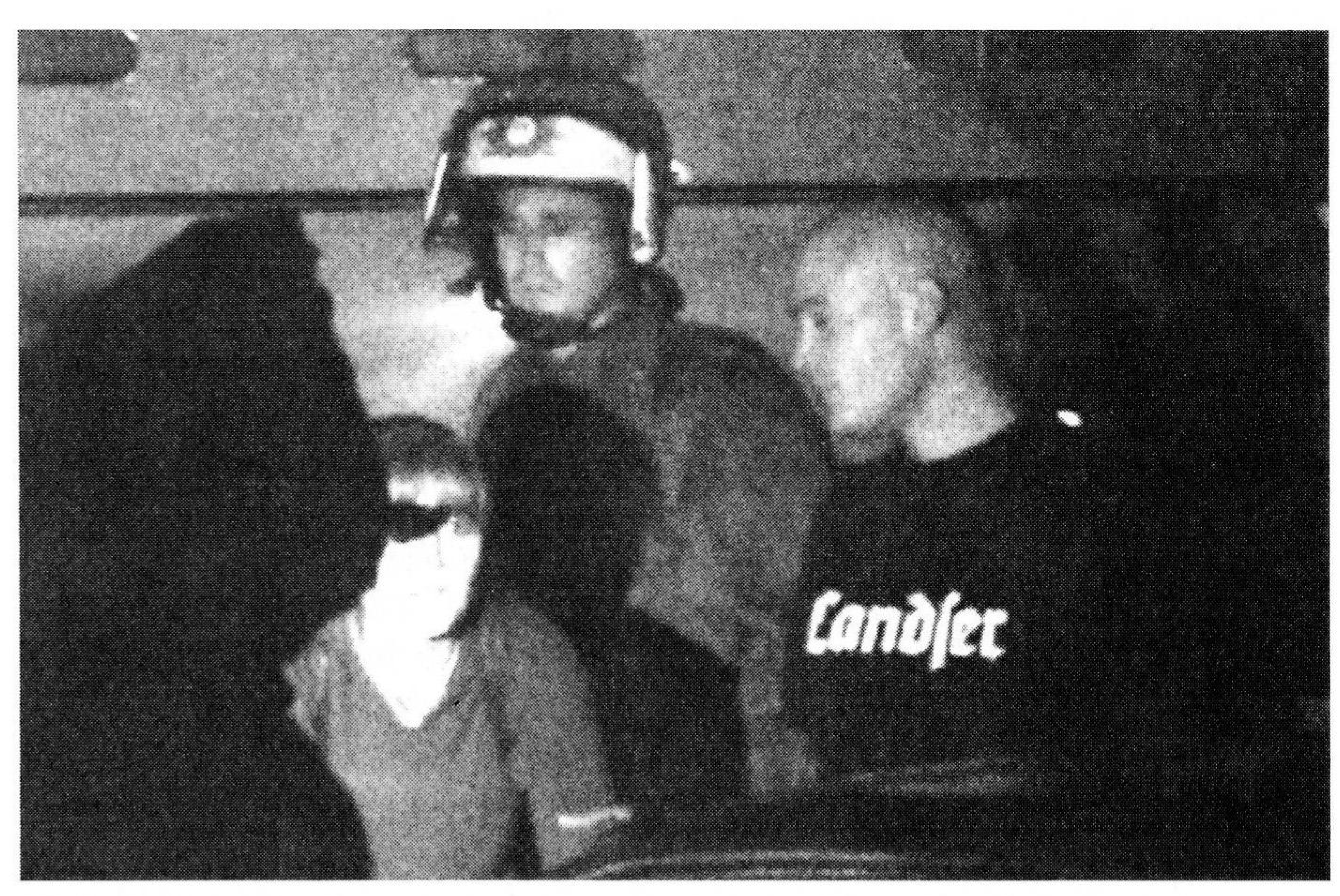


Wahlwerbung Sebastian Stöbers

gewesen, erklärte ein Polizeisprecher.«

Über 500 Neonazis versammelten sich dann in der Schützenhalle Tostedt. Schon zwei Tage vorher war bekannt geworden das ein Neonazi-Konzert in Süd-Niedersachsen stattfinden solle und die Landespolizei war in Bereitschaft: Zu frisch sind die Erinnerungen an das Neonazi-Konzert in Laave, Landkreis Lüneburg das am 23. September (!!) 2000 von der Polizei beendet wurde. Schon auf dem Weg zum Konzertsaal bewarfen damals die Neonazis die Polizeibeamten mit Wurfgeschossen und im Konzertsaal entwickelte sich eine heftige Saalschlacht.

Anders als die Polizei wussten AntifaschistInnen ab 18.30 Uhr Bescheid: In der Schützenhalle findet ein Neonazi-Konzert statt. Vermummte Neonazis machten Einlass vor dem Gelände der Schützenhalle, Steine und Eisenstangen von der benachbarten Baustelle lagen für eine Auseinandersetzung bereit, der Großteil der anreisenden Neonazis wurde von Ortsansässigen über Schleichwege zum Konzertort geleitet. Die Polizei gab erst gegen 20 Uhr Alarm und forderte überregionale Einsatzkräfte an, die erst gegen 21.30 Uhr vor Ort waren.



Die Polizei kam als alles vorbei war: Kontrolle der letzten KonzertbesucherInnen

Das Konzert wurde dann gegen 22.50 Uhr offiziell von der Polizei beendet, da war es aber schon zu spät, die B & H-Bands Youngland aus den USA und Nordmacht aus Rostock hatten ihre Auftritte längst hinter sich. Auch ein Großteil der KonzertbesucherInnen war schon verschwunden. Laut Polizei gab es die Anweisung des Staatsschutzes, alle Personalien aufzunehmen. Von den 600 BesucherInnen des Konzertes wurden jedoch nur noch 141 »erwischt«. Alle anderen haben den Ort des Geschehens rechtzeitig verlassen – auch die Bands waren längst auf dem Heimweg.

DIE MIT DEM KRANICH TANZEN

ODER VOM VERSCHWINDEN EINER AUSSTELLUNG

Auf ihrer im Mai 2000 begonnenen Europa-Tour ist die Plakatausstellung „Deportation.class-Gegen das Geschäft mit Abschiebungen" ganz schön herumgekommen. Sie stand in Kirchen, auf öffentlichen Plätzen und in Hochschulen. Im Rathaus Norderstedt aber, auf ihrer letzten Station in Norddeutschland, verschwand die Ausstellung bereits am Tag nach der Eröffnung aus dem Blick der BesucherInnen ...

Für den 16.–20. Juli mietete die Fantifa Norderstedt einen Teil der Norderstedter Rathauspassage an, um dort die Wanderausstellung vom Netzwerk kein mensch ist illegal zu zeigen. Diese thematisiert die Rolle der Lufthansa, die sich mit einem großen Teil der 33.000 Abschiebungen, die jährlich in Deutschland via Luftweg durchgeführt werden, freiwillig zum Handlanger der rassistischen Abschiebepolitik macht.

Am Tag nach der Eröffnung wollte eine interessierte Norderstedterin die Ausstellung besuchen, mußte jedoch erstaunt feststellen, daß diese verschwunden war. Daraufhin informierte sie die Veranstalterinnen der Ausstellung. Es stellte sich heraus, daß die Stellwände mit den von KünstlerInnen entworfenen Plakaten in den

buchstäblich hintersten Winkel des Rathauses, in die Räume der Volkshochschule im 3. Stock, verbracht worden waren. Nach einem zähen Gerangel um Informationen, in dem den Veranstalterinnen von verschiedenen Verwaltungskräften als Begründung zunächst nur „Weil der Bürgermeister es so will!" genannt wurde, lieferte die Stadt im Laufe des Tages gleich zwei einander widersprechende Erklärungen für die Verbannung der Ausstellung aus dem Blickfeld der RathausbesucherInnen.

Die erste Version wurde von Herr Evers, zuständig für Stadtmanagement und Öffentlichkeitsarbeit, noch am Mittag des gleichen Tages mitgeteilt: Es sei grundsätzlich nicht möglich, im FORUM des Rathauses politische Ausstellungen zu zeigen. Bürgermeister Grote habe als Verwaltungsleiter das Hausrecht und stütze sich mit dieser Anordnung auf die Nutzungsordnung des Rathausforums. Es handele sich also um keine politische, sondern eine ausdrücklich verwaltungsrechtliche Entscheidung. Die genaue Klausel der Nutzungsordnung, um die es ging, konnte Herr Evers jedoch nicht benennen (was auch nicht möglich war, da eine Klausel, die politische Ausstellungen im Rathausforum verbietet, gar nicht existiert).

Als die Veranstalterinnen ihn darauf hinwiesen, daß es durchaus schon politische Ausstellungen im FORUM gegeben habe, erwiderte er, dass diese dann wohl übersehen worden seien.

Fakt ist jedoch, dass schon bei der Anmeldung die politische Aussage deutlich wurde und die schriftliche Genehmigung ausdrücklich für den Bereich der Rathauspassage erteilt wurde. Gerade weil ersichtlich war, dass es sich um eine politische Austellung handelt, informierte sich die zuständige Verwaltungskraft noch einmal telefonisch über den Hintergrund der Ausstellung, besichtigte diese während des Aufbaus am Montag morgen und fand keinen Grund zur Beanstandung, da die Ausstellung nicht gegen die Nutzungsordnung des Rathausforums verstoße.

Herr Evers, der sichtlich damit überfordert war, diese Widersprüche zu erklären, ist im Rathaus für Presse und Öffentlichkeitsarbeit zuständig und gehört der Arbeitsgruppe „Strategische Steuerung" an. Diese „Stabsstelle", wie sie die Norderstedter Zeitung betitelte, ist direkt dem Bürgermeister unterstellt und, wie sollte es auch anders sein, arbeitet eng mit dem Verein „Norderstedt Marketing" zusammen, bei dem es sich um einen Zusammenschluß Norderstedter Wirtschaftsbosse handelt. Um die „Stärken der Stadt" einem noch größeren Publikum nahezubringen, erklärte Evers ein Jahr zuvor in einem Presseartikel, müsse es darum gehen, „eine einheitliche Darstellung zu schaffen." Eine Ausstellung über die unrühmliche Beteiligung der LufthansaAG am Abschiebegeschäft paßt da natürlich nicht ins Bild. Zumal auch die Stadt Norderstedt nur zu offensichtlich ihr rassistisches Gesicht zeigt, indem sie beispielsweise ihre Unterschrift unter die Nutzungsverträge des Hamburger Abschiebegefängnisses Glasmoor setzt oder an Flüchtlinge Wertgutscheine anstelle von Bargeld ausgibt.

Die zweite, offizielle Begründung zum Verschwinden der Plakatstellwände erhielten die Veranstalterinnen dann am späten Nachmittag desselben Tages. Die Ausstellung, gab Evers bekannt, könne nicht im Eingangsbereich des Rathauses gezeigt werden, da sie die Interessen der Stadt Norderstedt beeinträchtige. Ganz unbedarft erklärte Evers, es handele sich bei der Lufthansa schließlich um einen wichtigen Kooperationspartner der Stadt Norderstedt. Der Feststellung, es sei also eine politisch-wirtschaftliche Entscheidung getroffen worden, stimmte Evers mit einem knappen „genau" zu, um dann fortzufahren, die Lufthansa AG mit ihrer expandierenden Niederlassung in Norderstedt sei ein bedeutender Gewerbesteuerzahler, Arbeitsplätze hingen von ihr ab. Es gehe um dass Wohl der Bürger der Stadt.

Dem Gremium, dessen Mitglieder sich als Zensoren hervortaten, gehörte neben Bürgermeister Grote auch SPD-Stellvertreter Freter und Volkshochschul-Chef Werner Hutterer (auch Landesvorsitzender der schleswigholsteinischen Volkshochschulen) an.

Rechtlich bezog sich das Gremium nun auf eine Klausel in der Nutzungsordnung des FORUMS, welche besagt, dass „eine Veranstaltung abgelehnt oder gekündigt werden kann, wenn die Interessen des FORUM durch die Veranstaltung beeinträchtigt werden können." Auf die Bemerkung, dies sei doch ein Widerspruch, da der neue Stellplatz der Ausstellung in den Räumen der VHS ebenfalls zum FORUM gehöre, antwortete Evers: „Das ist ein Widerspruch, ganz klar."

In einem lächerlichen Balanceakt bemühte sich die Stadt Norderstedt, einerseits als Marionette des Lufthansakonzerns zu funktionieren und andererseits nicht mit den Veranstalterinnen vertragsbrüchig zu werden. Um eine unliebsame Öffentlichkeit zu vermeiden, wurde keine klare Kündigung ausgesprochen, die Plakatausstellung jedoch in das Stille Kämmerlein verlegt und die Nutzungsgebühr erlassen.

Auch wenn es der kapitalistischen Logik entspricht, dass wirtschaftliche Interessen maßgebend sind und wie in diesem Fall vor das Recht auf freie und kritische Meinungsäußerung gestellt werden , grenzt es an Dummheit oder Unverschämtheit, dies so offen zuzugeben.

Während die Lufthansa als Reiseunternehmen noch immer den Prestigeverlust fürchtet, wenn, wie auf der letzten Aktionärsversammlung, ihre Rolle als Handlanger der oftmals tödlichen Abschiebepolitik öffentlich thematisiert wird, scheint`s, dass Grote und Co. sich von keinem Imageschaden bedroht sehen, wenn sie sich freiwillig zum Kasper eben dieses Großkonzerns machen.

Kaum einen Monat später erschien in der Norderstedter Zeitung ein seitenfüllender Artikel über den rasanten Wachstumskurs der ortsansässigen datenverarbeitenden Lufthansa-Niederlassung. Euphorisch wurde darauf hingewiesen, daß die Lufthansa-Tochter durch großzügige Spenden immer wieder verdeutlicht, wie sehr sie sich der Stadt Norderstedt verpflichtet fühlt. Wer sich hier wem verpflichtet fühlt, haben die Zensoren im Norderstedter Rathaus deutlich unter Beweis gestellt.

Grenzcamp 2001

No Border – No Nation – No Deportation

Angefangen hatten die Grenzcamps mit dem antirassistischen Camp in Rothenburg 1998 an der deutschen Grenze zu Polen. Die Festung Europas war das Hauptthema und der Brennpunkt der Illegalen Grenzüberquerung war nach der Abschaffung des Asylrechts 1993 die Grenze zu Polen und Tschechien. Die nächsten Camps fanden dann ebenfalls an der deutschen Ostgrenze 1999 in Zittau (Sachsen) und 2000 in Forst (Brandenburg) statt. Durch die EU-Osterweiterung verlagerte sich der Blick mit der Aussicht auf Vernetzung mit antirassistischen Gruppen in Osteuropa. Das erste Camp wie auch die weitere Zusammenarbeit hatten den Impuls gegeben, dass weitere Camps ab 1998 innerhalb Europas, z. B. an der polnischen Ostgrenze, in Italien und Ungarn-Österreich entstanden.

Zeitgleich mit dem Camp 2001 in Frankfurt gab es eine internationale Camp-Kette von Göteborg bis Genua gegen die Festung Europa. Eine Einreise von Flüchtlingen ist durch das Konstrukt sicherer Herkunftsländer der sog. Drittstaatenregelung und den bilateralen Rückübernahmeabkommen immer riskanter und teuerer geworden. Mit der EU-Erweiterung verlagert sich diese Grenze immer weiter Richtung Osten nach Belorußland. Eine der Beitrittsbedingung an Polen ist die Anpassung an die Schengen- Asyl- und Migrationspolitik, also Aufrüstung der Grenzen, Installierung von Lagern und Abschiebeknästen, Übernahme der herrschenden Visum- und Asylpolitik sowie verstärkte Kontrollen im Hinterland. Dieses Jahr fanden vier Grenzcamps in Kyrnki an der Grenze zwischen Polen und Belorussland, Lendava im slowenisch-ungarisch-kroatischen Grenzdreieck und in Tarifa/Spanien, Kelsterbach (BRD) statt. In Kyrnki übten die Behörden bereits im Vorfeld Repressionen aus. Das Camp, die Auftaktkundgebung und alle damit verbundenen politischen und kulturellen Veranstaltungen waren verboten worden. Während der Dauer des Camps vom 5.–12. Juli, an dem ca. 300 Menschen aus vielen Ländern teilnahmen, kam es zu mehreren Festnahmen. Für viele BewohnerInnen der Grenzregion zwischen Polen und Belorussland bedeutet die massive Verschärfung eine Verschlechterung der sozialen und wirtschaftlichen Situation und für Flüchtlinge wird es immer schwieriger, über die Grenzen zu gelangen. In Kyrnki reagierte die Bevölkerung allerdings trotz einem massiven Aufgebot an Polizei und Militär sehr positiv und beteiligte sich zum Teil auch an einer Demonstration.

In Lendava, dem slowenischen Grenzcamp stellte sich die wirtschaftliche Situation ähnlich wie in Kyrnki dar. Dort kam es zu keinen Einschüchterungsversuchen oder Festnahmen durch die Polizei. Allerdings kam es nach dem G8-Gipfel in Genua, bei dem Carlo Guilani von der italienischen Polizei ermordet wurde, zu heftigen Repressionen. Mitglieder der Volxtheater-Karawane, die das Camp in Lendava mit vorbereitet hatten, wurden wochenlang in Italien festgehalten und mißhandelt. Einer der absurden Gründe ihrer Festnahme war, das Grenzcamp in Lendava hätte alle militanten Aktionen in Genua vorbereitet. Inzwischen sind alle Verhafteten des Volxtheaters wieder entlassen. Aber es befinden sich noch immer Menschen



Werbung für das diesjährige Grenzcamp

in italienischen Gefängnissen, die durch den brutalen Einsatz der Italienischen Polizei beim G8-Gipfel in Genua mißhandelt, schwer und schwerst verletzt wurden.

Das spanische Grenzcamp in Tarifa wollte vor allem auf die über 1500 Menschen hinweisen, die jährlich bei dem Versuch ertrinken, über die Meerenge von Marokko nach Spanien zu gelangen. Die Repression der spanischen Behörden gegenüber Flüchtlingen ist sehr groß, es werden jeden Monat ca. 1.000 MigrantInnen an der Meerenge verhaftet mißhandelt und zurück nach Ceuta deportiert. In der Provinz Tarifa finden immer mehr Pogrome gegen MigrantInnen statt, bei den die „Unterkünfte" der Flüchtlinge und ArbeitsmigrantInnen durch die spanische Bevölkerung zerstört wurden und die Menschen zusammengeschlagen werden.

In der BRD fand das Grenzcamp in Kelsterbach bei Frankfurt am Rhein-Main-Airport vom 28. Juli bis 5. August 2001 unter dem Motto: "Die inneren Grenzen im Visier" statt. Für viele Flüchtlinge endet ihre Flucht vor Folter, Vergewaltigung und Repression im Internierungslager des Rhein-Main-Airports, dem größten in der BRD. Täglich finden hier Abschiebflüge statt, bei denen Menschen gefesselt und geknebelt werden. Das Ziel des Grenzcamps war es, gegen das sogenannte Flughafenverfahren mit vielfältigen Aktionen vorzugehen und störend einzugreifen. Ein weiterer Schwerpunkt war der Angriff auf die Metropole Frankfurt mit ihrem flexiblen Rassismus besonders für MigrantInnen, die sich – scheinbar weltoffen – in der kapitalistischen Vernutzung durch die Greencard zeigt, vor dem Hintergrund von nahezu perfekter Kontrolle, Überwachung, Diskriminierung und Behördenschikanen.

Eines der Ziele des Grenzcamps war die alltägliche Abschiebepraxis mit 30–40 MigrantInnen, insgesamt über 10.000 durch die Lufthansa. Insbesonders die Lufthansa mit ihren rigiden Abschiebeflügen, die ein einträgliches Geschäft für die Fluggesellschaften bedeuten, war ein Thema. Von Frankfurt starten außer der Lufthansa auch regelmäßig Abschiebeflüge z. B. mit der Air-Bosnan, einer kleinen Fluglinie mit drei Maschinen nach Ex-Jugoslawien oder auch Tarom. Tarom mußte inzwischen aufgrund einer breitangelegten Kampagne von „Deportation Class" und „Kein Mensch ist illegal" seine Abschiebeflüge einstellen. „Kein Mensch ist illegal" ist ein Kampagne, die seit 1997 für Offene Grenzen, Stopp aller Abschiebungen und Bleiberecht für alle eintritt. Das Büro von Air-Bosnan wurde während des Grenzcamps besucht und es wurden Plakate an die Bürofenster geklebt und Transparente befestigt. Mit dieser Aktion wollten wir auf die menschenverachtende Abschiebepolitik hinweisen, die für manche Fluglinien wie Airsuisse, KLM, SABENA, ein sehr einträgliches Geschäft darstellen und bewußt den Tod von Menschen in Kauf nehmen. KLM und SABENA haben im Gegensatz zur Lufthansa nach dem Tod von Menschen die abgeschoben werden sollten und sich ihrer Abschiebung widersetzt haben und durch die Knebelung und Fesselung gestorben sind, ihre Abschiebeflüge ausgesetzt.

Auf dem Frankfurter Flughafen kommt es durch die nahezu keinerlei staatlichen Kontrolle unterliegenden Verfügungsgewalt des BGS auch zu absurden Verhaftungen. So wurde z. B. eine Gruppe aus Kolumbien, die ein Weiterflugticket nach Madrid hatte und dort eingeladen war, vom BGS in C 182 interniert und zurück nach Kolumbien abgeschoben, weil die Einladung und Weiterflugtickets kein Grund seien, um in Frankfurt zu stoppen. Ihnen wurde unterstellt, dies wäre nur ein Vorwand um Asyl zu erlangen. AfrikanerInnen haben generelle Schwierigkeiten, selbst mit Firmeneinladungen, da unterstellt wird: diese können fingiert sein und dienen nur dazu einen Asylantrag zu stellen.

Ein weiteres wichtiges Thema des Grenzcamps ist die Residenzpflicht für Flüchtlinge. Dieses Gesetz besteht seit 1982 europaweit nur in der BRD, und gilt nur für Flüchtlinge. Es verletzt das Grundrecht nach Artikel 13 der Allgemeinen Erklärung auf Menschenrechte, auf das Recht, sich frei zu bewegen. Flüchtlinge dürfen ihren Stadt- Landkreis nicht verlassen. Flüchtlinge sind Leidtragende eines Systems von Aufenthaltszuweisungen und -beschränkungen, Auf der Grundlage von § 36 des Ausländergesetzes und § 56 des Asylverfahrensgesetzes werden Flüchtlinge beim Verlassen ihres Wohnortes in einen anderen Bezirk erkennungsdienstlich wie Kriminelle behandelt. Die willkürlichen Kontrollen durch die staatlichen Behörden sind rassistisch motiviert. Flüchtlinge nennen die deutsche Ausländerpolitik deswegen auch Apartheidspolitik – durchaus vergleichbar mit der früheren rassistischen Ausgrenzungspolitik für Nichtweiße in Südafrika. Auch in der BRD gibt es „Passgesetze", Flüchtlinge werden u.a. aus rassistischen Gründen verhaftet und arretiert und kriminalisiert. Sie können nach dem Asylverfahrensgesetz § 86 (AsylVfg) bei Verstoß gegen die Residenzpflicht mit einer Geldstrafe bis zu 5000 DM verurteilt werden. Da Flüchtlinge in der BRD nur ein Taschengeld von 80 DM erhalten

ist eine Tilgung der Geldstrafe völlig ausgeschlossen. Nach § 57 Ausländergesetz und Artikel 59 des Asylverfahrensgesetzes können Flüchtlinge festgenommen werden und bis zur Abschiebung bis zu 18 Monaten inhaftiert werden. Durch dieses europaweit einmalige Gesetz wird tagtäglich Flüchtlinge physisches und psychisches Leid zugefügt. Es gab mehrere Aktionen gegen die Residenzpflicht mit einer Demonstration zur Ausländerbehörde und Ordnungsamt. Im Rahmen einer weiteren Aktion wurde bei der Ausländerbehörde der Eingang zugenagelt, was auf sehr große positive Resonanz bei den MigrantInnen und Flüchtlingen gestoßen ist. Auf dem Camp gab es auch mehreren Veranstaltungen über den Widerstand gegen die Residenzpflicht mit verschiedenen Flüchtlingsgruppen wie „The Voice", einer afrikanischen Selbsthilfeorganisation aus Jena und Göttingen, dem Flüchtlingsrat Brandenburg usw.

Das Camp erklärte sich solidarisch mit den Verhafteten in Genua durch die Besetzung des SPD-Fraktionsbüros im Frankfurter Römer und der Besetzung des italienischen Fremdenverkehrsbüros. Bei beiden Aktionen wurden Faxe nach Genua gesendet, in denen die sofortige Freilassung aller Gefangenen gefordert wurde. Genua war durch die Ereignisse und der massiven Repression durch die italienischen Behörden auf dem Camp stets präsent. Weitere wichtige Aktionen waren die Besetzung der Börse, bei der eine sofortige und angemessene Entschädigung der ZwangsarbeiterInnen gefordert wurde. Hinzu kamen Aktionen zur Residenzpflicht, gegen Nazistrukturen der NPD in Wülfersheim. Es handelt sich hier um einen kleinen Ort bei Friedberg, in der die NPD bis vor wenigen Jahren 22,9 % aller Wahlstimmen hatte, heute wählen immer noch 12,7 % NPD. Von Wülfersheim werden regelmäßig Busfahrten zu Rudolf-Heß-Gedenkmärschen gestartet, nach Leipzig zur 1. Mai Demo fuhren Busse von Wülfersheim. Der Ort ist die Sammelstelle für die Nazistrukturen in Südhessen. Durch unsere Demonstration wollten wir auf diese Strukturen und den Ort hinweisen. Die Polizei war in Wülfersheim sehr aggressiv und setzte auch Schlagstöcke ein, bei der es dann zu einer Kopfverletzung kam, als sie die Straße sperrte, in welcher der NPD-Ortsvorsitzende wohnt.

Während des Camps kam es täglich zu vielfältigen Aktionen, wie zum Thema Zwangsarbeit auf dem Frankfurter Flughafen, gegen rassistische Kontrollen in der Innenstadt und zwei Demonstrationen am Flughafen. Proteste gegen die brutale Repression in Genua, weitere antifaschistischen Aktion mit Hausverschönerungen, Aktionen gegen den BGS, eine Demonstration zum Abschiebeknast in Offenbach, bei der eine Person durch einen Schlagstock am Kopf verletzt wurde.

Es war immer sehr massiv und völlig unverhältnismässig Polizei, Räumpanzer und Wasserwerfer vorhanden, was darauf hinweist, dass politisch eine Verbindung zu den vorhergegangenen Demonstrationen in Genua gesehen wurde. Darauf deutet auch die ständig gesuchte Konfronation der Polizei mit „Pink Silver", ein buntes Spektrum welches sich erstmals in Prag beim IWF-Gipfel 2000 entwickelt hatte, hin, deren Aussehen wohl an „Tutti bianchi" erinnerten. Fraport (Frankfurt Air-Port), die Betreiberin des Flughafens, lehnte jede Kooperation mit den CampteilnehmerInnen ab. Daher kam es immer wieder zu Auseinandersetzung mit der Polizei am Flughafen, da dort Versammlungsverbot galt. Unglaublicherweise interessierte die Fraport die Proteste ihrer KundInnen überhaupt nicht, die durch die völlig blockierten Eingänge nur in langer Warteschlangen und nach ausführlicher Durchsuchung hineinkamen. BesucherInnen hatten generelles Eintrittsverbot.



Auch das Internationale Hearing „Tod im Transit" gegen Abschiebung und Internierung am Flughafen musste in der Universität Frankfurt stattfinden, da die Fraport einen Tag zuvor Mietvertrag über den Saal im Congresscentrum kündigte. Thema war die Abschiebepraxis des BGS, bei der es schon Tote gab. Auch im Internierungslager +C 182 kommt es immer wieder zu Suizid-Versuchen der Flüchtlinge, weil sie physisch und psychisch völlig verzweifelt sind, so im Mai 2000, als Frau Hadjar aus Algerien nach 238 Tagen sich das Leben nahm.

Den Abschluß des Camps bildete eine Demonstration am Flughafen und Internierungslager, bei dem wir allerdings nicht unsere Ziele, die Kundgebung im Flughafengelände abzuhalten, durchsetzen konnten – trotz der größten Demonstration gegen die Abschiebepolitik am Airport mit ca. 2500 TeilnehmerInnen. Durch das massive Polizeiaufgebot kam es zu insgesamt 10 Festnahmen und 3 verletzten Personen durch Schlagstokkeinsätze bei den verschiedenen Aktionen.

Insgesamt waren ca. 1.500 TeilnehmerInne auf dem Grenzcamp. Das Grenzcamp wurde allerdings vom Tod eines Flüchtlings aus Brandenburg überschattet, der beim Baden ertrunken ist.

(antiapartheidsgruppe kiel. Teil der bundesweiten campvorbereitungsgruppe)

Polen und die Baltischen Staaten – Vorposten der europäischen Flüchtlingspolitik im Osten

Im Rahmen der Vorbereitungen des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein für die Konferenz „Fluchtweg Ostsee", die vom 16. – 18. November in Kooperation mit anderen Organisationen in der evangelischen Akademie in Bad Segeberg stattfindet, unternahm eine Delegation des Organisationskreises in der ersten Juliwoche eine Exkursion nach Polen und in die Baltischen Staaten, um die Situation vor Ort besser kennenzulernen, persönliche Kontakte zu knüpfen und das Projekt vorzustellen.

Bei der Reise ging es unter anderem um die Frage, inwieweit sich die Osterweiterung der EU auf die Situation von Flüchtlingen und auch auf die Fluchtbewegungen auswirkt.

Vom Transit- zum Zielland

Bis in die 90er-Jahre waren sowohl Polen als auch die baltischen Staaten selbst Herkunftsländer, inzwischen sind sie zu Transit- und Zielländern für Flüchtlinge geworden, unter anderem weil es kaum noch legale Einreisewege nach Westeuropa gibt und auch die illegale Einreise immer schwieriger wird. Rücknahmeabkommen u.a. zwischen Polen und Deutschland führen dazu, dass Flüchtlinge, die an der deutsch-polnischen Grenze aufgegriffen werden, nach Polen als sogenanntes sicheres Drittland zurückgeschickt werden. Hier bleibt ihnen nichts anderes übrig als Asyl zu beantragen oder unterzutauchen und es noch einmal zu versuchen. Letzteres ist nur selten möglich, da Polen seinerseits Rücknahmeabkommen mit seinen östlichen Nachbarn z.B. Litauen und Ukraine geschlossen hat, so dass viele auch gleich weitergeschoben werden können, sofern ihre Einreise über diese Länder nachweisbar ist.

Wahrend Polen schon 1991 die Genfer Flüchtlingskonvention ratifizierte ist die Asylgewährung in den Baltischen Staaten noch sehr neu. Alle drei Staaten unterzeichneten 1997 die Genfer Konvention einschließlich des Protokolls von 1967 und machten sie zur Rechtsgrundlage für den Flüchtlingsstatus. Maßgeblich beeinflusst durch die Vorgaben des Schengener Abkommens dessen Umsetzung durch EU-Programme ebenso wie durch praktische "Entwicklungshilfe" durch EU-Mitgliedsländer gefördert wurde, wurde die Asylgesetzgebung weiter ausgebaut, kritisch begleitet vom UNHCR.

In allen vier EU-Anwärterstaaten ist die Asylgesetzgebung quasi auf europäischen Standards. Das heißt zum einen, dass alle die Genfer Flüchtlingskonvention unterzeichnet haben und es ein gesetzlich geregeltes Asylverfahren gibt. Andererseits werden aber auch alle restriktiven Maßnahmen des Schengener Abkommens wirksam – eine Bedingung für den Beitritt zur EU. Am 1. Juli diesen Jahres trat in Polen ein geändertes Ausländergesetz in Kraft, das ein beschleunigtes Asylverfahren für sogenannte „offensichtlich unbegründete" Asylanträge vorsieht. Das beschleunigte Verfahren ist in den drei baltischen Staaten schon früher

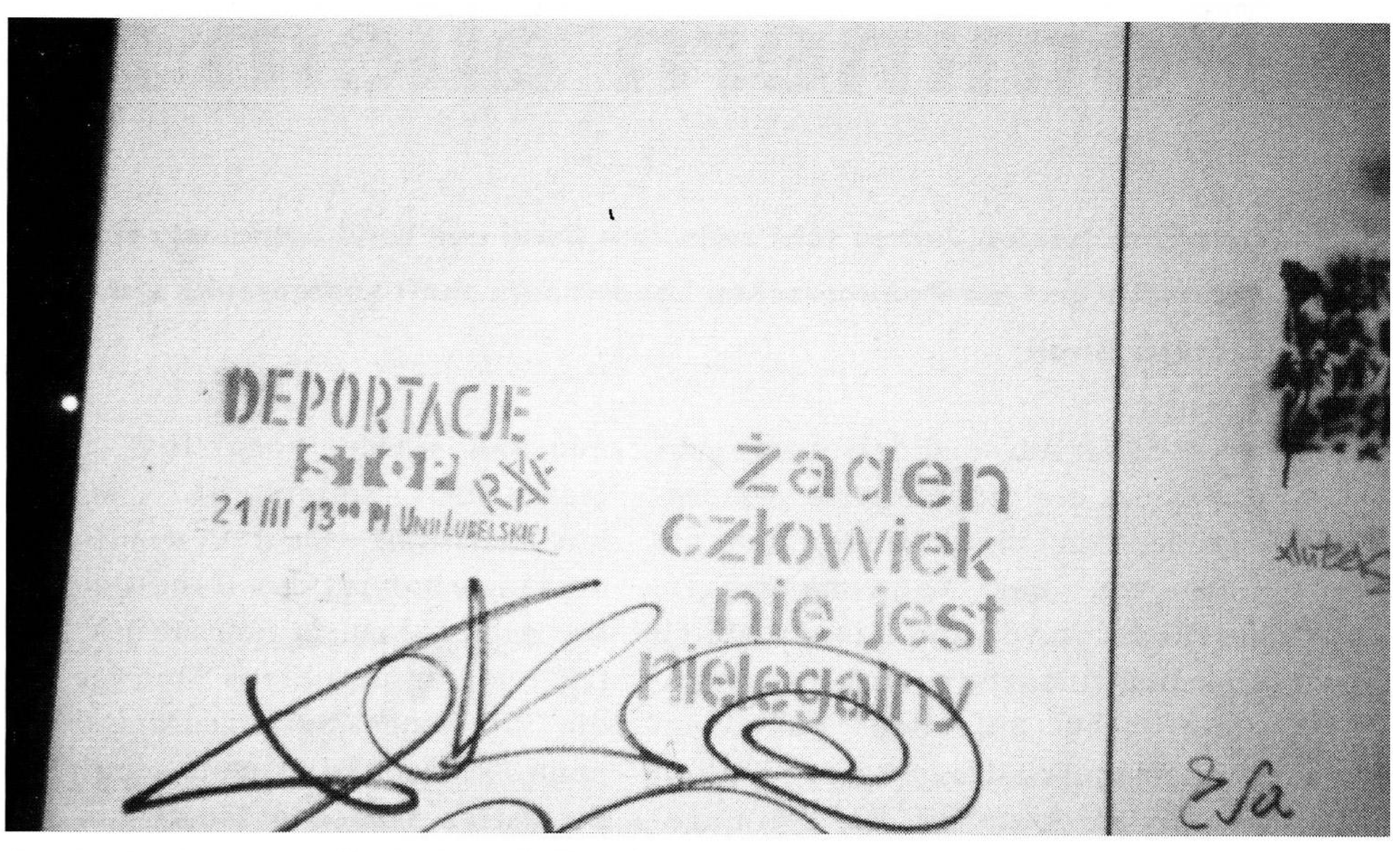


Abschiebegefängnis und Aufnahmestelle Poprode (Litauen)

eingeführt worden ebenso wie das Konzept der sicheren Drittstaaten. Begleitend wird sowohl in Polen als auch in den baltischen Staaten das Grenzpersonal geschult und mit neuester technischer Ausrüstung versorgt u.a aus Mitteln des EU-Programms Phare, Mit anderen Worten, die Grenzen werden zugemacht.

Das wirkt sich auch auf Zahlen und Hauptherkunftsländer der AsylbewerberInnen aus. Kamen Flüchtlinge in Polen bis 1999 vorwiegend aus Asien und Afrika (Afghanistan, Irak, Somalia) so beantragen jetzt überwiegend Personen aus den ehemaligen Sowjetrepubliken Asyl. Die meisten kommen aus Tschetschenien, viele aber aber auch aus Armenien, Belorussland und Georgien. Einen hohen Anteil haben auch asylsuchende Roma aus Rumänien. Ursachen des Rückgangs von Flüchtlingen aus den ursprünglichen Herkunftsländern sind nicht etwa die verbesserten Verhältnisse im Heimatland, sondern sie kommen gar nicht erst bis Polen oder Litauen bzw. werden aufgrund der zahlreichen Rücknahmeabkommen in eines ihrer Transitländer zurückgeschoben. Dies wurde den TeilnehmerInnen der Delegationsreise einhellig von offiziellen Stellen bestätigt. Nach Aussage des Kommandanten des zentralen Abschiebelagers in Polen haben auch die Fluchthilfeorganisationen andere effektivere Routen gewählt. So verlagere sich der Fluchtweg, der früher über die Baltischen Staaten nach Polen und von dort aus weiter in den Westen führte, nach Tschechien. Nicht verwunderlich, wenn einE kommerzielle FluchthelferIn in Litauen mit einer Haftstrafe von bis zu 15 Jahren rechnen muss.

Während in Polen die Abschiebehaft maximal drei Monate dauern darf, gibt es in den baltischen Staaten dafür keine Begrenzung, so dass im Ausländerregistrierungszentrum Pabrade in Litauen Menschen zum Teil schon zwei Jahre festsitzen, da ihr Herkunftsland ungeklärt ist oder sie keine Reisepapiere bekommen. Die Zeit in Haft und die Perspektivlosigkeit haben bei ihnen deutliche Spuren hinterlassen. In Lettland berichtete ein Vertreter einer neu gegründeten



Wandmalereien gegen Abschiebung in Warschau

Flüchtlingsselbsthilfeorganisation von einem Iraker der schon seit fünf Jahren unter schlechtesten Bedingungen, z.B. Mangelernährung, im Abschiebetrakt einer Haftanstalt einsitzt. Selbst der UNHCR hat keinen Zugang zu dieser Einrichtung.

Sind die Asylgesetzgebung und die Grenzabschottung auf dem neuesten Stand, bleibt die Integration auch von als asylberechtigt anerkannten Flüchtlingen weit dahinter zurück. Alle in diesem Bereich tätigen NGOs sowohl in Polen als auch in den Baltischen Staaten beklagen, dass es kaum Integrationsangebote wie Sprachkurse oder finanzielle Unterstützung für Asylberechtigte gibt, ebensowenig wie Öffentlichkeitsarbeit in Hinblick auf eine bessere Akzeptanz von Flüchtlingen bei den Einheimischen.

Ebenso ist die Unterstützungsstruktur für Flüchtlinge noch nicht weit entwickelt. Es gibt einige Menschenrechtsorganisationen und Wohlfahrtsverbände, die sich mit der Problematik befassen, aber quasi keine Bewegung zur Unterstützung von Flüchtlingen und nur wenige Selbstorganisationsversuche. Bemerkenswert ist daher der Versuch einiger Gruppen im Sommer diesen Jahres ein Grenzcamp an der Polnisch-Weissrussischen Grenze durchzuführen, das allerdings starken polizeilichen Repressionen ausgesetzt war.

Die Konferenz "Fluchtweg Ostsee" – eine Initiative für mehr Kooperation und Austausch in der Flüchtlingssolidaritätsarbeit im Ostseeraum

Während sich die Regierungs- und grenzpolizeilichen Institutionen im Ostseeraum schon seit einigen Jahren effektiv hinsichtlich der Grenzabschottung vernetzen, gibt es nur vereinzelt Kontakte zwischen den NGOs und Initiativen, die in den Ostseeanrainerstaaten im Flüchtlingsbereich tätig sind. Dies ist allerdings gerade aufgrund der Auswirkungen der EU-Osterweiterung und durch das Inkrafttreten der Schengenverträge in allen Skandinavischen Staaten seit März diesen Jahres dringend nötig. Die Konferenz "Fluchtweg Ostsee", organisiert vom Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein in Kooperation mit anderen Organisationen soll Kontakte und Austausch von Nichtregierungorganisationen und Initiativen aus Deutschland, Skandinavien, Polen, den Baltischen Staaten und Russland ermöglichen und Verabredungen für zukünftige Kooperationen auf den Weg bringen.

Das Programm der Konferenz sowie ein Bericht über die Delegationsreise nach Polen und in die Baltischen Staaten können angefordert werden bei:

Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.
Oldenburger Str. 25
24143 Kiel

Weitere Infos: www.baltic-refugee.net

Pommern allein zuhaus!

Seit Ende letzten Jahres tobt zwischen Bund und Land Schleswig-Holstein einerseits und der Pommerschen Landsmannschaft andererseits ein heftiger Streit

Bei dieser Auseinandersetzung geht es um die renommierte „Ostsee-Akademie“ in Lübeck-Travemünde, die 1988 von der Landsmannschaft gegründet wurde und ausschließlich staatlich finanziert wird. Die Gründung geht auf den damaligen Landsmannschaftssprecher Philipp von Bismarck zurück. Auf den ungefähr 700 Tagungen, Seminaren und Exkursionen der Akademie, die seit Anfang der neunziger Jahre durchgeführt worden sind, ging es thematisch insbesondere um die Verständigung der Deutschen mit ihren östlichen Nachbarn. Bismarcks Nachfolger Günter Friedrich setzte diesen Verständigungskurs fort. Die Kritik des revanchistischen Flügels innerhalb der Landsmannschaft an seiner Politik wurde jedoch immer stärker, was schließlich dazu führte, dass Friedrich im Herbst 1999 abgewählt wurde. Die Vorwürfe auf einem Treffen der Pommerschen Landsmannschaft lauteten: Die Ostsee-Akademie treibe „Polentümelei“, Schröder und Kohl sollten sich doch bitte in Warschau oder Prag aufstellen lassen, deren Interessen sie doch verträten. Oder: „Vergangenheitsbewältigung ist bloße Propagierung dessen, was Deutsche begangen haben sollen.“ Die Polen seien das Tätervolk, nicht die Deutschen. Ein anderer Redner regte an, doch einmal darüber nachzudenken, warum die Deutschen 1939 in Polen einmarschiert seien. Überdies sei die Ostsee-Akademie der „Polenhügel“.

Als Wolfgang Müller-Michaelis, letzter gewählter Vorsitzender der Pommerschen Landsmannschaft und zunächst Hoffnungsträger der Revanchisten bei den Pommerntagen im Sommer 2000 in Greifswald vor einer Ansprache des sächsischen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf (CDU) Plakate mit der Aufschrift „Volksvertreter – Vertriebenenverräter“ entfernen ließ, wurden sogar ihm „Stasi-Methoden“ unterstellt. Müller-Michaelis warf daraufhin ebenso entnervt wie erzürnt das Handtuch und trat nach nur einem Jahr zurück. Seither regieren nun Klaus Moerler und die CDU-Bundestagsabgeordnete Susanna Jaffke die Landsmannschaft und die Ostsee-Akademie. Moerler ist den Lesern der revanchistischen „Pommerschen Zeitung“ dadurch bekannt, dass er 1996 die Regierung Kohl heftig dafür kritisierte, dass sie die Oder-Neiße-Grenze als deutsch-polnische Grenze anerkannt hat.

Zum Objekt des Hasses wurde immer mehr der angesehene Leiter der Ostsee-Akademie Dietmar Albrecht. Ihm wurde letztendlich aus politischen Gründen gekündigt. Es gab, so Moerler, ein „Spannungsverhältnis zwischen gestandenen Pommern, die die pommersche Fahne hochhalten wollen, und dem akademisch-intellektuellen Versöhnunsanspruch der Akademie. Dieses Statement erinnert fatal an die Zeit des Nationalsozialismus, in der schon einmal Intellektuellen vorgeworfen wurde, das Vaterland zu zersetzen. Das gerade in dieser Epoche die Gebiete östlich von Oder und Neiße „verspielt“ wurden, möchten manche Vertriebenenfunktionäre bis heute nicht wahrhaben.

Der Hinauswurf Albrechts führte zunächst dazu, das sowohl Bund als auch Land ihre Zuwendungen einfroren. Der Haushaltsausschuss des Bundestages gab die Mittel jedoch bald unter Auflagen wieder frei. Der Kieler Landtag ging in der Sache viel entschiedener vor. Alle Fraktionen verurteilten die Haltung der Pommerschen Landsmannschaft in scharfen Worten. Sie forderten eine erweiterte Trägerschaft für die Ostsee-Akademie und die Wiedereinsetzung von Dietmar Albrecht als ihr Leiter. Viele Partner und freie Mitarbeiter der Akademie hatten unterdessen ihre Mitarbeit bereits aufgekündigt und Veranstaltungen abgesagt. Auch die Robert-Bosch-Stiftung zog zugesagte finanzielle Zuwendungen wieder zurück.

Trotz zäher Verhandlungen gelang es dem Land Schleswig-Holstein nicht, die Pommersche Landsmannschaft von der Erweiterung der Trägerschaft für die Ostsee-Akademie zu überzeugen. Die sogenannte Pommersche Abgeordnetenversammlung, also eine Art Exilparlament, stimmte dagegen. Klaus Moerler erklärte: „Wir haben einige Fäden geknüpft und stehen in erfolgsversprechenden Gesprächen mit Geldgebern. Auch ohne staatliche Hilfe (800.000 DM vom Bund, 284.000 DM vom Land) werden wir die Ostsee-Akademie weiter betreiben.“

Unterdessen hat sich ein neuer Verein gegründet, an dem unter anderem die Hansestadt Lübeck, die Industrie- und Handelskammer, die Deutsch-Polnische Gesellschaft, die Deutsche Auslandsgesellschaft und das Pro Baltica-Forum beteiligt sind. Dieser will die Versöhnungsarbeit unter anderem Namen fortsetzen: „Academia Baltica“ heißt die neue Institution. Ihr Sitz soll in der Lübekker Altstadt sein, ihr Leiter ist Dietmar Albrecht. Die „Academia Baltica“ wird auch staatliche Zuwendungen erhalten.

Die oben geschilderte Auseinandersetzung brachte zudem einen Skandal zu Tage. Mit 20,8 Mio. DM war der Bau der Ostsee-Akademie von 1987 bis 1989 gefördert worden – 10,29 Mio. DM kamen vom Bund, 10,52 Mio. DM kamen vom Land Schleswig-Holstein. Doch alleinige Eigentümerin der Immobilie Ostsee-Akademie ist die Pommersche Landsmannschaft. Die damalige CDU-Landesregierung hatte es „versäumt“, auf die Eintragung einer Grundschuld im Grundbuch zu drängen.

Nazis als Friedensbewegung?

Zur Friedensdemagogie der extremen Rechten

Am 1. September hatten die Neonazis zu zwei Aufmärschen am traditionellen Antikriegstag aufgerufen. Sowohl der Aufruf der NPD in Greifswald als auch der Text für den Nazi-Aufmarsch in Leipzig nahmen deutlich auf dieses Datum Bezug und versuchten, diesen völkisch-nationalistisch, antisemitisch und anti-amerikanisch umzudeuten. Offensive Versuche, sich mit einer solchen „Friedens-"demagogie politisch zu profilieren, hat es in der jüngsten Zeit vermehrt gegeben; höchste Zeit also für die antifaschistischen und die antimilitaristischen Kräfte dem nicht nur praktisch auf der Straße, sondern auch politisch entgegenzutreten.

In Greifswald rief die NPD zum 1. September unter dem Motto „Gegen Krieg und militaristischen Größenwahn" zum Aufmarsch, in Leipzig stand der von den Neonazis der sogenannten „Freien Nationalisten" organisierte Aufmarsch unter der Parole „1. September – damals wie heute: Für Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung". Damals – das bezieht sich auf den 1. September 1939 und den Überfall des deutschen Faschismus auf Polen und den dadurch verursachten zweiten Weltkrieg. Schon während des NATO-Krieges gegen Jugoslawien hatte ein Teil der extremen Rechten argumentiert: Wenn die NATO-Intervention zum Schutz der albanischen KosovarInnen gerechtfertigt sei, dann sei auch der Einmarsch deutscher Truppen in Polen 60 Jahre zuvor recht gewesen.

Hatte die extreme Rechte sich schon während des NATO-Krieges gegen Jugoslawien darum bemüht, sich als „Friedensbewegung" darzustellen, so hat sie auch danach mit verschiedenen Aktionen versucht, aus der in der Bevölkerung verbreiteten Kritik bzw. am Unbehagen gegenüber der Politik der USA politisches Kapital zu schlagen. So führte Anfang Juni die NPD-nahe Antiimperialistische Initiative `Nie wieder Krieg` in Kaiserslautern eine Veranstaltung unter dem Motto „1000 Völker statt 1000 Bomben – Nein zum US-Imperialismus" durch, um damit gegen ein NATO-Musikfestival zu protestieren. Im August 2001 organisierten Neonazis einige kleinere Aktionen gegen den Einsatz der Bundeswehr in Mazedonien.

Allerdings verbirgt sich hinter Parolen wie `Nie wieder Krieg` bzw. der Kritik am Imperialismus bei der extremen Rechten nichts, was in irgendeiner Weise mit pazifistischem oder antimilitaristischem Denken zu tun hat. Vielmehr ist dies demagogische Tarnung für völkischen Nationalismus, Antisemitismus und Anti-Amerikanismus sowie ein Mittel zur Propagierung einer neuen deutschen Vormachtpolitik in Europa.

Gegen Amerika

Bei der Interpretation außenpolitischer Situationen und Entwicklungen ist nach der Auflösung des „Ostblocks" der Antikommunismus der extremen



Nazidemonstration in Jena: Imperialisten sind immer die Amerikaner - Deutschland immer Opfer

Rechten stark zurückgetreten. Stattdessen hat der Anti-Amerikanismus stark zugenommen. Weil die USA in erheblichem Ausmaß zur Zerschlagung des deutschen Faschismus beigetragen haben und wegen ihres weltpolitischen Einflusses als Hindernis für eine europäische Vormachtstellung Deutschlands in Europa gelten, werden sie von der Mehrheit der extremen Rechten in Deutschland derzeit als Hauptfeind betrachtet. So schreibt der NPD-Theoretiker Schwab, dass die USA „die Vereinigten Staaten von Amerika [...] den Hauptgaranten der Aufrechterhaltung dieser Nachkriegsordnung der Sieger und Besiegten darstellt. Deutschlands Wiederaufstieg zu einer europäischen Hegemonialmacht wird nur auf der Basis eines Abstiegs der USA als alleiniger Weltmacht möglich sein." Wo die extreme Rechte von „Imperialismus" spricht, so ist damit immer nur die Politik der USA gemeint, nie diejenige Deutschlands oder anderer Großmächte.

Die Abgrenzung und Feindschaft gegenüber den USA ist jedoch nicht allein auf den Aspekt ökonomischer und machtpolitischer Konkurrenz zu reduzieren; vielmehr sieht die extreme Rechte Deutschland und Europa mit ihrer „Hochkultur" als grundsätzlich überlegen gegenüber der amerikanischen „Zivilisation" an. Die Gesellschaft der USA gilt als Hochburg des Verbrechens, der Dekadenz und des moralischen Niedergangs.

Alles, was diesen `Hauptfeind` schwächt, ist daher den Neonazis und anderen Teilen der extremen Rechten offene Anerkennung oder (nur schwach verdeckte) Freude wert. So sprach etwa der NPD-Landesvorstand Schleswig-Holstein in einer Erklärung vom 16. September anlässlich der terroristischen Attentate in New York und Washington von einem „kriegerischen Befreiungsschlag der freien Welt gegen die imperialistische Politik der USA"; das Freie Infotelefon Norddeutschland nannte die Täter „Freiheitsarmee", und das neofaschistische Deutsche Kolleg charakterisierte den Massenmord als „berechtigt". Dabei spielt auch der Antisemitismus eine zentrale Rolle, gilt der extremen Rechten die „Ostküste" der USA im allgemeinen doch als Chiffre für einen behaupteten weltweiten Einfluß des Judentums, und demzufolge das World Trade Center als – so in einer Erklärung der freien Nationalisten aus Stralsund – „in Beton gehauenes Symbol für die Welthochfinanz".

Dass derartige Aktionen auch von Neonazis begangen werden, hatte vor Jahren der Sprengstoff-Anschlag von Timothy McVeigh auf ein Regierungsgebäude in Oklahoma City gezeigt, bei dem fast dreihundert Menschen starben und viele weitere verletzt wurden. Erinnert werden muss im Zusammenhang mit dem Anti-Amerikanismus deutscher Neonazis auch an die von ihnen Anfang der 80er-Jahre verübten Sprengstoff-Anschläge auf US-Soldaten.



Neonazis vereinnahmen linke Parolen: Demonstration in Jena

Gegen Bundeswehr-Einsätze ?

Weil die Mehrheit der extremen Rechten in der NATO und der Bundeswehr derzeit ein Instrument des US-Imperialismus sieht, lehnt sie die Einsätze der deutschen Soldaten im Kosovo ab. Das neonazistische Aktionsbüro Norddeutschland versuchte sich gar an einer Kampagne gegen den Einsatz deutscher Soldaten in Mazedonien – mit Plakaten, Aufklebern und Flugblättern. Die Polemik gegen solche Einsätze ist aber nicht grundsätzlicher Natur; REP, DVU und Freie Nationalisten verknüpfen die Bewertung solcher Militäraktionen mit dem Traditionsverständnis der Bundeswehr und einer stärkeren Betonung „nationaler Interessen". Im Falle einer umfassenden positiven Bezugnahme der Bundeswehr auf ihre Vorläufer, darunter auch Nazi-Wehrmacht und Waffen-SS, treten die „Bedenken" der extremen Rechten ebenso zurück wie im Falle der Verfolgung einer „nationalen Außen- und Wehrpolitik". Letztere hätte dem Prinzip des völkischen Nationalismus zu folgen und dies als Grundlage der „Neuordnung Europas" anzusehen. Hierzu gehöre nach den Vorstellungen Jürgen Schwabs die entschiedene Abkehr vom „Westen" und insbesondere von den USA. Diese sollten dorthin verschwinden, woher sie gekommen seien – 1944 bei der Landung alliierter Truppen in der Normandie mit dem Ziel der endgültigen militärischen Zerschlagung des deutschen Faschismus.

Diesem Ziel glaubt Schwab nur durch eine Achse Paris – Berlin – Moskau näher kommen zu können – vorausgesetzt, in allen drei Staaten werde Politik auf „nationaler" Grundlage gemacht, sprich: haben mindestens eine Machtbeteiligung der extremen Rechten. Ein solcher Bund könne auch sicherstellen, dass die Konflikte in Europa von den dort existierenden Staaten bearbeitet werden. Dabei hätte ein Deutsches Reich politisch, ökonomisch und militärisch in Europa eine Vormachtstellung einzunehmen;

das Bündnis mit Frankreich soll insofern zum gegenseitigen Nutzen sein, als dass Frankreich dann freie Hand im westlichen Teil des Mittelmeers und in Nordafrika bekäme, während Deutschland dann die Vormacht in Ostmitteleuropa einzunehmen habe - so teilen sich die imperialistischen Länder die Welt auf!!

Mit Blick auf die Situation auf „dem Balkan" erinnert sich die extreme Rechte nur höchst ungern an die Partisanentätigkeit gegen die deutschen Besatzer. Trotz dieser historschen Erfahrung müsse man aber, so der NPD-nahe Autor Schwab, das Bündnis mit dem nationalistischen Serbien suchen, um eine (vermeintliche) Vorherrschaft der USA in dieser Region zu brechen. Zugleich soll eine solche Allianz auch gegen die Türkei gerichtet sein, die Schwab als den „Hauptfeind eines völkischen Deutschland" bezeichnet.

Faschismus bedeutet Terror und Krieg

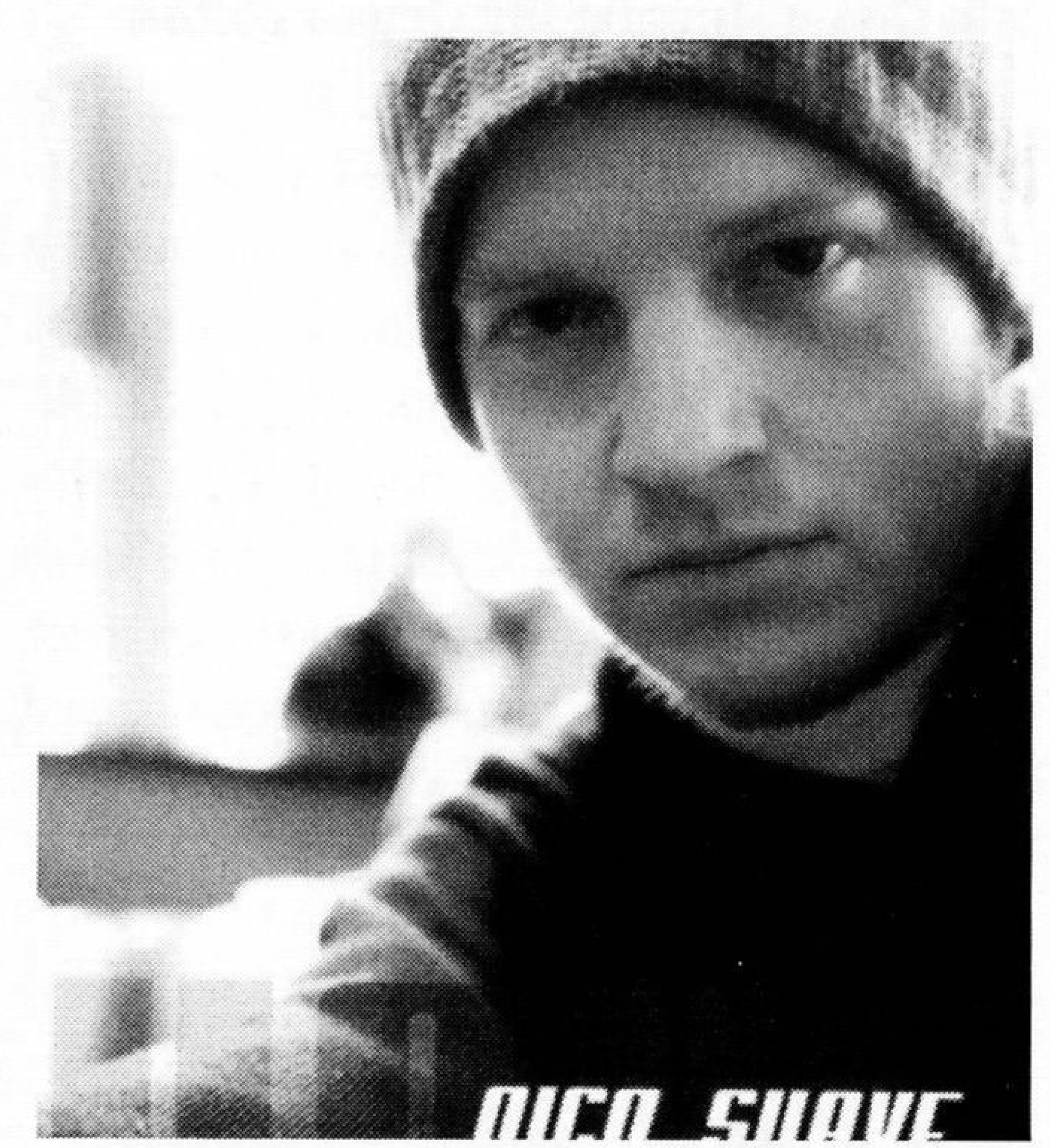
Die extreme Rechte will eine Neuordnung Europas nach strikt völkischen Kriterien durchsetzen. Multikulturelle Gesellschaften und multiethnische Staaten sind ihr dabei im Wege; sie sollen zerschlagen werden. Jenseits aller Friedensdemagogie hieß es auf einer Nazi-Internet-Seite beispielsweise, dass Flüchtlingskolonnen zwar schockierend anzusehen seien, \`ethnische Vertreibung\` aber zu \`ethnische Trennung\` und damit zum Frieden führe.[1] Noch immer erhebt die extreme Rechte Anspruch auf polnisches, russisches und tschechisches bzw. slowakisches Staatsgebiet. Drohend schreibt der bereits erwähnte Jürgen Schwab, dass niemand in Ost und West sichern sein könne, dass nicht in Zukunft ein völkisches und durch und durch national orientiertes Deutschland wie ein Phoenix aus der Asche emporsteige; dann könnten insbesondere Polen und die Tschechische Republik ihrer Besitztümer nicht mehr sicher sein.[2] Das Gerede von der „nationalen Rechten als Friedensbewegung" ist nichts als Demagogie – Faschismus bedeutet Terror und Krieg.

VF

1. www.heathenfront.org/dhf/aktuell.htm (im November 1999).

2 Jürgen Schwab: Deutsche Bausteine. Grundlagen nationaler Politik. Stuttgart: DS-Verlag 1999, S. 19 und 20.

neuer **Sound** von links



Nico Suave: Entspannungs-hip-hop – gibt es so etwas? Offensichtlich ja!

Nico Suave & Dj Sparc – suave (Mercury / Island / Octopussy 2001)

Gibt es so was wie „Entspannungs-hip-hop"? Wenn nicht, dann sollte für die Scheibe diese Kategorie erfunden werden. Sehr ruhig und gediegen, vielleicht eher etwas zum, nie wollte ich dieses Wort benutzen: „chillen". Der Abräumer für die „laß nochma' ein' baun'" Fraktion! Die Texte erzählen über Persönliches und Anekdoten des Alltags, den hip hop als solches. Wenn mensch sich auf sie einläßt jedoch zu keiner Zeit, wie sonst manchmal in diesem Genre üblich belanglos, peinlich oder gar „prollig", selbstanmaßend. Zugegeben für 70 Minuten ist die Scheibe, trotz einiger Gäste und Finessen, etwas langatmig. Leute, die sich mit dieser Musik wirklich auskennen sagen, dass der gute Mensch live ein Erlebnis sein soll, dazugehöre ich garantiert nicht, aber ich empfehle Euch trotzdem mal in dieses gute Stück rein zu hören. Vielleicht weiß es ja zu gefallen. Denn immer dran denken, über Musik schreibt mensch nicht, sondern hört sie. Ausprobieren.

World/inferno friendship society – international smashism 12" (Golden Arm/X-Mist 2001)

Wo wir gerade beim Thema wären. Immer lustig mit anzusehen, wie diverse Musikschreiberlinge versuchen World/inferno und ihre Musik irgendwie einzuordnen und mit ihren Versuchen ein ums andere mal kläglich scheitern. Diese Band läßt sich nicht kategorisieren. Band ist wohl so oder so der falsche Ausdruck. Kollektiv oder gar Orchester träfe es besser. Unmengen von Menschen und Instrumenten wirken mit und dies trifft auch auf die Vielfalt und die unterschiedlichsten Einflüsse zu. Mir fällt nahezu kein Musikstil handgemachter Musik ein, der nicht hier oder dort ein kleines Plätzchen im World/inferno Universum eingenommen hat. Der Ursprung, Ausgangspunkt war und ist sicherlich Punk respektive Post Punk, doch was wir hier, noch mehr als auf den vorherigen Veröffentlichungen zu hören bekommen ist einfach nur groß und wirklich grenzenlos.

Kein Wunder das ein Liveauftritt dieses Postpunk Orchesters zu einem Spektakel wird, da ist restlos alles in Bewegung, da wird Feuer gespuckt und so weiter und so fort. Zirkus und Jahrmarkt kommen mir in den Sinn, wenn ich den Namen höre. Schade, dass es diese Platte nur auf Vinyl gibt und somit vielen von Euch ein Hörerlebnis verwehrt bleiben. Allen anderen kann ich nur empfehlen sofort zuzuschlagen und dabei auch noch das wohl sympathischte deutsche-europäische punkrock-hardcore-„do-it-yourself"-Label „Company with the golden arm" zu unterstützen. Wer die nächste Tour verpaßt ist eh doof.



Flamingo massacres:
Bringt Spaß – das soll reichen!

Flamingo massacres – wearing your heart on ... (X-Mist/Adagio 830)

Und auch die nächste Platte wird abgefeiert. Wen interessieren bitte auch schlechte oder durchschnittliche Platten? Also werden hier auch weiterhin nur Veröffentlichungen „besprochen", besser erwähnt, die mir gefallen, oder die ich auf irgendeine Art und Weise für relevant halte. Flamingo massacres kommen aus Nürnberg und bestehen aus drei Frauen, zwei Bässen, Schlagzeug und keiner Gitarre. So richtig vermissen tut diese aber, außer ein paar Nörglern, auch keine/r. Die Band hat, wie so viele andere auch, eine Menge an Dischord, Touch & go und Kill rock stars Bands konsumiert. Vielleicht ein bißchen so wie die großartigen Sleater kinney ohne Gitarre und mehr „Emo"-ness, was auch immer dies heutzutage heißen mag. Melodie und Melancholie treffen auf zuckersüßen Gesang, trotzdem immer weird und unvorhersehbar. Mal schnell, mal tragend. Versteht mich jemand? Bringt Spaß, das soll reichen.

Genua 2001:
Die italienische Regierung zeigt die Zähne

Kaum war die neue Rechtsregierung[1] im Amt, stand sie vor ihrer ersten Bewährung: Der G8-Gipfel in der Woche vom 16.–22. Juli in Genua. Inwieweit hinter den dokumentierten Übergriffe der Sicherheitskräfte eine gezielte Strategie stand, diese als Reaktion auf das militante Vorgehen von Demonstranten darzustellen und welche Rolle eingesetzte Provokateure spielten, ist bis jetzt kaum nachzuvollziehen. Fakt ist jedoch, dass der beschworene Rechtsstaat zeitweilig nicht mehr existierte. Unabhängig davon, ob die Sicherheitskräfte auf Anweisung von oben handelten, eine chaotische Einsatzleitung das autonome Agieren von Einheiten nicht verhindern konnte oder die Beamten in der Annahmen vorgingen, von einer strammen Rechtsregierung, die in ihren verbalen Attacken gegen Chaoten, Linke und Andersdenkende nicht zimperlich ist, im Grunde gedeckt zu werden. Es ist zu befürchten, dass diese veränderte Qualität im Umgang mit Protesten gegen die Globalisierung zur Regel wird. Angesichts der sich zuspitzenden Verhältnisse erscheint die Suspendierung und Auflösung des Rechtsstaates in Krisenzeiten ebenso logisch, wie die sozialen Sicherungssysteme gerade dann abgebaut werden, wenn sie gebraucht werden. Hier bildet Italien wohlmöglich nur die Vorhut, wobei die aktuelle politische Konstellation und das faschistische Erbe eine nationale Besonderheit darstellen.

Das Nachspiel

Natürlich griff die Regierung auf die üblichen Beteuerungen zurück, alle Aktionen seien im Rahmen des Rechtsstaates geblieben, die Sicherheitskräfte hätten nur auf die militanten Demonstranten reagiert oder sich geschützt und im übrigen könne sich der Staat nicht von Protesten in die Knie zwingen lassen. Als besonderer Hartliner zeichnete sich wie so oft Gianfranco Fini, Chef der neofaschistischen Alleanza Nazionale und stellvertretender Premierminister, aus. Die AN sieht sich als natürlicher politischer Repräsentant der Mitglieder der Sicherheitskräfte und hat dort eine starke Wählerbasis. Aber diese politische Affinität zwischen autoritären Parteien und den Sicherheitskräften ist nichts einzigartiges.

Der Rechtsregierung steht jedoch keine wirkliche parlamentarische Opposition gegenüber, die den Druck ausüben würde, um über die Ahndung des eklatanten Fehlverhaltens der Sicherheitskräfte hinausgehende Veränderungen durchzusetzen. Der Mitte-Links Block ist nach der Niederlage am 13. Mai in einer desolaten Lage und die größte Linkspartei, die DS, befindet sich in dem Prozess zwischen Neuformierung und Auflösung. Und gerade in der Frage der inneren Sicherheit sind die Positionen zwischen den Parteien nicht so unterschiedliche, wie sie angesichts der Vorkommnisse in Genua und der innenpolitischen Diskussion erscheinen. Es ist z.B. an die vergleichbaren Polizeiübergriffen unter Mitte-Links bei den Protesten vom 15.–19. März in Neapel während des Globalen Forums der OECD zu erinnern, die in Italien als Generalprobe für Genua gelten.

Seit dem 10. August, in der eine Bombe im Gericht in Venedig detonierte, hat die Diskussion einen neuen Zungenschlag bekommen. Für die Regierung steht der Anschlag in direkter Verbindung mit den Globalisierungsgegnern und kündigt von einem neuen Linksterrorismus, wie in den 70er- und 80er-Jahren. Gerne wird dabei übersehen, dass autonom agie-



Demonstration in Genua: Die erste Herausforderung an die neue Berlusconi-Regierung

rende Kräfte aus dem Sicherheitsapparat als auch neofaschistische Gruppen immer mit von der Partie waren. Es zeigt sich, dass die Diskussion über das Zusammenstehen der Parteien und den unterschwellig mitschwingenden Schulterschluss mit den Sicherheitskräften zur Abwehr eines neuen Links-Terrorismus die Fragestellungen verschiebt und die Aufklärung der Hintergründe in, um und nach Genua überlagert.

Die Rechte und die Anti-Globalisierung

Eine andere Frage stellt sich bezüglich der Mobilisierung rechtsextremer Gruppen für die Proteste und der unterstellten strategischen Gewährung ihrer Militanz durch die Sicherheitskräfte, um die Globalisierungsgegner und ihre Proteste zu diskreditieren. Es wäre besser sich vor vorschnellen Bewertung zu hüten und die spärlichen Fakten voneinander zu trennen.

Einerseits gab es in Italien eine rechte Mobilisation gegen den G8-Gipfel u.a. durch die Forza Nuova, die Fronte Nazionale und die Comunità politica di avanguardia. Aber dies ist nicht ungewöhnlich und wird sich in der Zukunft wohl in allen Nationen noch verstärken. Denn auch für die Rechte spielt das Thema Globalisierung eine zunehmend wichtigere Rolle in der Agitation. Letztlich stellt die 'rechte' Globalisierungskritik die Zerstörung der Volksgemeinschaft und ihres Kapitalstocks, die Aushöhlung des Nationalbewusstseins und der kulturellen Identität durch ökonomische Prozesse und die Migration in den Vordergrund, um für ihre politischen Ziele zu werben. Die 'Parolen' ähneln in mancher Hinsicht den Positionen, wie sie durch die Bewegung von Seattle bis Genua formuliert werden. Wobei es natürlich klare Differenzen gibt, beispielsweise wenn die Kritik am Finanzkapital oder der Konzernherrschaft in eine antisemitische Stoßrichtung eingebettet wird. Mit Genua scheint die 'Rechte' nunmehr selbst in eine neue Phase eingetreten zu sein.

Andererseits gibt es für den gezielten Einsatz und die 'Unterstützung' rechter Gruppierungen seitens der Sicherheitskräfte bis jetzt keine stichhaltigen Beweise. Außer man nimmt die sehr kurzen und an einer Hand abzuzählende Statements von 'Rechten' zum Maßstab, die darin gipfeln, sie hätten garantierte bekommen, dass man sie gewähren ließe. Die Verbindung der italienischen Sicherheitsorgane mit der parlamentarischen und außerparlamentarischen Rechten hat zwar eine lange Tradition. Fast keiner der in der Vergangenheit zu beobachtenden Terroranschläge, die strategische Unterwanderung staatlicher Institutionen und geplanten Putschversuche wäre ohne die enge Verbindungen möglich gewesen. Diese Strukturen existieren in der alten Form jedoch nicht mehr und es steht auch kein Staatsstreich, wie noch in den 70er- und 80er-Jahren, an. Vielmehr konstituiert sich, ähnlich wie in der sozialen Frage, auch im Feld der Globalisierungskritik eine radikale rechte Variante. Es geht dabei natürlich darum, die Globalisierungskritiker von 'Links' zu diskreditieren, aber nicht als Erfüllungsgehilfe der Sicherheitskräfte, sondern um den eigenen Einfluss zu erweitern.

[CC]

[1] *Vgl.: Enough, Nr. 14/2001, S. 42ff.*



Der Fall Malloth

Ein Blick hinter die Kulissen deutscher Vergangenheitsbewältigung

Anfang Juni diesen Jahres wurde der ehemalige SS-Mann Anton Malloth von dem Münchner Schwurgericht unter dem vorsitzenden Richter Jürgen Hanreich zu lebenslanger Haft verurteilt, was bedeutet er bleibt solange inhaftiert bis er von den Ärzten für haftunfähig erklärt wird. Dieser Prozess war allerdings nicht der erste gegen Anton Malloth. Schon 1948 verurteilte das „Außerordentliche Volksgericht" im tschechischen Litomerice Malloth in Abwesenheit zum Tod durch den Strang. „Laut übereinstimmender Aussagen aller Zeugen", hieß es in dem Urteil, sei Malloth „einer der ärgsten, grausamsten und gefürchtetsten Aufseher in der Kleinen Festung Theresienstadt"1 gewesen. So berichtet Vera Treplin in einer vor Gericht nie gehörten Zeugenaussage2 über die von ihrer Großmutter oft wiederholten Berichte ihrer Erfahrungen in der ‚Kleinen Festung', von welchen sie sich nie mehr erholte. Immer wieder tauchten darin die grauenvollen Taten des ‚schönen Toni' auf. Der Anzeige, welche Vera Treplins Großmutter erstattete, wurde niemals nachgegangen, sondern sie verschwand unter irgendwelchen Aktendeckeln:

Gleich am Ankunftstag, dem 1. Oktober 1944 waren die Männer, etwa 50, alle aus dem Transport des jüdischen Altersheims in Köln – vor den Augen der zum Zuschauen verurteilten Frauen – von der SS-Wachmannschaft mit Stangen und Stöcken erschlagen worden. Im Museum Theresienstadt ist man der Ansicht: Der Transport sei irrtümlich in die Kleine Festung gelangt. Aus Ärger über die unerwartete Ankunft des Altentransports hätten die Aufseher, die männlichen Teilnehmer des Transports erschlagen. Unter den Mördern war ein SS-Aufseher, der Frau N. bei diesem Massaker – einem stundenlangen Gemetzel – besonders aufgefallen war und im Gedächtnis geblieben ist: Anton Malloth. Auf sein Konto geht ein weiteres von Frau N. bezeugtes Verbrechen: Mitten im Winter, beim Appell erlaubte der ‚schöne Toni' sich ein besonderes Vergnügen: Mit dem vollen Strahl eines Wasserschlauchs zielte er auf jede einzelne der alten, halb verhungerten und kranken Frauen. Einige stürzten und konnten sich nicht mehr erheben. Sie erfroren auf dem Hof oder starben in den folgenden Tagen und Wochen an ihren Verletzungen.

Malloth hatte sich vorsorglich wenige Tage ehe die Rote Armee am 8. Mai 1945 Theresienstadt erreichte, nach Österreich abgesetzt. Dort wurde er am 29. Dezember 1947 von der Gendarmerie verhaftet. Die tschechischen Behörden wurden benachrichtigt, doch bereits am 7. Januar 1948 teilte das österreichische Justizministerium mit, die tschechischen Behörden hätten eine ihnen gesetzte Frist zur Begründung ihres Auslieferungsantrags nicht eingehalten. Nur drei Tage später übergab die tschechische Gesandtschaft in Wien das ausführlich begründete Todesurteil gegen Malloth. Unbeeindruckt davon setzte das Landgericht Innsbruck Malloth auf freien Fuß. Der zögerte nicht lange und flüchtete nach Italien.

Damit war die juristische Verfolgung Malloths bis zum Jahre 1970 erst mal ad acta gelegt. Dieses Verfahren, 1970 von der Staatsanwaltschaft Dortmund eröffnet – ein Ermittlungsverfahren über Misshandlungen und Tötungen von Gefangenen in der Kleinen Festung Theresienstadt – war das erste derartige Verfahren in der Bundesrepublik.

Offiziell ging die Staatsanwaltschaft davon aus, dass Anton Malloth in der Tschechoslowakei hingerichtet worden sei. Doch wie sich später herausstellte wurde er in den Akten mit ‚u' geführt, das bedeutete sein Aufenthaltsort sei unbekannt.

Aber Anton Malloths Aufenthaltsort war keineswegs unbekannt. Am 12. Mai 1962 hatte er sich in Meran polizeilich gemeldet. Am 13. Februar 1968 stellte das deutsche Generalkonsulat in Mailand für Anton Malloth einen deutschen Pass aus, der im Februar 1973 für weitere fünf Jahre verlängert wurde. Er erhielt ihn, nachdem er, durch eigenen Verzicht auf die deutsche Staatsbürgerschaft im Jahre 1949, Erhalt der italienischen Staatsbürgerschaft im Jahre 1952 und Aberkennung derselben, staatenlos geworden war. Federico Steinhaus, der Präsident der jüdischen Gemeinde in Meran, übermittelte diese Erkenntnisse im April 1973 an das Bundeskanzleramt in Bonn. Von dort wanderte der Brief an das Bundesjustizministerium. Am 2. Mai schrieb das Ministerium an Federico Steinhaus: „... darf ich Ihnen mitteilen, daß im Bundesministerium der Justiz keine Vorgänge über Anton Malloth ermittelt werden konnten."

Am 23. April 1979 stellte Oberstaatsanwalt Weissing in Dortmund das Ermittlungsverfahren gegen Anton Mal-

loth ein. „Der Aufenthalt der mit (u) gekennzeichneten Beschuldigten konnte trotz umfangreicher Nachforschungen nicht geklärt werden. Die Fahndungsmöglichkeiten sind erschöpft", hieß es in der Abschlussverfügung.

Nun ruhten die Akten im Fall Malloth bis zum Jahr 1988. Am 5. August dieses Jahres erreichte den Dortmunder Oberstaatsanwalt Klaus Schacht ein Anruf seines Kollegen aus Bozen: Die Polizei habe Anton Malloth in seinem Haus in der Via Petrarca aufgegriffen. In Dortmund war man nicht besonders scharf auf Malloth. Oberstaatsanwalt Schacht bot an, er könne nach Meran kommen, um Malloth zu befragen: „Sollte die Vernehmung eventuell gar einen dringenden Tatverdacht ergeben, könnte ein Haftbefehl beantragt werden." Aber fünf Tage später landete Malloth auf dem Flughafen München-Riem – die Italiener hatten es eilig, den 76-Jährigen loszuwerden. Wohl oder übel musste Schacht nun die Ermittlungen wieder aufnehmen. Am 22. August begab er sich ins Städtische Krankenhaus München-Harlaching, um den Beschuldigten zu vernehmen Über seine Tätigkeit in Theresienstadt schwieg Malloth in der Vernehmung. Er schilderte allein seine Festnahme in Österreich, seine Flucht nach Italien, sein Leben in Meran. 1972 sei er aus Italien ausgewiesen worden und habe seither im Verborgenen gelebt. „Ich habe mich nicht sehen lassen. Ich habe das Haus nur nachts verlassen. Auf diese Weise lebte ich die letzten etwa 18 Jahre." Jetzt sei er ein schwer kranker und mittelloser Mann. In Deutschland sei er auf fremde Hilfe angewiesen, er werde von der Fürsorge leben müssen. Doch Hilfe wurde ihm sofort zuteil. Im Auftrag des Vereins „Stille Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte e.V."[3] welcher sich um die Unterstützung „von der Justiz bedrohter ehemaliger Nazis" kümmert, besorgte Gudrun Burwitz, die in München lebende Tochter Heinrich Himmlers, ein Zimmer in einem Altenheim in Pullach.

Peter Finkelgruen der weiß, dass sein Großvater Martin in der Kleinen Festung Theresienstadt erschlagen worden ist, aber nicht von wem, findet in einer Zeitung einen Hinweis, dass die Ermittlungen gegen Malloth wieder aufgenommen wurden. Mit Hilfe eines Anwalts bekommt er schließlich Einsicht in die Akten des Dortmunder Ermittlungsverfahrens. Dort findet er in der Einstellungsverfügung aus dem Jahr 1979 einen Hinweis auf den Tod seines Großvaters: Es ist Fall Nummer 39. Tatzeit: zweite Hälfte des Jahres 1942. Täter: Malloth. Opfer: Ein alter Jude. Tötungsart: Erschlagen.

In den Akten findet Finkelgruen auch den Namen des Zeugen, der zu dieser Tat ausgesagt hat. Am 10. November 1989 sucht er den damals 76-jährigen Josef K. in Prag auf. K. schildert, wie Malloth auf den Mann eingeschlagen habe und auf ihm herumgesprungen sei, bis ihm das Blut aus dem Mund spritzte. Später habe er den Mann in der Totenkammer liegen sehen. Finkelgruen legt dem Zeugen ein Foto seines Großvaters vor. K. sagt, er könne beschwören, dass es sich um den Mann handele, den Malloth erschlagen habe.

Aber Oberstaatsanwalt Schacht glaubt dem Zeugen nicht. Schacht verweist auf Widersprüche in verschiedenen Aussagen. Am 17. Januar 1990 stellt Staatsanwalt Schacht das Ermittlungsverfahren gegen Anton Malloth erneut ein.[4]

Peter Finkelgruen schildert seine Erfahrungen mit Politikern und Justiz folgendermaßen: „Zu dem Zeitpunkt, als ich erfuhr daß es Anton Malloth war, der meinen Großvater im Gestapogefängnis ‚Kleine Festung Theresienstadt' ermordet hatte, hatte Klaus Schacht, Leitender Oberstaatsanwalt in Dortmund, das Ermittlungsverfahren gegen Malloth und andere (damals lebten noch einige der an den in der Kleinen Festung begangenen Verbrechen Beteiligten), bereits so gut wie abgeschlossen. Die Jahre seitdem waren eine einzige Auseinandersetzung um die Absicht der Dortmunder Staatsanwaltschaft, das Verfahren einzustellen und damit jegliche öffentliche gerichtliche Verhandlung um diesen und über 700 andere Morde zu unterlaufen. Diesem Staatsanwalt, der sich während der Vernehmung eifriger um seine nächste Dienstreise bemühte, als um mich, war ich mit meinem Begehren, den Mord an meinem Großvater gerichtlich aufzuarbeiten, nun ausgeliefert. ... Dass ich ihm ausgeliefert war, erfuhr ich durch ein Schreiben des damaligen Staatssekretärs im Bundesjustizministerium, Dr. Klaus Kinkel. Im Mai 1989 schrieb er: ‚In der Tat sind in einem Strafverfahren wegen Mordes außer den Eltern, den Geschwistern und dem Ehegatten des Getöteten nur dessen Kinder zur Nebenklage befugt. Den Enkeln steht diese Befugnis auch dann nicht zu, wenn die näheren Angehörigen verstorben sind.' Man bedenke: Dieser Satz ist immerhin in einer Gesellschaft verfasst worden, die sehr oft, wie auch in diesem Fall, den Kindern von Ermordeten zum vorschnellen Tod verholfen hat.

... Hunderttausende von Enkelinnen und Enkeln hatten und haben keine Möglichkeit, vom Klageerzwingungsrecht Gebrauch zu machen, um selbstherrliche Staatsanwälte in die Schranken zu weisen oder um ihnen auf die Sprünge zu helfen."[5]

Nachdem Finkelgruen deutlich gemacht worden war, dass von deutscher Seite kein Interesse bestehe Malloth weiter zu belangen, wies Finkelgruen die tschechischen Behörden darauf hin, dass Malloth selbst seine deutsche Staatsbürgerschaft abgegeben habe und somit staatenlos sei. Doch von Münchner Seite wurde weiterhin auf einer deutschen Staatsbürgerschaft Anton Malloths beharrt, die ein Hinderungsgrund für seine Ausweisung bzw. für seine Auslieferung nach Tschechien war.

Erst als Finkelgruen im Frühjahr 1998 in Prag und in München öffentlich ein Gutachten vorlegte, das den von ihm seit 1992 vorgetragenen Sachverhalt bestätigte, sah sich die bayerische Landesregierung gezwungen, „um ja nicht den Schatten des Verdachts aufkommen zu lassen, man begünstige einen NS-Täter", wie sie in einer Presseerklärung wissen ließ, festzustellen, dass Anton Malloth die deutsche Staatsbürgerschaft nicht besitzt. Doch ein Auslieferungsantrag oder ein Ausweisungsbeschluss – mit dem die bayerische Landesregierung in Fällen von ‚Ausländerkriminalität' sonst schnell zur Hand ist – wurde nicht verfügt. Ebenso wenig wie versucht wurde das Verfahren zu beschleunigen, welches Malloth gegen diese Feststellung erhob. Im Gegenzug dazu musste Peter

Finkelgruen, als er mit seinen Recherchen in Deutschland beginnen wollte erfahren, dass die Ausbürgerung seiner Eltern durch die nationalsozialistische Gesetzgebung, weiterhin als rechtswirksam angesehen wurde. Als er einen deutschen Reisepass für sich in Anspruch nehmen wollte, wurde er zuerst einmal eingebürgert und erhielt dann, kraft dieser Einbürgerung, eine Staatsangehörigkeitsurkunde.

Im Frühjahr 1999 wird das 1993 noch einmal eröffnete Verfahren endgültig eingestellt. Bis sich im Februar 2000 bei den tschechischen Behörden ein bis dahin unbekannter Zeuge meldet. Er sagt, er habe gesehen, wie Malloth bei Erntearbeiten einen Gefangenen erschoss, der einen Blumenkohlkopf unter seiner Jakke versteckt hatte. Das Protokoll wird nach Dortmund geschickt, aber dort ist man des Falles endgültig leid geworden. Man schickt das Material nach München – er wohnt ja schließlich in Pullach. Die Münchner Staatsanwaltschaft handelt schnell. Weitere Zeugen werden ermittelt und vernommen, am 25. Mai 2000 wird Malloth in Untersuchungshaft genommen, im Dezember erhebt die Staatsanwaltschaft München-I Anklage wegen Mordes in drei Fällen. Der Fall Finkelgruen ist nicht dabei; der Zeuge K. ist inzwischen gestorben.

Auch wenn sich Peter Finkelgruen freuen kann, dass es doch noch zum Prozess gegen Malloth gekommen ist, bleibt doch sein Resumee bestehen: „Den Staatsbürger, der auf dem Rechtsstaat besteht, wollen sie nicht haben. Der stört ... Keinesfalls will ich in einem Boot sitzen mit denen, die dafür verantwortlich sind, daß die Mörder nicht zur Verantwortung gezogen werden Das Wahrnehmen des Schutzes, den die Mörder von einer Gesellschaft erhalten, der die Ermordung eines alten Juden keinen Prozeß wert ist.

Wenn man erlebt, so wie ich es erlebt habe, daß der Mörder meines Großvaters Martin Finkelgrün durch den SS-Mann Anton Malloth nicht vor Gericht gestellt wurde – so wie Tausende anderer Mörder von Millionen Menschen in Theresienstadt, Chelmno, Auschwitz und an zahlreichen anderen Orten; wenn man erlebt, daß Politiker und fürchterliche Juristen auch heute noch die nationale Solidarität nicht mit den Opfern, sondern mit den Tätern an den Tag legen, dann wird vielleicht nachvollziehbar, daß ich nicht darauf vertrauen kann, daß diese Politiker und diese Justiz mich wirklich schützen werden, wenn andere Malloths sich wieder ans Erschlagen machen werden. Ich kann nicht mehr erwarten, daß Politiker und verantwortlich Juristen dem ein Ende setzen. Ich kann nur eines tun – mich abwenden."[6]

2. Die faktische Solidarität mit den Tätern

Von einstmals 24.275 beschuldigten Personen nach `45 sind nur 158 verurteilt worden. Es ist auch nicht davon auszugehen, dass jetzt plötzlich noch neue Verfahren gegen NS-Verbrecher eröffnet werden, und dies nicht nur wegen ihres ‚hohen Alters' wie immer wieder betont wird, sondern auch aufgrund der erfolgreichen Bemühungen eines ‚moralisch geläuterten' Deutschlands den Nationalsozialismus in einer ‚Geschichte der Lager des 20. Jahrhunderts' verschwinden zu lassen und zugleich einen ‚rechtlichen Schlussstrich' zu ziehen. ‚Und solange kein öffentliches Interesse besteht, werden auch die juristischen Ermittlungen nicht vorangetrieben', wie ein Hamburger Staatsanwalt im Fall Engel offenherzig zum Besten gab.

Bei dem Prozess gegen den ehemaligen SS – Offizier Julius Viel im Frühjahr dieses Jahres waren im Gegensatz zu Malloths Prozess nur kurze Zeitungsnotizen zu finden. Denn Viel war ein hochdekorierter Bürger dieses Landes. Nach `45 sah er weder einen Grund die BRD zu verlassen, noch jemals seine Identität zu verbergen. Er arbeitete als Redakteur der Stuttgarter Zeitung und wechselte 1973 zur Schwäbischen Zeitung. Als begeisterter Freund deutscher Lande und Wanderer machte er Bekanntschaft mit einem anderen Wanderfreund, dem Bundespräsidenten Carl Carstens. Von diesem wurde ihm 1983 das Bundesverdienstkreuz verliehen. Mit seiner Enttarnung hatte Viel nicht mehr gerechnet, obwohl nicht zum ersten Mal gegen ihn ermittelt wurde. Schon in den 60er-Jahren gab es ein Ermittlungsverfahren gegen ihn. Damals hatte ein anderer SS-Offizier, gegen Viel ausgesagt, war dann aber gestorben und die Staatsanwaltschaft beendete schnellstens das Verfahren. Die Akten gelangten zur Oberstaatsanwaltschaft Aachen und verschwanden dort, die Sache schien für Viel ausgestanden. Doch dann tauchte ein neuer Zeuge aus Kanada auf. Viel, so führte der damals 19-jährige SS-Angehörige und heute in Kanada lebende Lallier aus, trat aus einer Gruppe von SS-Offizieren heraus, nahm ein Gewehr und erschoss willkürlich sieben Häftlinge des KZ Theresienstadt. Danach ging er ohne Kommentar zu den anderen zurück und hat sich mit ihnen weiter unterhalten.

Nach einem Besuch in Theresienstadt 1997 entschied Lallier nach 50 Jahren, sich ‚vom Treueid des Schweigegebots der SS' zu trennen, im Gegensatz zu den anderen ehemaligen ‚Kameraden' von der Führerschule in Leitmeritz, für die weiterhin der Wahlspruch gilt: ‚Unsere Ehre heißt Treue' und die deshalb alle nichts gesehen haben wollen.

Der von Lallier beauftragte US-amerikanische Privatdetektiv Steven Rambam konnte innerhalb weniger Tage den Wohnsitz von Viel im Allgäu ermitteln. Und dem gemäß war es in der deutschen Öffentlichkeit eigentlich Rambam, der angeklagt wurde, als der ‚Jude', der ‚Nazi-Jäger', und ‚Deutschenhasser' welcher niemals Ruhe geben kann, sondern noch in seiner Freizeit seiner ‚Rache' frönen müsse.

Auch im Fall Friedrich Engel, der der Hamburger Staatsanwaltschaft seit Jahren vorliegt, dasselbe Procedere: der Wohnsitz sei angeblich unbekannt, Akten sind unauffindbar ...

Bis November 1954 lebte Engel wie etwa 80.000 andere Deutsche auch unter einem Tarnnamen; Friedrich Schlottenberg nannte er sich. Dann versprach der Gesetzgeber Illegalen, die sich offenbarten, Straffreiheit. Nur knapp 1.200 machten davon Gebrauch, Engel war einer von ihnen. Fortan fand er unter richtigem Namen ein gutes Auskommen als Im- und Exporteur von Edelhölzern.

1998 hatte dann das Militärgericht in Turin den früheren SS-Obersturmbannführer Engel angeklagt und 1999 in

Abwesenheit – da Siegfried Engel in Hamburg lebe, wie den deutschen Behörden schon `98 mitgeteilt wurde – zu lebenslänglicher Haft wegen der Ermordung von 246 Zivilisten in Italien verurteilt.

Nach den ersten Presseberichten über den italienischen Prozess hatte die Staatsanwaltschaft Hamburg zwar 1998 Ermittlungen aufgenommen. Geschehen ist weiter nichts – obwohl die Prozessunterlagen seit Mai 2000 vorliegen.

Hinweise auf mögliche Kriegsverbrechen Engels in seiner Zeit als SS-Kommandant von Genua hat es in den vergangenen Jahrzehnten mehr als genug gegeben. Eine Anzeige Ende der sechziger Jahre gegen Engel verlief im Sande. Im Oktober 1997, 28 Jahre nach der ersten Verfahrenseinstellung, verpasste die Hamburger Staatsanwaltschaft eine zweite Chance, Engels Vergangenheit aufzurollen. Der Turiner Militärstaatsanwalt Pier Paolo Rivello hatte dem früheren SS-Obersturmbannführer am 28. Mai 1997 mitgeteilt, dass gegen ihn ein Strafverfahren eingeleitet worden sei. Gleichzeitig bat Rivello die Hamburger Justiz um Engels Vernehmung. Als der am 23. Oktober 1997 erschien und die Aussage verweigerte, war der Fall für die Deutschen gleich wieder beendet. Die Abteilung für Rechtshilfeersuchen versäumte es, das Dezernat für die Verfolgung von NS-Straftaten zu informieren.

Ein Jahr später, im Oktober 1998, erfuhr die Hamburger Staatsanwaltschaft von einem weiteren Ermittlungsverfahren der Dortmunder Strafverfolger gegen Engel und übernahm dieses. Ein weiteres Jahr ging ins Land, bis im Oktober 1999 die italienischen Behörden um Beweismaterial gegen Engel gebeten wurden. Zu Beginn dieses Jahres fiel der Staatsanwaltschaft plötzlich ein, sie wüssten den Wohnsitz von Engel nicht. Bis das ARD-Magazin ‚Kontraste' Interviews mit ihm in seinem Garten in Hamburg-Lokstedt brachte. Danach konnte das Verfahren nicht vorangetrieben werden, da eine Ermittlungsakte verschollen sei, diese ist in der Zwischenzeit wieder aufgetaucht, aber plötzlich nicht mehr relevant. Oberstaatsanwalt Rüdiger Bagger begründete das Nichtauffinden damit, dass die Engel-Akte einem anderen Großverfahren beigefügt war.

Engel sei außerdem 1963 in Dortmund und 1964 in Berlin in Verfahren gegen SS-Leute als Zeuge gehört worden. Dabei sei er auch zu seiner eigenen Rolle vernommen worden. Laut Bagger ergaben sich insgesamt „keine Ansatzpunkte für weitere Ermittlungen, so dass das Verfahren am 1.7.69 eingestellt worden ist"[7]. 1972 wurde Engel im Verfahren gegen den ehemaligen SS-Brigadeführer Streckenbach erneut als Zeuge vernommen. Auch dabei sei nichts herausgekommen, was neue Ermittlungen begründet hätte.

Nun aber soll man mit ‚Hochdruck' ermittelt werden. Doch die italienischen Akten sind 16 Monate nach Übersendung immer noch nicht übersetzt. Dennoch wurde im Mai behauptet das Ermittlungsverfahren gegen Engel solle in „drei bis sechs Monaten" abgeschlossen seien. Die Beweislage sei angesichts noch lebender Zeugen und zahlreicher Dokumente „sehr gut". Plötzlich und 56 Jahre nach Kriegsende. Seitdem ist nichts mehr zu hören, außer, dass Engel prompt zu verstehen gegeben wurde, er müsse aufgrund seines hohen Alters wohl nicht mehr mit einer Haftstrafe rechnen.

Engel, selbst räumt eine Mitverantwortung an der Erschießung von 59 italienischen Gefangenen ein, von anderen Hinrichtungen weiß er angeblich nichts. „Ja, ich war daran beteiligt. Es tut mir Leid, aber ich habe nichts zu bereuen."[8]. Denn es habe sich dabei „um eine befohlene und durch Kriegsvölkerrecht gedeckte deutsche Repressalie für einen heimtückischen Mordanschlag italienischer Terroristen auf das deutsche Soldatenkino in Genua"[9] gehandelt. Den Vorwurf er habe 246 Italiener getötet weißt er jedoch als ‚Lüge' von sich. Es seien ‚Erben der Partisanengruppen', die ihn und seinesgleichen jetzt verfolgten.

Die Reporter von ARD recherchierten jedoch eine wahre Blutspur, die Engel in Italien hinterlassen hat. ‚Kontraste' fand im Bundesarchiv heraus, dass er für einen der ‚Einsätze' sogar mit dem Kriegsverdienstkreuz mit Schwertern ausgezeichnet wurde. Für Gräuel im Kloster Benedicta, im April 1944. Statt Partisanen soll Engels Truppe dort vor allem Bauern und Fahnenflüchtige erschossen haben, die sich im Kloster versteckten. 147 Menschen starben, nur einer überlebte. Enio Odino berichtete in der ARD: „Ich habe einen meiner Kameraden gestützt, der zuvor am Knie verletzt worden war. Er bekam all' die Kugeln ab, die eigentlich für mich bestimmt waren. Dann fiel er über mich und begrub mich unter sich. Ich war überall mit Blut beschmiert. Und so hielt mich der SS-Mann auch für tot."[10]

Odino ist nicht der einzige Zeitzeuge, der Engel in dem Beitrag anklagte. Zwei weitere Männer, auch sie die einzigen Überlebenden bei anderen Massakern, machten den Obersturmbannführer für weitere Gräueltaten verantwortlich.

Lange Zeit hielt sich die italienische Regierung mit öffentlichen Stellungnahmen zum Fall Engel zurück und wunderte sich. Erst jetzt bricht sie ihr Schweigen. „Die Deutschen scheinen wenig Interesse an der Strafverfolgung zu haben."

Fehlt der internationale Druck, kommt das, was eigentlich nur noch als Possenspiel deutscher Provenienz bezeichnet werden kann, jedoch deutsche Normalität ist, die Solidarität mit den NS-Tätern, endgültig auf den Punkt.

Carl-Friedrich Titho, Mitglied der SS seit 1932, war als NS-Lagerleiter in Fossoli bei Modena in Norditalien mitverantwortlich für die Deportation tausender jüdischer Menschen sowie Antifaschistinnen und Antifaschisten in die Vernichtungslager. Während seiner Kommandantur wurden zudem 69 Gefangene als Vergeltungsaktion für einen Angriff italienischer Partisanen erschossen. Noch zuvor hatte er sich in den Niederlanden an der Erschießung von etwa 70 sowjetischen Kriegsgefangenen im KZ Amersfoort und an Misshandlungen im KZ Vught beteiligt. Dafür wurde er in den Niederlanden 1951 rechtskräftig zu sieben Jahren Freiheitsstrafe verurteilt und `53 nach Deutschland abgeschoben. Hier lebt er seitdem, unbehelligt von der deutschen Justiz, wieder in seiner Heimatstadt Horn bei Detmold, als wohlgelittener und angesehener Mitbürger.

Gegenüber der italienischen Staatsanwaltschaft, die gegen ihn ermittelt, ließ Titho vermittels seines Rechtsanwalts verlauten: „Wenn Lagerleitung Schuld ist, dann wäre das (eine Entschuldigung; A. d. V.) angebracht." Und weiter:" Sicher, Juden seien auch im Lager gewesen, für die habe ich sogar koscheres Fleisch besorgt, von Deportationen in die Konzentrationslager habe er gewusst, nicht aber, was mit den Menschen dort geschehe." [11] Dazu Nina Corvetti, Schreibhilfe Tihós im Durchgangslager 1944 gegenüber der Staatsanwaltschaft Dortmund: „Als eine Frau aus Rom mit einem kranken Kind ins Lager kam und nach medizinischer Hilfe für das Kind fragte, sagte Titho, daß es keinen Zweck habe, ‚... was soll sie erst ihr Kind kurieren, sie werden doch alle verräuchert.'"[12]

Als einige Antifaschisten aus Detmold Informationsmaterial über Titho veröffentlichten und ihn als das bezeichneten, was in der italienischen Presse gang und gebe ist, als ‚Henker von Fossoli' und ‚Nazi-Täter' stellte Titho Strafanzeige wegen übler Nachrede. Und die deutsche Justiz ging dieser äußerst pflichtbewusst und eifrig nach.

Am 6.4.2001 wurden dann drei Detmolder Privatwohnungen und das Autonome Kultur- und Kommunikationszentrum „alte Pauline" von Beamten des Bielefelder Staatsschutzes und der Einsatzhundertschaft Bielefeld durchsucht. Dabei wurden Computer, Datenträger und Flugblätter beschlagnahmt. Doch damit war der deutschen Gründlichkeit noch nicht Genüge getan. Als die AG Fossoli[13] im Mai eine Veranstaltung über das Lager Fossoli und Tithos Tätigkeiten im NS in Horn-Bad Meinberg machte wollte, und auf das Plakat die Überschrift drukkte: „Ein Täter lebt in Horn" wurde ihr das Plakatieren von der Stadt untersagt. Denn auf den Plakaten würde der frühere SS-Offizier Titho als ‚Täter' bezeichnet. „Wir wollen nicht die Plakatierung untersagen, sondern nicht Beihilfe zu einer Straftat leisten", erklärte Bürgermeister Eberhard Block, „es gibt keine exakte Verbindung zwischen dem Begriff Täter und Fossoli." Die jedoch wird nach Blocks Ansicht auf dem Plakat hergestellt.[14]

Um diese Provinzposse abzukürzen: nach langem hin und her, der Hinzuziehung eines Rechtsanwaltes und der Bestätigung der Staatsanwaltschaft Detmold, dass Titho in den Niederlanden wegen Erschießung von 70 sowjetischen Kriegsgefangenen und Misshandlung von Häftlingen rechtskräftig verurteilt wurde, genehmigte die Stadt das Plakat ‚großzügig' mit Änderungen: Der Begriff ‚Täter' durfte verwendet werden, allerdings nur in Bezug auf Tithos Verurteilungen vor einem holländischen Gericht 1951.

A.W.

1 Zit. n. SZ 18.4.2001. In der Großen Festung, die knapp einen Kilometer entfernt liegt, richteten die Nationalsozialisten im November 1941 das „Ghetto Theresienstadt" ein, ein Durchgangslager für deutsche und tschechische Juden auf dem Weg in die Vernichtungslager. Die Kleine Festung war schon im Juni 1940 von der Gestapo als Gefängnis übernommen worden. 27.000 Männer und 5.000 Frauen waren in den fünf Jahren der deutschen Okkupation hier inhaftiert. Unter ihnen waren vor allem Mitglieder tschechischer Widerstandsgruppen und Juden, die sich z.B. ohne den gelben Stern auf der Straße blicken ließen. Etwa 2.500 Gefangene kamen ums Leben – sie starben am Flecktyphus oder an Lungenentzündung, an Erschöpfung und Unterernährung, sie wurden hingerichtet oder von ihren Bewachern zu Tode geprügelt.

2 Vera Treplin überließ diesen Text, der zusammen mit der Zeugenbefragung der Kripo München vorliegt, haGalil onLine. www.hagalil.com. 30.5.2001.

3 Siehe zur Stillen Hilfe das lesenswerte Buch: Oliver Schröm; Andrea Röpke: Stille Hilfe für braune Kameraden – Das geheime Netzwerk der Alt- und Neonazis, Berlin 2001.

4 Noch ein anderes Beispiel von unendlich vielen: Z.B. der ‚Fall Nummer 117': Der Zeuge Vojtech S. schildert „in mehreren Fällen übereinstimmend", so Schacht, wie fünf Aufseher, unter ihnen Malloth, regelmäßig am Samstag jüdische Häftlinge im Hof im Kreis laufen ließen und dabei so lange mit Peitschen und Knüppeln auf sie einschlugen, bis einer oder zwei tot liegen blieben. Der Staatsanwalt kommentiert: „Aus der Tatsache allein, dass der Beschuldigte gemeinsam mit anderen auf die Juden eingeschlagen hat, kann nicht verlässlich gefolgert werden, dass der Tod des Opfers auf ein bewusstes und gewolltes Zusammenwirken aller beteiligten Aufseher zurückzuführen ist."

5 Vortrag vor der Else-Lasker-Schüler Gesellschaft in Wuppertal am 12.11.1999 von Peter Finkelgruen: ‚Kleine Festung Theresienstadt'

6 Rede von Peter Finkelgruen. s.o.

7 Zit. n. Hamburger Morgenpost v. 21.4.2001.

8 Zit. n. Die Welt v. 2.5.2001.

9 Zit. n. Hamburger Morgenpost v. 7.5.2001.

10 Zit. n. ebd. v. 14.4.2001.

11 Lippische Landeszeitung vom 9.4.2001.

12 Zit. n. der italienischen Tageszeitung: Il Resto del Carlino v. 23.1.1998.

13 Vgl. agfossoli@freenet.de .

14 http://www.lz-online.de/news/lokal/ho/LZ_20010425_1694122.html.

Konservative Geschichtspolitik im Dienste der „Selbstfindung der Deutschen“

Gerd Wiegel: Die Zukunft der Vegangenheit. Konservativer Geschichtsdiskurs und kulturelle Hegemonie; PapyRossa Verlag 2001.

Die spätestens seit dem ersten Auslandkriegseinsatz deutscher BundeswehrsoldatInnen gestellte Frage nach der Rolle des neokonservativen Geschichtsbildes, konkret der Faschismusinterpretation, für die gegenwärtige bundesdeutsche Realpolitik, bietet einer breiten Diskussion Raum. Bisherige Versuche einer Annäherung an Antworten können nur Ansätze liefern. Einen Ansatz gibt das als Dissertation konzipierte neu erschiene Buch von Gerd Wiegel.

Der Autor versucht über das Schlagwort „Normalität“, das nach der deutschen Wiedervereinigung wohl am häufigsten verwendet wurde, die konservative Faschismusinterpretation der letzten 20 Jahre darzustellen. Innerhalb der konservativen Geschichtsinterpretation gab es zwei Richtungen: die konservative, vertreten durch Hans-Peter Schwarz, Arnulf Baring und Gregor Schöllgen und die neokonservative, vertreten durch Rainer Zitelmann, Karl-Heinz Weißmann und Co.

Ausgehend von dem Zusammenhang zwischen Realpolitik und Geschichtsinterpretation konstatiert er, dass die Faschismusinterpretation wandelbar ist. Um diese Aussage zu unterstreichen, untersucht der Autor die Wechselwirkung zwischen öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurs. Als Beispiel gibt er die realpolitischen Brüche durch die 68er Bewegung, die sog. „geistig-moralische Wende“ 1982 und die Wiedervereinigung 1989/90 an. Dem stellt er die gleichzeitig geführte Geschichtsdebatte innerhalb der konservativen bzw. neokonservativen Kreise gegenüber. Im zweiten Teil des Buches befasst der Autor sich mit der Faschismusinterpretation nach 1989.

Der Zusammenhang von Realpolitik und Geschichtsinterpretation in den letzten 10 Jahren besteht dadurch, dass einerseits der „Weg zur Normalität“ eine Renationalisierung erfordere, was die Beseitigung der herausgehobenen Bedeutung der NS- Vergangenheit für die Politik der BRD zur Folge hat, und andererseits, dass die geschichtspolitischen Debatten vor einer realpolitischen Folie geführt werden.

Die Renationalisierung von Politik und öffentlichem Bewusstsein begreift er als neokonservatives Projekt (13), da die neokonservative Geschichtspolitik eine geschichtspolitische Absicherung des Projekts: positiver Bezug auf die Nation als ideologischer Kitt, „ um die zunehmend verunsicherten Individuen im sich globalisierenden Kapitalismus zu einen und damit alle zentrifugalen Kräfte zu überdecken“, bietet. Exponenten dieser Phase, die jüngere Generation der neokonservativen Intellektuellen, bezeichnet er als „Neue Rechte“. (15) Ihre Geschichtsdeutung sei keine eindeutige Fortführung von Ernst Nolte, da es veränderte Bewertungen entscheidender Punkte des NS- Regime gibt. Trotzdem findet ein Rückbezug zu ihm statt, indem sie Noltes methodischen Postulat der phänomenologischen Sichtweise folgen.

Die Weichen für die neokonservative Geschichtspolitik sieht er in der gesellschaftlichen Hegemonie der 68er Bewegung gelegt. Der Neokonservatismus entstand mit dem Ziel der Renationalisierung, d. h. mit dem Betreiben von Geschichtspolitik. In Anlehnung an Gramscis Hegemoniekonzeption interpretiert der Autor Geschichtspolitik als Kampffeld kultureller Hegemonie, die er mit der Veränderung des hegemonialen Gefüge der politischen Kultur verknüpft. Allerdings bemerkt er, dass seine Aussagen dazu nur ein Indikator bilden können, da er einen Teilaspekt des Gesamtfeldes bearbeitet.

In Anbetracht der breiten Diskussion um das Verhältnis von Rechtsextremismus, Neokonservatismus, Hegemonie usw. ist es konsequent von dem Autor, dass er durch die Definition der Begriffe: Konservatismus, Neokonservatismus, kulturelle Hegemonie, Geschichtspolitik eine Bestimmung vornimmt. Um das Verhältnis zwischen Konservatismus und Neokonservatismus festzulegen, nimmt er die Darstellungen von Kurt Lenk zur Hilfe und favorisiert dessen situationsspezifische Interpretation. Infolge wird Konservatismus als Reaktion auf soziale Wandlungsprozesse verstanden.

Als Resümee zieht der Autor, dass der Erfolg des Versuchs, geschichtspolitischer Vorstöße, um das rechte Selbstbewusstsein auch historisch abzusichern, aus heutiger Sicht zwiespältig zu bewerten sei. Eine geschichtspolitische Meinungsführerschaft konnte nicht erreicht werden: Der Einfluss auf das etablierte konservative Spektrum ging Ende der 1990er Jahre zurück. Bestimmte Faschismusinterpretationen im öffentlichen Bewusstsein, z. B. die Reduzierung des NS auf die Person Hitlers, seien keine Erfindung der „Neuen Rechten“. Tendenzen in den öffentlichen Debatten um die Wehrmachtsausstellung, die Entschädigung von ZwangsarbeiterInnen bzw. Goldhagens Buch stehen der neokonser-

vativen Geschichtspolitik entgegen.

Anders sieht es auf realpolitischer Ebene aus. Die Renationalisierungspolitik Kohls bietet ein eindeutiges Beispiel neokonservativer Geschichtspolitik. Der Historikerstreit sei gleichsam der Kulminationspunkt dieser Entwicklung. (398) „Nation" wird als zentrale politische Bezugsgröße der deutschen Politik genutzt. Die Beseitigung der machtpolitischen Beschränkung der BRD ist heute erreicht. Die konservativen und neurechten Vorstöße seit den 80er-Jahren boten eine Etappe auf dem Weg, die geschichtspolitischen Debatten in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre die Möglichkeit der Durchsetzung der Entkopplung von Gegenwart und Vergangenheit auch in der politischen Mitte.

Offen lässt der Autor die Frage nach dem Zusammenhang von Veränderungen im hegemonialen Gefüge und den beobachtbaren ökonomischen Basisveränderungen und appelliert an weitere Untersuchungen dazu.

Der umfangreichen Bibliographie wird die Beschränkung der Beispiele für Exponenten der konservativen bzw. neokonservativen Geschichtsdeutung nicht gerecht. Der Umfang der Einleitung weist eine unverhältnismäßige Länge im Vergleich zu deren inhaltlichen Aussagen auf.

Unklar bleibt mir, wo der Autor die Grenze zwischen Konservatismus und Neokonservatismus zieht, wenn er meint, dass Stürmer, Hildebrand, Fest und Hillgruber konservative Mitstreiter Noltes seien. (396) **(as)**

Nationalsozialismus in Norddeutschland

Kay Dohnke
Ein Atlas
Kartographie: Frank Thamm
Mit einem Geleitwort von Heide Simonis und einer extra Kartenbeilage zu Mahnmälern und Gedenkstätten in Norddeutschland
128 Seiten, DM 38,50
ISBN 3-203-76040-1

Dieser Atlas erschließt wichtige Aspekte des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern durch exemplarische und Überblickskarten, graphische Darstellungen und Statistiken sowie erläuternde Texte. Erstmals werden auf diese Weise zum einen bedeutende Vorgänge und Zusammenhänge flächendeckend und breit dokumentiert – etwa der Aufstieg der Nazis, Kriegsgeschehen, Deportationen, Verfolgung von Minderheiten, Verbreitung jüdischer Gemeinden. Zum anderen werden anhand einzelner Orte oder kleinerer Regionen typische wie auch ungewöhnliche Verhältnisse und Ereignisse beispielhaft thematisiert – so etwa die „Arisierung" jüdischen Grundbesitzes in Segeberg, der politische Widerstand in Hamburg oder die Deportationen psychisch Kranker aus Lüneburg. Bislang fehlte solch eine umfassende, durch erläuternde Texte erweiterte, kartografische Darstellung der Nazizeit in Norddeutschland.

Weitere Informationen zu Thema und Buch finden sich unter www.ns-atlas.de

Der Autor ist seit vielen Jahren im Vorstand des „Arbeitskreises zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein" (AKENS e.V.) und seit 1994 Redakteur der „Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte" tätig.



Abobestelladresse:

Abobestellungen an:
rat – reihe antifaschistischer texte
c/o Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg

Ein Abo kostet DM 25,- für 4 Ausgaben.
Lieferung nur gegen Vorkasse.